4,00 €
Juli/
August

4|17
2002—2017
15 Jahre

Dokumentation: 15 Thesen zur kulturellen Integration

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Mustafa Akyol
Regula Lüscher
Michelle Müntefering
Sir Sebastian Wood
Brigitte Zypries
und viele andere

Kulturpolitik
Wie viel Kultur steckt in den Koalitionsverträgen? Kulturpolitische Vorhaben im Saarland, in Schleswig-Holstein und NRW
Seite 3

VG Wort
Erst das Verwertungsgesellschaftengesetz, dann das Vogel-Urteil – und nun? Die VG Wort geht neue Wege
Seite 7

Kulturelle Integration
Medienverantwortung, Heimat, Leitkultur, Inklusion – was haben sie mit kultureller Integration zu tun?
Seiten 8 bis 11

Brexit
Gibt es eine »harte« oder »softe« Trennung? Und was bedeutet das für die Kulturbeziehungen zu Europa?
Seiten 12 und 13

Sackgasse

Wenn diese Zeilen erscheinen, ist Donald Trump vielleicht schon abgesetzt oder er hat die halbe Welt in Brand gesteckt oder es ist nichts passiert. Wie auch immer, ganz Deutschland schaut gebannt über den Großen Teich, wo vermeintlich die Politik für Deutschland, für Europa, nein, für die ganze Welt gemacht wird.

Diese Amerikafixierung kommt nicht von ungefähr. Nach der Befreiung vom faschistischen Deutschland hat Europa den Vereinigten Staaten viel zu verdanken. Demokratie und amerikanische Lebensart haben besonders Deutschland glücklicherweise grundlegend verändert. Auch ist der militärische Schutz der USA im Kalten Krieg für Westdeutschland überlebenswichtig gewesen.

In Deutschland hat sich bereits kurz nach dem Ende des 2. Weltkrieges eine verschworene Gruppe von Politikern und Journalisten, die Transatlantiker, gebildet, die fest davon überzeugt sind, dass Deutschland nur als Juniorpartner der USA überleben kann. Zudem ist für die Transatlantiker unstrittig, dass die Art und Weise, wie in den USA Politik und Wirtschaft organisiert sind, vorbildlich ist und bei uns möglichst eins zu eins umgesetzt werden sollte.

Die Transatlantiker fühlen sich als Elite, die sich in verschiedenen Zirkeln und Organisationen, wie z. B. der 1952 gegründeten Atlantik-Brücke e. V., zusammengeschlossen haben. Sie prägen seit Jahrzehnten unser Bild von den Vereinigten Staaten.

Wie stark die Verbindungen auch außerhalb des Politikbereiches sind, wurde in der legendären ZDF-Sendung »Die Anstalt« vom April 2014 deutlich. Die Kabarettisten Max Uthoff und Claus von Wagner hatten die Verbindungen zwischen hochrangigen Redakteuren von Die Zeit, Frankfurter Allgemeine, Welt, Bild und Süddeutsche Zeitung zu transatlantischen Organisationen vorgestellt und damit ein mediales Beben ausgelöst.

Vielleicht ist die Erschütterung gerade in Deutschland über den neuen amerikanischen Präsidenten so groß, weil wir die USA jahrzehntelang nicht mit wachen Augen, sondern oftmals durch die Brillen von Transatlantikern gesehen haben.

Das erfolgreichste Agitationsmittel der Transatlantiker ist der gebetsmühlenartig vorgetragene Vorwurf des Antiamerikanismus. Jedwede Kritik an den USA wird mit diesem Attribut belegt. Wir haben das bei den Debatten um das Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA, TTIP, ständig erleben müssen.

Die Transatlantiker haben uns mit ihrer einseitigen Sichtweise der Welt in eine Sackgasse geführt. Jetzt muss Europa seine Anliegen wieder mehr selbst regeln. Natürlich in engem Schulterschluss mit den USA, aber mit einer eigenen kulturellen und politischen Agenda.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: HANNA NOORI

Klimakunst – Kunstklima

Kulturellen Wandel gestalten und Umweltprobleme bewältigen

BARBARA HENDRICKS

Im September 2015 haben die Vereinten Nationen die »Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung« verabschiedet. Aus ihr resultiert ein Transformationsauftrag – für Deutschland, ebenso wie für alle anderen Staaten der Welt. Die Stichworte sind: Klimawandel, endliche Ressourcen, Erhaltung von Lebensräumen, Landgewinnung und Verlust der Artenvielfalt. Die Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist ein erster Schritt dahin. Für die Bundesregierung spielen Kunst und Kultur dabei eine besonders wichtige Rolle.

Beim Ausbrechen aus unseren »mentalen Infrastrukturen« (Harald Welzer) und der Entwicklung einer »Hoffnungsgeschichte« (Horst Köhler), die den abstrakten Begriff der »Transformation« in attraktive Zukunftsbilder übersetzt, können wir Kunst und Kultur als Impulsgeber nutzen. Diese Impulse sind aber nicht zielgerichtet. Impulse aus Kunst und Kultur werden erst durch den aktiven Deutungsprozess wirksam. Sie wirken also nicht für sich alleine, sondern erst dadurch, was Gesellschaft und Politik daraus machen.

Dialog zwischen Kunstpraxis und Kulturpolitik sowie Wissenschaft und Nachhaltigkeitspolitik anstoßen

Zahlreiche Kunst- und Kulturschaffende haben bereits Fragen rund um die gesellschaftlichen Veränderungsnotwendigkeiten aufgegriffen. Zu nennen wäre etwa das zweijährige »Anthropozän-Projekt« des Hauses der Kulturen der Welt (HKW) in Berlin, das Projekt »Über Lebenskunst. Initiative für Kultur und Nachhaltigkeit« der Kulturstiftung des Bundes und des HKW oder auch der thematische Schwerpunkt »Klima-Kunst-Kultur« des Goethe-Instituts.

Der dänisch-isländische Konzeptkünstler Ólafur Elíasson stellte während der Klimakonferenz in Paris mitten auf einem Platz zwölf große Eisblöcke aus grönländischem Gletschereis in Form eines Ziffernblatts aus. Während in den Konferenzräumen Vertreter aus 195 Staaten um ein neues Klimaabkommen rangen, konnten die Besucher der Kunstaktion ihr Ohr gegen das Eis halten und ein leises Knacken vernehmen, verursacht von den tausende Jahre alten Luftblasen, die dem schmelzenden Eis entwichen.

Auch das Bundesumweltministerium ist an der Schnittstelle von Umwelt und Kultur aktiv: »Klimaschutz ist eine Kunst« – unter diesem Motto wurde beispielsweise im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative das Projekt »KlimaKunstSchule« gefördert. Insgesamt 200 Schulen waren deutschlandweit dazu aufgerufen, sich dem Thema Klimaschutz auf künstlerische Weise zu nähern. Hierfür entwickelten 50 Künstlerinnen und Künstler sogenannte »artistic seeds«, die als Impulse in den schulischen Alltag gegeben wurden. Neben Installationen, künstlerischen Flashmobs und Theaterstücken ist so eine Vielzahl an Werken der bildenden und darstellenden Kunst entstanden.

Aktuell wird unter dem Titel »Neue Ansichten – Überraschende Einsichten – Schöne Aussichten – Kultur und Nachhaltigkeitspolitik im Dialog« ein Dialog zwischen Kunstpraxis und Kulturpolitik sowie Wissenschaft und Nachhaltigkeitspolitik angestoßen. Ziel ist es, neue Kommunikationsformate für die Auseinandersetzung mit dem Thema »Nachhaltigkeit« zu entwickeln. Ferner sollen mögliche Anknüpfungspunkte kultureller Diskurse und künstlerischer Praxis an die Nachhaltigkeitspolitik aufgezeigt werden. Das Anfang 2017 erstmalig modellhaft ausgeschriebene »Artist in Residence«-Programm hat eine große Resonanz gefunden. Es soll Künstlern der bildenden Kunst, Musik und Literatur ein sechswöchiges Aufenthaltsstipendium auf der Insel Vilm ermöglichen. All das zeigt, dass das Thema Nachhaltigkeit Künstlerinnen und Künstler bewegt und hier große Potenziale für die zukünftige Nachhaltigkeitsdiskussion liegen.

In Kooperation mit dem Bundesamt für Naturschutz und der Akademie der Künste vergibt der Verlag Matthes & Seitz Berlin erstmalig einen Deutschen Preis für »Nature Writing«. Der mit 10.000 Euro und einem Stipendium auf der Insel Vilm bei Rügen dotierte Preis geht an die Berliner Autorin Marion Poschmann.

Und das Umweltbundesamt pflegt mit der Veranstaltungsreihe »Kunst und Umwelt« seit über 20 Jahren den Dialog mit Künstlerinnen und Künstlern, die ihre Arbeit umweltbezogen verstehen. Die Bedeutung der dabei entwickelten Impulse ist kaum

Wir stehen vor großen Veränderungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen – ob wir wollen oder nicht

zu überschätzen – tatsächlich werden sie aber oft unterschätzt und kaum hinreichend gewürdigt. Das ist bedauerlich, denn: Alle Umweltprobleme, mit denen sich unsere Gesellschaft heute konfrontiert sieht, sind letztlich auch Ausdruck unserer Kultur – Kultur verstanden als Gewebe von Bedeutungen, das aus unserer Geschichte und unseren kollektiv gemachten Erfahrungen entstanden ist.

Auf dieser Grundlage treffen wir Menschen unsere Entscheidungen, gestalten wir unseren Alltag, organisieren wir unsere Wirtschaft, verstehen wir unsere Beziehung zur Natur und begründen wir unseren Umgang mit ihren Ressourcen. Insofern sind alle Prozesse, die sich mit der Bewältigung von Umweltproblemen beschäftigen, immer auch kulturelle Prozesse, die kreatives Denken und Handeln erfordern.

Wir stehen vor großen Veränderungen – ob wir wollen oder nicht. Energieerzeugung, Ressourcennutzung und Mobilität sind nur einige der gesellschaftlichen Bereiche, die sich in absehbarer Zeit grundle-

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 4/2017
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Sackgasse
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Klimakunst – Kunstklima
Barbara Hendricks 01

SEITE 2

Kulturmensch Françoise Nyssen 02

AKTUELLES

Kulturpolitik der Länder: Alles neu macht der Mai …
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

KOMMUNALE KULTURPOLITIK

Schwerin: Wo residiert wird, gibt's Kultur
Sven Scherz-Schade 04

Kiel: Im Norden ist die Welt ganz in Ordnung
Peter Grabowski 05

INLAND

Humboldtforum: Eine Hochzeit zweier Haltungen
Theresa Brüheim im Gespräch mit Regula Lüscher 06

VG Wort: Zwei Standbeine
Gabriele Schulz im Gespräch mit Robert Staats 07

10 Jahre Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft: Bilanz und Ausblick
Brigitte Zypries 08

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Zusammenhalt qua Wissen und Verständnis
Susanne Pfab 08

Bund der Vertriebenen: Heimat ist mehr als ein geografischer Ort
Bernd Fabritius im Gespräch 09

Leitkulturdebatte: Die (vermeintliche) deutsche Leitkultur
Burkhard Blienert und Kamila Schröder 10

Inklusion: Spielfilme mit »besonderen« Menschen
Hans Jessen im Gespräch mit Eike Besuden 11

Initiative kulturelle Integration: 5 Initiatoren + 23 Mitglieder = 15 Thesen
Theresa Brüheim 12

EUROPA

Britisch-deutsche Kulturbeziehungen: Von Shakespeare bis Bowie
Sir Sebastian Wood 12

Brexit und Kultur: Europäische Kulturarbeit nach dem Brexit
Christopher Rodrigues 13

Europäische Union: Glauben an die Einheit
Andre Wilkens 14

INTERNATIONALES

Deutscher Akademischer Austauschdienst: Wissen für Wissenschaftskooperationen
Ulrich Grothus 15

Deutscher Akademischer Austauschdienst in New York: Krieg gegen die Wissenschaft?
Nina Lemmens 15

DIE ROTE LISTE

Gefährdete Kulturinstitutionen kurz vorgestellt

Bühne der Kulturen, Köln, Nordrhein-Westfalen 16

Zeicheninstitut der Universität Tübingen, Baden-Württemberg 16

Musical Theater Bremen 16

Das Theater der Keller, Köln Nordrhein-Westfalen 16

KULTUR IN DER TÜRKEI

Deutsch-türkische Beziehungen: Knapp über dem Gefrierpunkt
Olaf Zimmermann 17

Türkei und Deutschland: Zerbrochene Brücke
Reinhard Baumgarten 18

Geschichte der deutsch-türkischen Beziehungen: An gute Zeiten anknüpfen
Malte Fuhrmann 19

Türkische Außenpolitik: Null Freunde
Ekrem Eddy Güzeldere 20

Zeitlicher Überblick: Ereignisse in der Türkei unter Recep Tayyip Erdoğan von 2001 bis heute 20

Islam und freiheitliche Gesellschaft: Quadratur des Kreises
Mustafa Akyol 21

Medienmacht und Staatsnähe in der Türkei 21

Selahattin Demirtaş vor Gericht: Freiheit und Demokratie stehen auf dem Spiel
Emma Sinclair-Webb 22

Putschversuch vom 15./16. Juli 2016: Eine Bilanz in Zahlen 22

Kurdische Provinzen: Mut und Widerstand
Nurcan Baysal 23

Akademische Freiheit: Kriminalisierung der Intellektuellen
Esra Arsan 24

Türkische TV-Serien: Straßenfeger made in Turkey
Mehmet Uksul im Gespräch mit Timur Savcı 25

Istanbuler Stadtteil Beyoğlu: »Kein Ort, dem die Mächtigen ihren Stempel aufdrücken können«
Constanze Letsch 26

Türkisch-deutsche Kulturbeziehungen: Von besonderer Natur
Johannes Ebert 27

Künstler in der Türkei: Gehen oder bleiben?
Michelle Müntefering 28

Landeskunde Türkei 28

KULTURELLES LEBEN

Luther 2017: Mein Reformationsjubiläum
Astrid Mühlmann 29

Gott und die Welt: Süden!
Christian Stäblein 29

Regula Venske im Porträt: Von der Verfolgung des Glücks
Andreas Kolb 30

Ratings Agentour
Arnulf Rating 30

NETZKULTUR

Computerspielepreis 2017: Kreative Wirtschaft an einem Strang
Felix Zimmermann 31

DAS LETZTE

Kurz-Schluss: Wie ich als Alt-68er einmal versuchte, gründlich die Gegenaufklärung zu bekämpfen
Theo Geißler

Möhrensalat
Die P&K-Trump-Fakes 32

Karikatur 32

Impressum 32

DER AUSBLICK 5|17

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. September 2017.
Im Fokus der nächsten Ausgabe steht das Thema »Kulturgut: Computerspiele«.

Fortsetzung von Seite 1

FOTO: BMUB / SUSIE KNOLL

Barbara Hendricks

gend ändern werden. Aber wir haben die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen, wie und in welche Richtung sich die Veränderung gestaltet. Kultur und kulturelles Schaffen können als Treiber der Gestaltung von Gesellschaft wirken, wenn es darum geht, Herausforderungen zu reflektieren und Gestaltungsräume zu eröffnen. Ihre Prozesse und Werke können Anstöße dazu geben, bestimmte Praktiken und Verständnisse kritisch zu hinterfragen. Kunst kann Bilder des Wandels erzeugen und Experimentierräume schaffen, die z. B. auch zur Entwicklung von nachhaltigen Lebensweisen anregen. Kunst und Kultur spielen eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Gestaltungsprozess.

Dabei ist kulturelles Schaffen nicht alleine den Künstlerinnen und Künstlern vorbehalten. Letztlich kann auch die aktive Beteiligung am Deutungsprozess von Kunstwerken als kulturelles Schaffen verstanden werden. Kulturelles Schaffen kann Räume und Zeiten eröffnen, in denen wir etwas anders machen als gewohnt. Solche Räume und Zeiten sind wertvolle Beiträge zur Erneuerung unserer Gesellschaft. Mein Haus, das Bundesumweltministerium, und der Deutsche Kulturrat werden auch mit Blick auf die kommende Klimakonferenz in Bonn in diesem Jahr im Austausch bleiben, wie Klimapolitik und Kultur sich gegenseitig unterstützen können.

Wir brauchen einen kulturellen Wandel, damit auch die nächsten Generationen die gleichen Entscheidungsmöglichkeiten haben und ihr

Kulturelles Schaffen kann Räume und Zeiten eröffnen, in denen wir etwas anders machen als gewohnt

Leben selbstbestimmt gestalten können. Das geht nur im Rahmen eines kreativen Prozesses, der in und aus der gesamten Gesellschaft heraus Impulse aufnimmt. Er erfordert Mitwirkung und Eigenverantwortung. Der Prozess schafft aber auch Möglichkeiten zu mehr Verantwortungsteilhabe. Ein solcher Prozess braucht neue Ideen, neue Gesichter, neue Kooperationen und vor allem eine Bühne, damit alle diese Aktivitäten sichtbar werden und sich entfalten können. Dazu brauchen wir vor allem die Bereitschaft vieler Menschen, die Impulse aus Kunst und Kultur aufzugreifen, vielleicht sogar selbst Impulse zu setzen.

Barbara Hendricks ist Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Kulturmensch Françoise Nyssen

Mit Emmanuel Macron hat Frankreich im Mai dieses Jahres einen ehemaligen Investmentbanker zum Präsidenten gewählt. Wie ist es unter dieser Präsidentschaft um die Kulturpolitik bestellt? Die neue französische Kulturministerin ist studierte Naturwissenschaftlerin und Stadtplanerin. Aha, mögen da einige denken und schwierige Zeiten für die Kulturpolitik befürchten. Was macht Ministère de la Culture Françoise Nyssen dennoch zum Kulturmenschen? 1951 im belgischen Etterbeek geboren studierte die Franco-Belgierin Nyssen in Brüssel Chemie und Urbanistik. Im Jahr 1978 war sie dann bereits für kurze Zeit in einem Ministerium tätig. Sie arbeitete in der Architektur-Abteilung des belgischen Ministeriums für Umwelt und Wohnen. Zwei Jahre später begann sie in dem von ihrem Vater Hubert Nyssen gegründeten Verlag Actes Sud in Arles zu arbeiten, einer kleinen Stadt im Süden Frankreichs zwischen Marseille und Montpellier. 1987 übernahm sie dann die Leitung des Hauses. Der Verlag versammelt heute renommierte französische und internationale Autorinnen und Autoren, darunter Kamel Daoud und die Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch, aber auch einige deutsche Literaturgrößen wie Günter Grass und Ingeborg Bachmann sind Teil des Programms. Darüber hinaus hat Nyssen mit ihrem Verlag einen Ort der Kultur geschaffen, der ein Kino, eine Bibliothek und einen Konzertsaal umfasst und Künstlerinnen und Künstler verschiedenster Disziplinen zusammenbringt. Dabei ist es ihre Überzeugung, dass kulturelle Veranstaltungen allen zugänglich sein müssen. 2017 ist Frankreich Ehrengast auf der Frankfurter Buchmesse – eine spannende Möglichkeit, die Kulturpolitik einer Ministerin mit Leidenschaft für Literatur näher kennenzulernen.

FOTO: DIDIER PLOWY

Alles neu macht der Mai …

Zu den kulturpolitischen Vorhaben in den Koalitionsverträgen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

Drei Landtagswahlen fanden in diesem Jahr bereits statt und fast jede dieser Wahlen galt als ein erster Stimmungstest für die im September stattfindende Bundestagswahl. Der Wahlmarathon begann am 26. März 2017 im Saarland. Hier blieb alles beim Alten, die Große Koalition unter der Führung der CDU mit der SPD wird für die nächsten fünf Jahre fortgesetzt. Am 7. Mai 2017 fand die Landtagswahl in Schleswig-Holstein statt und hier macht der Mai tatsächlich alles neu: Erstmalig in Schleswig-Holstein und erst zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wird eine sogenannte Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gebildet. Die Wahlperiode dauert auch hier bis 2022. Eine Woche später am 14. Mai 2017 fand die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (NRW) statt. Hier wurde mit CDU und FDP eine neue Regierung gebildet, die ebenfalls bis 2022 amtieren wird.

FOTO: CARSTEN REHDER / DPA

Die Verhandlungsführer der schleswig-holsteinischen Koalitionsverhandlungen, Heiner Garg (FDP), Monika Heinold (Bündnis 90/Die Grünen) und Daniel Günther (CDU) (v.l.n.r.), halten die Koalitionsverträge

Weiter so im Saarland

Weiter so, so können die Aussagen zur Kulturpolitik im Saarland zusammengefasst werden. Eingangs wird betont, welche Bedeutung Kultur für das Saarland hat und dass Kulturpolitik im Saarland nicht für die Bürgerinnen und Bürger, sondern mit ihnen und durch sie gemacht wird. Folgerichtig wird sich als erstem Thema im Kulturkapitel dem bürgerschaftlichen Engagement zugewandt, das weiter gefördert und unterstützt werden soll. Daran anknüpfend soll die Breiten- und Spitzenkultur besser verzahnt werden, wobei die kulturellen Dachverbände und die Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung eine wichtige Rolle spielen werden. Ebenfalls wird der Soziokultur ein bedeutender Stellenwert eingeräumt und sie vor allem mit Blick auf die Gestaltung der demokratischen Gesellschaft hervorgehoben. Zugesichert wird, dass Kultur auch scheitern darf. Hier werden speziell Künstlerinnen und Künstler genannt. Was das allerdings heißt und ob entsprechende Förderstrukturen, eine zweite Chance oder ähnliches geschaffen werden sollen, bleibt offen. Die kulturellen Leuchttürme wie das Saarländische Staatstheater, die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz sowie die Industriekultur sollen gesichert werden. Dem Saarländischen Staatstheater wird der Erhalt als Drei-Sparten-Haus zugesichert. Ab 2020 soll es an der allgemeinen Entwicklung des Landeshaushalts teilhaben und ab 2018 soll über die Übernahme von Tarifsteigerungen durch das Land verhandelt werden. Mittelfristig wird die finanzielle Absicherung der Festivals im Land, namentlich des Filmfestivals Max-Ophüls-Preis und der »Perspectives du Theatre«, im Landeshaushalt angestrebt. Etabliert werden soll ein neues Festival im Bereich der zeitgenössischen Musik. Die Museen sollen weiter baulich ertüchtigt und abgesichert werden. Der Modernen Galerie des Saarlandmuseums soll ein angemessener Ausstellungsetat zur Verfügung gestellt werden. Ein Forschungszentrum für Künstlernachlässe soll eingerichtet werden. Als Besonderheit saarländischer Kulturpolitik wird die Vernetzung mit Institutionen, Vereinen und Initiativen in Luxemburg, Frankreich und Belgien beschrieben. Der grenzüberschreitende Austausch und die Zusammenarbeit sollen intensiviert werden.

Was die Medienpolitik angeht, so wird sich zur freien Presse und zum dualen Rundfunksystem bekannt. Dazu gehört auch sich für den Fortbestand des Saarländischen Rundfunks (SR) einzusetzen, dessen Alleinstellungsmerkmal in der ARD in seiner Frankreichkompetenz gesehen wird. Insofern ist es nur folgerichtig, dass sich die Landesregierung im Rahmen der Strukturdebatte um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für eine »anstaltsindividuelle Berücksichtigung der vom SR erbrachten Vorleistungen« aussprechen will. Hinsichtlich der Telemedienangebote soll die Sieben-Tage-Regelung überprüft werden, da Telemedienangebote von ARD, ZDF und Deutschlandradio zu einem wesentlichen Standbein der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung werden sollen. Hier wird nachzufragen sein, ob Telemedienangebote in erster Linie bei der Berichterstattung ausgebaut werden sollen oder ob dies gleichfalls für fiktionale Angebote gelten soll, die von Dritten eingekauft werden.

Wesentliches Kennzeichen der kulturpolitischen Vorhaben der saarländischen Koalitionäre ist die Sicherung des Bestehenden. Wenn Zusagen für mehr Finanzmittel gemacht werden, dann vor allem, um die Existenz vorhandener Institutionen und Vorhaben zu sichern.

Schleswig-Holstein: Weiterentwicklung der Kulturinfrastruktur

Verhalten sind ebenfalls die kulturpolitischen Vorhaben der Jamaika-Koalition in Kiel. Kulturpolitik wird als Querschnittsaufgabe bezeichnet und die Stärkung der kulturellen Infrastruktur in Schleswig-Holstein als kulturpolitisches Ziel beschrieben. Genannt werden Bibliotheken, (Heim-) Volkshochschulen, Museen, Bildungseinrichtungen und soziokulturelle Zentren, ferner die kulturellen Leuchttürme wie das Schleswig-Holstein Musik Festival, die großen Theater und die schleswig-holsteinischen Landesmuseen. In der Kulturförderung soll die Kontraktförderung mit klaren Zielvereinbarungen mit Indikatoren verstärkt werden. Auch sollen die Verwaltungsabläufe verschlankt sowie bei institutionellen Zuwendungsempfängern die Bildung von Rücklagen ermöglicht werden. An der Dynamisierung der Theaterförderung soll festgehalten werden. Neu sollen ein Kulturförderprogramm für die freie Szene und kleine Kultureinrichtungen gerade auch im ländlichen Raum aufgelegt werden.

Auch die Jamaika-Koalition bekennt sich zur Medienvielfalt. Sie plant einen Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-Holstein. Erwogen wird die Unterstützung neuer Formen des Journalismus – möglicherweise durch eine Stiftung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll auskömmlich finanziert, seine Strukturen effizienter und transparenter werden. Auch die schleswig-holsteinischen Koalitionäre befassen sich mit Telemedienangeboten der öffentlich-rechtlichen Sender und wollen sich für eine Abschaffung der Depublikationspflicht in den Mediatheken öffentlich-rechtlicher Sender einsetzen. Es stellt sich hier ebenfalls die Frage, ob dies nur für Eigenproduktionen und nicht-fiktionale Formate oder auch für fiktionale Angebote gilt.

Fast schon defensiv, da in erster Linie auf Substanzerhalt ausgerichtet, sind die kulturpolitischen Aussagen im Koalitionsvertrag von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein.

NRW: Kulturpolitischer Aufbruch

Ganz anders CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen: Selbstverständlich kann auch hier gelesen werden, dass Kunst und Kultur wichtig sind, dass es sowohl Spitzen- wie auch Breitenkultur gibt, dass die verschiedenen Kunstsparten, jeweils belegt durch einzelne Beispiele, bedeutsam sind. Das alles gipfelt in der klaren Aussage, dass Kultur wieder einen wichtigen Stellenwert in der Landespolitik erhalten und ein kulturpolitischer Aufbruch geschafft werden soll. Bei diesem kulturpolitischen Aufbruch sollen die verschiedenen Träger, die Kommunen, Landschaftsverbände, Kirchen, Initiativen und Verbände mitgenommen werden.

Konkret wollen CDU und FDP bis zum Jahr 2022 den Kulturhaushalt des Landes um 50 Prozent erhöhen. Im Unterschied zu den anderen Ländern ist der Kommunalisierungsgrad in NRW sehr hoch, sodass dieses Vorhaben das Finanzierungsgewicht zwischen Land und Kommunen in NRW ein wenig verschiebt. Auffallend ist, dass im Unterschied zur CDU/FDP-Koalition in den Jahren 2005 bis 2010, als von einer Verdopplung des Landeskulturetats die Rede war, jetzt 50 Prozent angepeilt werden. Nichtsdestotrotz ist dies eine positive, klare Ansage, im Besonderen für die Theater und Orchester, deren Zuschüsse stufenweise angehoben werden sollen. Das in der letzten Legislaturperiode (2012 bis 2017) eingeführte Kulturfördergesetz soll weiterentwickelt und ein Bibliotheksgesetz initiiert werden. Letzteres hat der vormalige kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im NRW-Landtag Thomas Sternberg schon 2012 gefordert. Nun also. Alle kulturrelevanten Gesetze sollen nach dem Willen der Koalitionäre in einem »Kulturgesetzbuch« zusammengeführt werden. Auch diese Landesregierung hat sich vorgenommen, das Zuwendungsrecht zu vereinfachen und das Jährlichkeitsprinzip nach Möglichkeit abzubauen. Nachdem insbesondere die SPD bei den Planungen des Kulturfördergesetzes gescheitert ist, die Spielräume der Haushaltssicherungskommunen, Kultur zu fördern, zu erweitern, wollen CDU und FDP einen neuen Anlauf nehmen und eine gesetzliche Regelung schaffen, die den Finanz- und Rechtsaufsichtsbehörden die entsprechenden Möglichkeiten gibt. Man darf gespannt sein, ob es dieses Mal klappt. Denn das wäre für viele Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden, eine echte Erleichterung, wenn die Finanz- und Rechtsaufsicht Haushalte genehmigen muss, die freie Kulturförderung vorsehen. Die Landesmittel für Denkmalpflege sollen aufgestockt werden. Die vielfältigen Projekte der kulturellen Bildung wie Kultur und Schule, Kulturrucksack, Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen (JeKits) sollen evaluiert und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Auch die personelle Situation an den Musikschulen soll verbessert werden. Bibliotheken sollen zu sogenannten »dritten Orten« ausgebaut werden, die insbesondere in ländlichen Regionen Synergien entfalten und zur Verbesserung der Infrastruktur beitragen sollen.

Was die Kulturwirtschaft angeht, sollen die Games-Entwicklung, der Film und der Kunsthandel nach Kräften gefördert werden. Hier zeigt sich, dass NRW den Wettbewerb um Unternehmen aus diesen Branchen aufnehmen und seine Konkurrenzfähigkeit insbesondere gegenüber Berlin und Hamburg verbessern will. Dies gilt auch mit Blick auf die Medienwirtschaft. Stolz wird verkündet: »NRW ist Medienland.« Damit dies so bleibt, sollen die Rahmenbedingungen für die Medienbranche verbessert werden. Vorgenommen haben sich CDU und FDP eine Überarbeitung des Landesmediengesetzes insbesondere mit Blick auf die Anforderungen aufgrund der Digitalisierung. Das Ende 2016 in Kraft getretene WDR-Gesetz soll erneuert werden. Der WDR soll mittelfristig zu einem weitgehend werbefreien Sender werden. Ein besonderes Augenmerk gilt dem Hörfunk, hier ist eine Gesamtstrategie »Radio in NRW 2022« geplant.

Zwischen Sicherung und Aufbruch

Im Vergleich der drei Koalitionsverträge wird eines sichtbar, die Voraussetzungen in den Ländern für Kulturpolitik sind höchst unterschiedlich. Das gilt sowohl mit Blick auf die Einwohnerzahl, die Wirtschaftskraft und die Struktur.

Die Koalitionäre aus dem Saarland bemühen sich redlich, das Erreichte zu halten und in der letzten Wahlperiode getroffene Zusagen einzulösen. Im wirtschaftlich schwachen Saarland, das in der Haushaltskonsolidierung von anderen Ländern unterstützt wird, sind große Sprünge nicht möglich. Es wird versucht, das Alleinstellungsmerkmal, die Nähe zu Frankreich, Luxemburg und Belgien, auch für die Kultur fruchtbar zu machen. Strukturell ist Kulturpolitik im Ministerium für Bildung und Kultur verankert.

Auch in Schleswig-Holstein leuchten keine großen kulturpolitischen Visionen auf. Man scheint zufrieden zu sein, dass umsetzen, fortführen und sichern zu können, was angestoßen wurde. Sensationell Neues ist, laut Koalitionsvertrag, nicht zu erwarten. Die Zuständigkeit für Kultur wird aus dem Ministerium für Justiz, Kultur und Europa in das künftige Ministerium für Bildung und Kultur übergehen.

In NRW hingegen wollen CDU und FDP auch mit Kultur Akzente setzen. Sie wollen mehr Geld zur Verfügung stellen, das Kulturfinanzierungsproblem in Haushaltssicherungskommunen lösen und neue gesetzliche Regeln schaffen. Wer dies in welcher Struktur künftig leisten soll, blieb bis zum Redaktionsschluss dieser Zeitung offen. Unter den 17 genannten Geschäftsbereichen für die geplanten zwölf Ministerien ist Kultur nicht zu finden. Schade, denn wie in anderen Politikbereichen auch, hängt in der Kulturpolitik vieles von den Personen und der Verortung, und damit der Bedeutung des Kulturressorts, in der Regierung ab. Hohe Erwartungen wurden geweckt, wir sind gespannt wie sie strukturell gelöst werden sollen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

HINWEIS

Ein Porträt der Kulturpolitik des Saarlandes von Sven Scherz-Schade erschien in der Ausgabe 1/16 von Politik & Kultur. Die Kulturpolitik Schleswig-Holsteins porträtierte Sven Scherz-Schade in der Ausgabe 5/15 von Politik & Kultur. Mit der Kulturpolitik in NRW setzte sich Peter Grabowski in der Ausgabe 4/15 auseinander.

Wo residiert wird, gibt's Kultur

Kommunale Kulturpolitik in Schwerin

SVEN SCHERZ-SCHADE

Traumhaft schön ist Schwerin. Direkt am See, auf der Burggarten-Insel, liegt das Schloss. Es ist das Wahrzeichen der Stadt. Von anno dazumal bis heute ist es Herrschersitz. Wo früher der Fürst residierte, ist heute der Landtag untergebracht. Herzog Heinrich der Löwe gründete 1160 Schwerin als Herrschafts- und Verwaltungszentrum und von hier aus wurde das mecklenburgische Land regiert. Die Stadt selbst war dabei allerdings arm. Und en gros hat sich dieses Ungleichgewicht bis heute unter Regierung der Ministerpräsidenten gehalten. Schwerin hinkt in Handel und Industrie im Vergleich zu anderen deutschen Städten ähnlicher Größe immer etwas hinterher. Die letzten Jahre waren geprägt von desolater Haushaltslage, die zu Einsparungen zwang, was auch an der kommunalen Kulturpolitik nicht spurlos vorbeigegangen ist.

An kulturellem Erbe ist Schwerin reich, viele Sammlungen und Einrichtungen gehen auf Gründungen aus Zeiten der Herzöge und Großherzöge zurück, so etwa das Staatliche Museum Schwerin mit wichtigen Werken niederländischer und flämischer Malerei des 17. und 18. Jahrhunderts. Die Mecklenburgische Staatskapelle, gegründet 1563, gehört zu den ältesten Klangkörpern der Welt, das Mecklenburgische Staatstheater geht zurück auf höfische Spielorte, die im 18. Jahrhundert anfingen, mehr oder weniger regelmäßig Musiktheater und Schauspiel auf die Bühne zu bringen. Kurzum: Ein großes kulturelles Erbe steckt in der Stadt, weil: Wo residiert wird, gibt's Kultur. Das genannte Museum ist in Landesobhut, zu zwei Drittel auch das Mecklenburgische Staatstheater, das lange trotz des »staatstragenden« Namens aber ein rein kommunales Haus war.

»Das war immer ein Sorgenkind meiner Vorgänger«, sagt Rico Badenschier (SPD), seit November 2016 Schwerins Oberbürgermeister und in Personalunion Kulturdezernent der Kommune. Also alles noch ganz frisch. Insbesondere in die Aufgaben des Kulturdezernenten muss sich Badenschier – das gibt er gern und ehrlich zu – noch intensiver einarbeiten. Das ist normal. In bestimmte Verantwortungen muss man reinwachsen. Doch eine kulturpolitische Hauptfrage hat Badenschier heute schon verinnerlicht und das ist diese Abwägung zwischen »Kultur ist Ländersache« und »freiwilliger Aufgabe« der Kommune. Badenschier ist nicht unglücklich darüber, dass die Finanzierungsfragen rund ums Staatstheater – ein Sechsspartenhaus mit großem Orchester für eine Stadt mit knapp 100.000 Einwohnern – just vor seiner Amtszeit geklärt werden konnten. Zurzeit gibt die Stadt Schwerin 6,6 Millionen Euro an das Theater, das Land gibt wiederum der Stadt Mittel via Finanzausgleichsgesetz, Schwerin erhält über direkte Kulturförderung auch nochmal Landesgelder und zudem regelt ein Landeshauptstadtvertrag, dass Schwerin 1,3 Millionen Euro für die Theatergebäude erhält. »Eine etwas skurrile Situation«, wie Badenschier das Finanzierungsgemenge kommentiert: »Zukünftig werden die Theatergebäude eigentlich eh dem Land gehören.« Denn letztes Jahr konnte man endlich verhandeln, dass das Land als Mehrheitsgesellschafter zu 74,9 Prozent in die Mecklenburgische Staatstheater GmbH einsteigt; der Stadt gehören dabei 10 Prozent, weitere 10 Prozent dem Nachbarlandkreis und 5,1 Prozent der Stadt Parchim, wo das Theater weitere kleine Spielstätten hat. Vertraglich hat Schwerin zugesichert, dass es seine jetzigen 6,6 Millionen Euro die nächsten Jahre beibehält. Sicherung und Fortbestand für das Theater war für Schwerins Kulturselbstverständnis wichtig. Badenschier fasst es in seinen Worten zusammen: »Auch wenn der Begriff nicht ganz günstig ist, gehört diese Hochkultur zum Selbstbild der Stadt. Das Höfische, Musiktheater, Schlossfestspiele – das gehört zu Schwerin, das hier niemand missen möchte.«

Die laufenden Aufwendungen des Schweriner Kulturbüros betragen dieses Jahr 7,29 Millionen Euro – exklusive jener Staatstheatermittel. Wie in anderen Landeshauptstädten der neuen Bundesländer kämpfen auch hier Kunst und Kultur mit schrumpfenden Budgets und unzureichender Personalausstattung. Prekär ist die finanzielle Lage für viele freie Träger, denen die Stadt beantragte und dringend erforderliche Fördermittel oft nur unzureichend bis gar nicht zur Verfügung stellen kann. Das frustet die Kulturszene, dieweil die Versorgung Schwerins kommunaler Kultureinrichtungen ebenfalls knapp bemessen ist. Dazu zählen die Musikschule, die in Schwerin Konservatorium heißt, das Freilichtmuseum für Volkskunde Schwerin-Mueß, Volkshochschule, Stadtarchiv und Stadtbibliothek. Zu den jüngeren Einrichtungen gehört das 1995 gegründete Schleswig-Holstein-Haus, das als Kulturforum der Landeshauptstadt fungiert, und das soziokulturelle Zentrum Speicher. Die letzten Jahre verliefen in diesen kommunalen Einrichtungen kulturpolitisch nicht stabil. Es wurde etwa bei Speicher und Schleswig-Holstein-Haus über mögliche Privatisierung diskutiert. Das verunsicherte und Veranstaltungsplanungen gerieten ins Stocken. Kaum waren die Privatisierungsbeschlüsse vom Tisch, sorgten neue Sparvorschläge eines beratenden Beauftragten für Verunsicherung unter Akteuren und Publikum: Es kursierten Streichlisten im Dienste der »Konsolidierungskommune« und ein Standortwechsel der Volkshochschule wurde diskutiert.

Neben jenem Konservatorium gibt es mit ataraxia noch eine weitere, private Musikschule in Schwerin. Den Vorwurf, dies sei eine ineffiziente »Doppelausstattung«, hat Badenschier in seiner kurzen Amtszeit nun schon öfter gehört. Beide Einrichtungen werden gut angenommen, sind ausgelastet. Der Bedarf in puncto Musikbildung ist in der ehemaligen Residenzstadt eben sehr groß, weil dort viele Beamten- oder – wegen des großen Krankenhauses – viele Arztfamilien wohnen. »Die Nachfrage besteht«, sagt Badenschier: »Ich sehe erstmal keine Notwendigkeit, irgendwas zu ändern.« Bevor der 1978 geborene Badenschier vor drei Jahren überraschend erklärte, sich als Oberbürgermeisterkandidat aufstellen zu lassen, war er Radiologe und Oberarzt. Er ist verheiratet, hat selbst Kinder. Die quasi kulturbürgerliche Perspektive auf Kulturpolitik ist ihm insofern aus seiner Privatsphäre bestens vertraut. Wo er sich sozialpolitisch jedoch hineinversetzen muss, sind Blickwinkel und Bedürfnisse der Kinder, die in Armut leben. Statistisch kommt fast jedes dritte Schweriner Kind aus einer Hartz-IV-Familie. Das ist insofern ein besonders krasser Gegensatz, weil Schwerin mit seinem breiten wohlhabenden Mittelstand (mit vielen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes) die stärkste Kaufkraft in den Städten der Neuen Bundesländer hat.

»Es gibt quasi zwei Schwerins«, sagt Badenschier. Die eine Stadt ist die schöne, eingangs erwähnte pittoreske Stadt, auf die alle stolz sind. Die Altstadt wurde von beiden Weltkriegen verschont. Das andere Schwerin sind Plattenbausiedlungen, von der Innenstadt gut 20 Minuten per Straßenbahn entfernt. »Die Kinder dort erreicht man mit kultureller Bildung nur, wenn z. B. die Musikschulen in die Kindergärten oder die Grundschulen gehen«, sagt Badenschier, »das ist wichtig«. Insofern gilt Schwerins Tradition »Wo residiert wird, gibt's Kultur« hier nicht, nein: Diese Tradition muss gebrochen werden. Es gab etwa das durch Bundesmittel getragene Programm »Soziale Stadt«, bei dem in einem sogenannten »Plattenpark« Brachflächen von Einwohnern gärtnerisch und künstlerisch umgestaltet wurden. Kultur- und Stadtplanungspolitik gehen ineinander über. Bis 2023 hat Badenschier nun Zeit zur politischen Gestaltung. Gegen die gesellschaftliche Ungerechtigkeit, unter der die Kinder leiden, will er ankämpfen. Wenn es geht auch mit Kultur.

Manche kommunal-kulturpolitischen Wünsche brauchen sehr lange Zeit. Seit zwölf Jahren fehlt Schwerin das Stadtgeschichtsmuseum! Es war nie richtig gut angenommen worden, nicht zuletzt aufgrund seiner ungünstigen Lage. Schließlich wurde es dann bei der Haushaltskonsolidierung kurzerhand geschlossen. Die Konsolidierung im Hinterkopf hat sich Schwerin verpflichtet, keine neue freiwillige Leistung aufzunehmen, weshalb das Stadtgeschichtsmuseum bis dato auch nicht wiederbelebt werden konnte. Vielleicht aber lässt sich hier etwas mit der Weiterentwicklung des Freilichtmuseums für Volkskunde Schwerin-Mueß verknüpfen? Für dieses Volkskundemuseum liegt eine Machbarkeitsstudie vor, die ca. 26 Millionen Euro dafür anberaumt; bis zu 90 Prozent davon könnten aus Fördermitteln kommen. Dabei handelt es sich um ein Museumsdorf mit historischer Bausubstanz: reetgedeckte Fachwerkhäuser am See, anschauliches Zeugnis für Mecklenburger Landesgeschichte, aber eben nicht für Schweriner Stadtgeschichte. Das sehen im Gemeinderat manche sehr kritisch, dass die Stadt »Landeskultur« bezuschusst, aber sich selbst »freiwillig« nichts aufbürden mag. Deshalb hofft Badenschier nun, dass im Zusammenhang mit dem Volkskundemuseum auch Möglichkeiten für das Stadtgeschichtsmuseum erörtert werden und vom Land auch dafür Fördergelder bereitgestellt werden könnten. Als Außenstehender mag man sich über solche kommunale Erwartungshaltung vielleicht wundern. In Schwerin habe das aber seit 900 Jahren eine gewisse Tradition. So sieht Badenschier das: »Wenn der Großherzog möchte, dass es Schwerin gut geht, dann geht es Schwerin auch gut.« In der Landeshauptstadt setzt der Oberbürgermeister nicht zuletzt auch auf diesen Residenz-Bonus, auch auf die Gefahr hin, dass man in Rostock darüber verärgert ist. In Schwerin, dessen Wirtschaftsstruktur selbst eher schwach ist, wurde viel investiert, damit es eben rund ums Schloss so »traumhaft schön« bleibt.

Gegenwärtig bewirbt sich die Landeshauptstadt um die Aufnahme in die Welterbeliste der UNESCO. Sie möchte als »Residenzensemble Schwerin – Kulturlandschaft des romantischen Historismus« dort notiert sein. Ob das tatsächlich von einmaliger weltweiter Relevanz ist, muss die Jury entscheiden. Ein bisschen schleicht sich im Falle Schwerins aber schon der Verdacht ein, dass dieser Titel vorrangig, wenn nicht ausschließlich, aus fördertaktischen Gründen geholt werden soll. Denn »von Banausen oder sonstiger Zerstörung bedroht«, dass man sie via Welterbeliste schützen müsste, das ist die Schweriner Innenstadt nun gerade nicht. Schwerin ist heute schön, traumhaft schön.

FOTO: MARTINA BERG / FOTOLIA.COM

Das Empfangsgebäude des Hauptbahnhofs Schwerin wurde 1889/90 in historischer Architektur erbaut

Sven Scherz-Schade ist freier Journalist und arbeitet unter anderem zu den Themen Kultur und Kulturpolitik für den Hörfunk SWR2

SCHWERIN: ZAHLEN UND FAKTEN

Einwohner: 96.800

Fläche: 130,52 km²

Bevölkerungsdichte: 742 Einwohner pro km²

Nächste Oberbürgermeisterwahl: 2023

Nächste Kommunalwahl: 2019

Oberbürgermeister und Kulturdezernent: Rico Badenschier (SPD)

Leitung Kulturbüro: Dirk Kretzschmar

Kulturausgaben: 7,29 Millionen Euro pro Jahr

Kulturausgaben pro Einwohner: 75,32 Euro pro Jahr

KOMMUNALE KULTURPOLITIK

Im Anschluss an die Serie zur Landeskulturpolitik beleuchtet diese Reihe die aktuelle Kulturpolitik aller Hauptstädte der deutschen Bundesländer – mit Ausnahme der drei Stadtstaaten. In sieben Ausgaben nehmen wir jeweils zwei Landeshauptstädte unter die Kulturlupe. Bisher wurde über Stuttgart, Düsseldorf, Saarbrücken, Wiesbaden, Potsdam, München, Hannover und Magdeburg berichtet.

Im Norden ist die Welt ganz in Ordnung

Kiel im kulturpolitischen Porträt

PETER GRABOWSKI

Läuft!« – so oder so ähnlich lautet die häufigste Antwort, wenn man in Kiel nach den kulturpolitischen Baustellen fragt und auch nach ihnen guckt. In der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt sind sie ganz zufrieden mit ihrem Kulturangebot und der Entwicklung in den Institutionen und Projekten.

Ungefähr 250.000 Einwohner hat die nördlichste der deutschen Großstädte aktuell und sie hält alles vor, was man auch in Gegenden mit mehr Kommunen vergleichbarer Größenordnung »kulturelle Grundversorgung« nennt: Ein gut ausgestattetes Vierspartentheater, eine Kunsthalle für die Klassiker der Bildenden Kunst und eine Stadtgalerie für die Zeitgenössische Kunst. Das Stadtmuseum ist rechtzeitig zum 100. Jahrestag des revolutionsauslösenden Matrosenaufstandes 1918 aus einem längeren Dornröschenschlaf erwacht und die hochmoderne Stadtbibliothek – zusammen mit der Stadtgalerie im »Neuen Rathaus« mitten in der City untergebracht – erfreut sich großer Beliebtheit: Rund ein Zehntel der Einwohner nutzt die physischen und digitalen Angebote.

Natürlich ist nicht alles nur ruhige See rund um die »Hörn«, wie die südliche Hafenspitze der alten Hansestadt heißt. Die ist eine Art umgedrehter Sackbahnhof des Schiffsverkehrs und teilt die Stadt(mitte) in Ost und West. Wie öfter in deutschen Städten ist es dabei im Osten ein bisschen prekärer. Vor allem in Gaarden, aber auch in Elmschenhagen, Ellerbek und Wellingdorf finden sich nicht unbedingt die feinsten Adressen Kiels. Dort konzentrierten sich einst die Werftbetriebe des Ostseehafens.

Mit »KreativKiel« hat die Stadt 2014/15 in einem partizipativen Prozess ein Konzept zur Stadtentwicklung gerade in diesen Gebieten, aber auch für die ehemaligen Militäranlagen im nördlichen Stadtteil Wik entstehen lassen. »Kulturelle Sukzession« lautet eines der Schlagworte, um verlassene Hafen-, Gleis- und Militärgelände – die berühmten »Konversionsflächen« – auch durch künstlerische Interventionen wieder für den (öffentlichen) Stadt- und Sozialraum zu gewinnen.

Parallel dazu geben im Status quo-Bericht für die örtliche Kultur- und Kreativwirtschaft mehr als die Hälfte der »Jungen Professionellen«, das sind noch nicht etablierte Unternehmer mit bereits funktionierender Geschäftsidee, an, dass die größte Herausforderung für sie – neben dem Vermarkten ihrer Produkte – im Finden geeigneter Räume bestehe. Wie auch in manch anderer von Strukturwandelfolgen betroffener deutscher Großstadt treffen in Kiel motivierte und ideenreiche Absolventen einer renommierten Hochschule – vor allem der altehrwürdigen Christian-Albrechts-Universität im Westen der Stadt – auf einen urbanen Raum mit vielen Brachen und Entwicklungsmöglichkeiten. »Matching Situation« nennen das die Stadtentwickler gerne, weil ein Gemeinwesen hier »nur noch« ein existierendes Raumangebot für eine bestehende Nutzer-Nachfrage aufbereiten muss.

Darüber hinaus holt man sich auch externen Rat von Leuten mit ausgewiesener Expertise im Kulturellen. Vor allem Trevor Davies ist ein gern gesehener Gast an der Förde: Der Direktor der gegenwärtigen dänischen Kulturhauptstadt Aarhus und des Copenhagen International Theatre blickt auch auf eine insgesamt 40-jährige Erfolgsgeschichte als Stadtentwickler zurück, und das von ihm mitentwickelte »Cultural Planning« könnte auch für Kiel den Weg in die Zukunft weisen.

Das wünscht sich nicht nur der Vorsitzende des Kulturausschusses in der Kieler Ratsversammlung, Dirk Scheelje von den Grünen – doch gerade wenn man mit ihm über dieses Thema spricht, überträgt sich seine Begeisterung sogar durchs Telefon. Und mit ebenso deutlich vernehmbarem Stolz verweist er auf den Umstand, dass alle Entscheidungen des Rates zu »Kreativ-Kiel« und der Förderung der Kulturwirtschaft einstimmig gefallen seien. Das loben auch andere Gesprächspartner rund ums Rathaus und sogar in der Landesregierung, weil sich die Stadtpolitik sonst doch gerne mal eher strukturkonservativ zeigt.

Darum wird es in den kommenden Monaten vermutlich auch bei einer ganz anderen Causa mit weitreichenden Folgen gehen. Mitten in der Stadt, zwischen Schlossgarten, Steigenberger Hotel und einer noblen Wohnsiedlung, wartet ein echtes Filetgrundstück auf Weichenstellungen für die Zukunft: Die »Alte Mu«. Der Begriff ist eine Abkürzung für »Alte Muthesius« und bezeichnet das frühere Gelände der örtlichen Kunsthochschule. Die platzte aus allen Nähten und zog vor fünf Jahren in ein neues Domizil ein paar 100 Meter weiter westlich – übrigens zurück an den Ort ihrer Gründung vor mehr als 100 Jahren.

Auf dem leer stehenden Areal haben sich seither sukzessive Dutzende Aktivisten, Initiativen und Start-Ups angesiedelt. Passieren konnte das durch geschicktes Taktieren und Lavieren der Initiatoren selbst und des Hochschulkanzlers – zum großen Unmut des Rektors, aber das ist eine andere Geschichte. Die zu Beginn der 1960er Jahre im Stil der Ulmer Schule pavillonartig angelegte Kunstakademie ist nämlich immer noch im Besitz des für Wissenschaftseinrichtungen zuständigen Landes Schleswig-Holstein.

Dessen bisherige rot-grüne Regierung hatte regelrecht wohlwollend auf das nahezu in Wildwuchsmanier gedeihende Kreativzentrum mitten in der Hauptstadt geguckt. Ob allerdings die just vereinbarte neue »Jamaika-Koalition« von CDU, FDP und Grünen unter Führung des Christdemokraten Daniel Günther diesen Kurs fortsetzen wird, ist fraglich – und die Situation insgesamt auch etwas unübersichtlich: Der Kieler Oberbürgermeister Ulf Kämpfer (SPD) plädiert nämlich schon länger für eine Veräußerung des von Immobilienentwicklern höchstpreisig eingeschätzten Grundstücks in immerhin zentraler Traumlage.

KIEL: ZAHLEN UND FAKTEN

Einwohner: 246.300

Fläche: 118,65 km²

Bevölkerungsdichte: 2.076 Einwohner pro km²

Nächste Oberbürgermeisterwahl: 2020

Nächste Kommunalwahl: 2019

Oberbürgermeister: Ulf Kämpfer (SPD)

Kulturdezernent: Wolfgang Röttgers

Kommunale Ausgaben für Kultur: ca. 28 Millionen Euro

Kommunale Ausgaben pro Einwohner: ca. 112 Euro pro Jahr

Eine Wohnbebauung schwebt dem sozialdemokratischen Stadtoberhaupt dort vor; nicht nur, aber auch in gehobener Qualität. Das sah Torsten Albig, der bisherige Ministerpräsident und ebenfalls ein SPD-Mann, mit Blick auf die urbane und kulturelle Entwicklung der Landeshauptstadt allerdings explizit anders. Wie sich nun eine von CDU und FDP dominierte Landesregierung in dieser Gemengelage entscheiden wird – etwa zugunsten eines SPD-OB? – ist bislang unklar. Nur die Grünen sind in dieser Frage bislang weiter auf Kurs, während die rührigen Aktivisten aus der »Alten Mu« über eigene Drähte Kontakt zum neuen Regierungschef Günter aufbauen. Sie haben auch einen Finanzierungsplan für den Ankauf des Geländes in der Tasche: Eine gemeinnützige Stiftung mit freiem Kapital hält eine mittlere einstellige Millionensumme bereit.

Im Sommer 2017 ist die »Alte Mu« jedenfalls eine bunte und gut funktionierende Mischung aus Imkerprojekt, Fahrradkino, innovativen Architekturbüros und Stadtplanerprojekten sowie einer Craft Beer-Brauerei. Und zu so mancher Kulturveranstaltung ist das Gelände bis an die Kapazitätsgrenzen voll. Jeder Stadtentwickler – nicht nur – in dieser Republik wäre froh, eine derart lebendige, basisdemokratisch organisierte und im Übrigen sogar ökonomisch funktionierende Riesen-Kreativzelle im Zentrum zu haben.

Andererseits kann ein Bundesland mit chronisch knapper Kasse auch nicht einfach so ein begehrtes Filetgrundstück mitten in der Hauptstadt verkaufen, eventuell sogar deutlich unter Marktwert. Und nicht zuletzt meldet ein Oberbürgermeister berechtigte Interessen an, der gegen alle früheren Vorhersagen auf ein signifikantes Bevölkerungswachstum reagieren muss: Bis zu 20 Prozent mehr Einwohner sind für das übernächste Jahrzehnt prognostiziert. Die müssen irgendwo wohnen – und um keine zusätzlichen Pendlerströme zu verursachen, vielleicht ja doch lieber direkt in der Stadt.

FOTO: PETRA NOWAK – PENO / FOTOLIA.COM

Der rote Kieler Hauptbahnhof liegt in unmittelbarer Nähe zum Germaniahafen mit seinen Traditionsseglern

Die Zeit drängt, denn in drei Jahren will Kiel »Ostseestadt der Kultur« sein

Dort wird es bald voraussichtlich noch eine inhaltlich etwas anders gelagerte Kulturbaustelle geben: Der Konzertsaal im Schloss muss saniert werden. Das klingt nobler als es ist, denn die altehrwürdige »Nebenresidenz« der Gottorfer Herzöge, unter anderem stand die Zarin Katharina die Große mal in dieser Linie, wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört und Jahre später etwas … nun ja, sagen wir mal »nüchtern« wieder aufgebaut. Blöderweise hat das Land den Bau in einem Anfall von neoliberalem Privatisierungswahn 2003 an einen Investor verkauft. Jetzt soll das Gebäude erst zurückerworben und dann der akustisch immer noch vielgepriesene Musiksaal saniert werden. Kostenpunkt: 24 Millionen Euro, gedrittelt geschultert von Stadt, Land und bürgerschaftlichem Engagement.

Die Zeit drängt ein bisschen, denn im wahren Sinne des Wortes am Horizont des angrenzenden Meeres dräut ein bedeutender Termin: »KielKultur 2020«. In drei Jahren will man »Ostseestadt der Kultur« sein; eine von insgesamt fünf in den Anrainerstaaten des baltischen Meeres. Dann sollte auch das musikalische Herz der Stadt wieder vernehmlich schlagen. Und damit Taktgeber sein für eine kulturelle Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten, über die nicht nur Kulturpolitiker sagen sollen: »Läuft!«

Peter Grabowski ist kulturpolitischer Reporter

Eine Hochzeit zweier Haltungen

Das Berliner Stadtschloss aus städtebaulicher Perspektive

Die kulturpolitischen Diskussionen rund um das im Berliner Stadtschloss beheimatete Humboldtforum sind brisant. Doch wie ist es aus städtebaulicher Perspektive zu beurteilen? Senatsbaudirektorin Regula Lüscher steht Rede und Antwort.

Theresa Brüheim: Frau Lüscher, was unterscheidet die Berliner Mitte von anderen Großstadtzentren?
Regula Lüscher: Die Geschichte. Berlin war lange eine geteilte Stadt, sodass es heute noch die Lesart gibt, Berlin wäre eigentlich eine doppelte Stadt. Viele Institutionen, insbesondere Kulturinstitutionen, sind hier zwei- bis dreifach vorhanden. Zum anderen ist die Berliner Mitte Teil einer polyzentralen Stadt, also einer mit mindestens zwei Zentren: der City West und der City Ost.

Wie verändert das Großbauprojekt Stadtschloss die Berliner Mitte – bzw. wie Sie gesagt haben – die City Ost?
Das Humboldtforum stärkt die Berliner Mitte und damit die City Ost in ihrer städtebaulichen Identität. Neben der Museumsinsel, die mit ihren Sammlungen inhaltlich herausragend ist und als UNESCO-Weltkulturerbe einen extrem hohen Stellenwert genießt, wird das Humboldtforum die Mitte als Architektur- und Kulturinstitution ergänzen. Es bekräftigt damit die stadt- und kulturpolitische Bedeutung der Berliner Mitte.

Muss diese Bedeutung auch gestärkt werden, weil die Berliner Mitte trotz Museumsinsel immer noch als leer gilt?
Ich bin nicht der Meinung, dass die Berliner Mitte leer ist. Ganz im Gegenteil: Sie ist unglaublich vielfältig und spiegelt die sehr bewegte, fragmentierte Geschichte der Stadt wider. Oder umgekehrt gesagt, die Geschichte Berlins macht den Städtebau sehr fraktal. So ist noch heute innerhalb des historischen Zentrums der Stadt, also der früheren Doppelstadt Berlin-Cölln, jede Zeitschicht erlebbar. Die ältesten natürlich nur noch sehr reduziert, vorwiegend durch archäologische Fenster und Grabungen. Die Berliner Mitte ist aber auch ein Ort des Wohnens – und zwar mittendrin. Am Rathausforum sind bezahlbare Wohnungen zu haben, das ist für eine europäische Stadt nicht selbstverständlich. Sie ist genauso ein Ort des Einzelhandels wie Anziehungspunkt für zehntausende Touristen. Und sie ist ein Ort des Wassers und des Landschaftsraums, ein grüner Ort. Ein Ort, wie es ihn sonst kaum in dieser Vielfalt gibt.

Welche Erwartungen haben Sie als Senatsbaudirektorin an das Stadtschloss?
Ich erwarte, dass das Stadtschloss mit dem Humboldtforum Berlins kosmopolitischen Aspekt und seine touristische Bedeutung nochmals stärkt. Die historische Mitte Berlins wird so noch weiter belebt werden. Zudem bringt das Humboldtforum durch seine besondere Konzeption den Aspekt der Hochkultur, der sonst nur auf ein bestimmtes Publikum ausgerichtet ist, einer breiten Öffentlichkeit nahe. So wandelt sich die Mitte in einen Ort für alle.

Sie haben 2015 auch das Bürgerbeteiligungsprojekt »Alte Mitte – neue Liebe?« geleitet, das sich mit dem Areal zwischen Fernsehturm und Spree befasste. Welche Auswirkungen wird das Stadtschloss konkret auf dieses Gebiet, aber auch auf die benachbarte Museumsinsel haben?
Städtebaulich – das ist schon heute offensichtlich – erzeugt das Humboldtforum im Kleide des Stadtschlosses mit seinem großen Volumen eine höhere bauliche Dichte. Dies führt aus meiner Sicht dazu, dass das Marx-Engels- und das Rathaus-Forum als öffentlicher, offener Raum ganz anders wahrgenommen werden. Ich könnte mir auch vorstellen, dass das Bedürfnis nach Erholungsraum nahe dem Wasser steigt und sich auch mehr Menschen, die das Humboldtforum besuchen, dort ausruhen wollen. Der Ort wird so noch stärker belebt, das ist ein großer Vorteil und geht Hand in Hand mit dem angesprochenen Prozess »Alte Mitte – neue Liebe?«. Sein Ziel war es, einen emotional anderen Zugang zu einem Raum zu finden, der von den Bürgerinnen und Bürgern Berlins sehr ambivalent wahrgenommen wird. Durch die starken Bautätigkeiten bietet er im Moment eine relativ niedrige Aufenthaltsqualität, das wird sich in Zukunft aber ändern.

Wie beeinflusst das Stadtschloss die Baukultur Berlins?
Das Stadtschloss steht für die sehr tiefe Sehnsucht der Berlinerinnen und Berliner, Bauten wieder zum Leben zu erwecken, die durch Kriege oder andere ideologische Konflikte zerstört wurden. Diese Sehnsucht muss zu einem gewissen Grad befriedigt werden. In den letzten zehn Jahren bemerkten wir jedoch eine Trendwende: Die jüngere Generation in Berlin steht der Geschichte viel offener gegenüber und hat ein anderes, unverkrampfteres Verhältnis zu den unterschiedlichen Bauwerken. Ob das die DDR-Moderne, die West-Moderne oder zum Teil auch die Nazi-Architektur ist – sie alle werden als selbstverständliche Zeitzeugnisse wahrgenommen. Gleichzeitig besteht das Bedürfnis, zeitgenössische Spuren zu hinterlassen – also neue Schichten hinzuzufügen, um auch die eigene Identität in der Stadt zu verwurzeln. In diesem Sinn ist das Humboldtforum für mich eine Hochzeit von zwei sehr unterschiedlichen Haltungen. Das Äußere ist eine qualitativ hochwertige Rekonstruktion. Gleichzeitig konnte durchgesetzt werden, dass die wirklichen historischen Spuren, nämlich die archäologischen Grabungen, als offenes Fenster ausgestellt werden und dadurch diese Rekonstruktion als eine Rekonstruktion des 21. Jahrhunderts erkannt werden kann. Das Innere ist von der zeitgenössischen Architektur Franco Stellas geprägt, die sich in keinster Weise der Barockarchitektur anbiedert, sondern ein eigenes Statement setzt. So schließt sie die inhaltliche Klammer zur Konzeption des Humboldtforums als Verweis auf das 21. Jahrhundert.

Welche Herausforderungen bringt es mit sich, das Äußere eines historischen Gebäudes dieses Ausmaßes zu rekonstruieren?
Das sind vor allem technische Herausforderungen, z. B. die qualitätsvolle Rekonstruktionen der Barockfassaden. Aber auch die Art des Bauens hat sich verändert. Heute errichtet man keine monolithischen Gebäude mehr, sondern Bauten, die eine Tragstruktur, eine Dämmschicht und eine quasi angeklebte Verkleidung haben. Das sind bauphysikalische und zugleich statische, bautechnische Herausforderungen. Und natürlich ist es eine Herausforderung, dass ein Schloss rekonstruiert wird, das im Sockelbereich quasi keinen Austausch mit dem öffentlichen Raum bietet. Heutzutage wird öffentlicher Raum ganz anders wahrgenommen und belebt. Im weiteren Verlauf wird es eine Gratwanderung sein, dass die Außenräume – und nicht nur die Hofräume – einen städtischen Charakter, eine Lebendigkeit erhalten. Aber das ist bei allen Bauwerken Herausforderung und Chance zugleich.

Wenn wir über die Außenräume reden, müssen wir auch über das Freiheits- und Einheitsdenkmal sprechen, was nun nach langen Diskussionen doch auf die Schlossfreiheit kommt. Wie beurteilen Sie das?
Aus städtebaulicher Perspektive sehe ich eine gewisse Gefahr, dass dieses sehr expressive Denkmal in Konkurrenz mit der Schaufassade des Schlosses treten könnte. Ich persönlich hätte mir einen etwas offeneren Begegnungsort gewünscht. Man hätte z. B. einfach den Sockel mit den historischen Mosaiken belassen und auf ihm einen Begegnungsort für Veranstaltungen oder repräsentative Empfänge inszenieren können.

Zum Abschluss noch eine Frage: Werden die Berliner – trotz aller finanzieller, inhaltlicher, politischer Kritik, die rund um das Stadtschloss und Humboldtforum laut geworden ist – es ab 2019 besuchen?
Ja. Erstens, weil es ein inhaltlich wahnsinnig interessanter Ort wird. Zweitens sind dem rekonstruierten Stadtschloss räumliche Dimensionen vorbehalten, die in einem zeitgenössischen Bau kaum entstanden wären. Das wird die Menschen auf jeden Fall begeistern.

FOTO: CHARLOTTE V. / PHOTOCASE.DE

Schließt das Stadtschloss die städtebauliche Leerstelle in der Berliner Mitte?

Regula Lüscher ist Senatsbaudirektorin und Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Alles neu
oder nur anders?
Kulturelle Bildung in der Digitalen Gesellschaft

Einladung zum 10. Dialogforum des Deutschen Kulturrates
6. Juli 2017 · 19 Uhr · Podewil Berlin

Es diskutieren: Dr. Chantal Eschenfelder, Prof. Dr. Susanne Keuchel, Prof. Dr. Martina Schuegraf und Olaf Zimmermann

www.kultur-bildet.de/dialogforum

Zwei Standbeine

Zu Veränderungen in der VG Wort

Im Jahr 2016 trat das Verwertungsgesellschaftengesetz in Kraft, das von den deutschen Verwertungsgesellschaften deutliche Veränderungen in ihren Satzungen und in der Verwaltungspraxis verlangte. Zugleich stand die VG Wort vor der Herausforderung, mit einem Urteil des Bundesgerichtshofs umzugehen, in dem festgestellt wurde, dass die jahrzehntelange Praxis der Beteiligung von Verlagen an gesetzlichen Vergütungsansprüchen mit europäischem Recht nicht zu vereinbaren war. Gabriele Schulz befragt einen der beiden Geschäftsführer der VG Wort, Robert Staats, zu den Auswirkungen dieser Umstände auf ihre Arbeit.

FOTO: BERNHARD HUBER

Robert Staats, geschäftsführender Vorstand der VG Wort

Gabriele Schulz: Herr Staats, die VG Wort hat ein Jahr aufregender und aufreibender Debatten hinter sich. Zum einen das sogenannte Vogel-Urteil des Bundesgerichtshofes, zum anderen die Umsetzung des Verwertungsgesellschaftsgesetzes. Blicken Sie zufrieden zurück?
Robert Staats: Es war ein Jahr mit großen Herausforderungen, die nur durch den sehr bemerkenswerten Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VG Wort bewältigt werden konnten. Im Ergebnis sind wir jetzt sehr erleichtert, dass die Mitgliederversammlung der VG Wort im Mai die erforderlichen Beschlüsse gefasst und die neuen Verteilungspläne verabschiedet hat. Damit kann die erfolgreiche Arbeit der VG Wort für Autoren und Verlage fortgesetzt werden.

Wenden wir uns als erstes dem Vogel-Urteil zu. Wie liefen die Diskussionen in den unterschiedlichen Berufsgruppen?
Eine sehr wichtige Veränderung im letzten Jahr war der Anstieg der Mitgliederzahlen innerhalb der VG Wort. Sie haben sich mehr als verdoppelt. Das hatte natürlich unmittelbar Auswirkungen auf die Gremien der VG Wort, wie insbesondere die Mitgliederversammlung. Für viele neue Mitglieder war die konkrete Arbeit der VG Wort – und die paritätische Besetzung aller Gremien mit Autoren und Verlagen – wenig bekannt. Es ging deshalb im vergangenen Jahr auch um ein gemeinsames Kennenlernen.

In welchem Bereich ist der Mitgliederaufwuchs denn besonders stark?
Viele neue Mitglieder gehören der Berufsgruppe 2, der Berufsgruppe der Journalisten, an. Es gibt aber auch eine Reihe von Neuzugängen in den beiden anderen Berufsgruppen der Urheber, bei den belletristischen und den wissenschaftlichen Autoren.

Mussten Sie für diese Besonderheit der VG Wort, die auf zwei Beinen steht – dem Autoren- und dem Verlegerbein – werben?
Zumindest war es sehr wichtig, deutlich zu machen, welche Vorteile die gemeinsame Rechtewahrnehmung für Autoren und Verlage innerhalb einer Verwertungsgesellschaft hat. Das ging in beide Richtungen, gegenüber den Autoren und den Verlagen. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs in der Sache Vogel ./. VG Wort hatte die Grundlage der VG Wort, die stets eine Verwertungsgesellschaft von Autoren und Verlagen war, konkret infrage gestellt. Erfreulicherweise hatte sich aber die große Mehrheit der Mitglieder bereits in der Mitgliederversammlung der VG Wort im Juni 2016, kurz nach der Entscheidung des Bundesgerichtshofs, klar dafür ausgesprochen, die gemeinsame Rechtewahrnehmung fortzusetzen.

Wie ist dieser Diskussionsprozess auf der Verlegerseite verlaufen?
Nun, die Verleger waren – und sind – von der Entscheidung des BGH in besonderer Weise betroffen, weil die VG Wort ab Herbst 2016 die zu Unrecht erfolgten Auszahlungen für die Jahre 2012 bis 2015 zurückfordern musste. Das ist alles andere als eine leichte Situation. Gleichwohl haben auch die Verlagsvertreter in den Gremien der VG Wort die erforderlichen Beschlüsse mitgetragen, um die VG Wort als gemeinsame Verwertungsgesellschaft zu erhalten.

Warum ist aus Ihrer Sicht eine gemeinsame Verwertungsgesellschaft nach wie vor der richtige Ansatz?
Dafür gibt es eine Reihe von sehr guten Gründen. Besonders wichtig ist aus meiner Sicht, dass eine effektive Durchsetzung von Rechten und Vergütungsansprüchen am besten gelingt, wenn diese Ansprüche von einer Organisation gebündelt geltend gemacht werden können. Nicht vergessen werden sollte auch, dass Autoren und Verlage vielfach übereinstimmende Interessen verfolgen und eine gemeinsame Organisation mit paritätisch besetzten Gremien und gemeinsamen Sozial- und Fördereinrichtungen hier von erheblichem Vorteil sein kann.

Der Börsenverein hatte seinerseits davor gewarnt, dass ein erheblicher Teil an Verlagen die Rückzahlungen nicht überstehen würden. Wie schätzen Sie jetzt die Situation bei den Rückzahlungen ein?
Die VG Wort hatte bekanntlich die Möglichkeit eingeräumt, dass Autoren zugunsten ihrer Verlage auf Nachforderungsansprüche verzichten konnten. Ein solcher Verzicht war bis Ende Februar 2017 möglich. Derzeit wertet die VG Wort die Verzichtserklärungen aus und wird anschließend die Verlage auffordern, die offenen Beträge zurückzuzahlen. Wie die Situation insgesamt zu bewerten ist, wird sich deshalb erst jetzt zeigen. Eine Reihe von Verlagen hat aber bereits Rückzahlungen geleistet, einige Verlage haben auch Stundungsanträge gestellt. Soweit Stundungsvereinbarungen mit Ratenzahlungen abgeschlossen wurden, werden diese nach unserem bisherigen Eindruck pünktlich erfüllt.

Diese schwierige Situation, der die VG Wort sich stellen musste, ist zu einem Zeitpunkt eingetreten, in dem die VG Wort ein hervorragendes Geschäftsergebnis vorweist und im Prinzip richtig was zu verteilen hat.
Das ist richtig. Wir hatten im letzten Jahr das zweitbeste Ergebnis, welches die VG Wort jemals erzielt hatte; in diesem Jahr war es das drittbeste Ergebnis. Für die Verlage hängt allerdings eine Beteiligung bei den Einnahmen aufgrund der gesetzlichen Vergütungsansprüche davon ab, ob ihre Urheber dem zustimmen.

Diese Zustimmungslösung beruht auf gesetzlichen Änderungen, die der Deutsche Bundestag Ende 2016 beschlossen hatte. Auf der europäischen Ebene liegt ein Vorschlag der Kommission vor, einen originären Beteiligungsanspruch der Verlage zu schaffen. Wie schätzen Sie diesen Vorschlag ein?
Die vorgeschlagene Regelung würde dazu führen, dass Verlage stets an den Einnahmen der Verwertungsgesellschaften aufgrund von gesetzlichen Vergütungsansprüchen beteiligt werden könnten. Hierfür gibt es sehr gute Gründe und es entspricht dem, was über viele Jahre die Geschäftsgrundlage bei allen Verwertungsgesellschaften war, die Rechte für Urheber und Verlage gemeinsam wahrzunehmen.

Welche weiteren Aufgaben liegen vor der VG Wort?
Es bleibt weiterhin die zentrale Aufgabe, angemessene Vergütungen für die Wahrnehmungsberechtigten der VG Wort durchzusetzen. Nach wie vor ist der wichtigste Einnahmenbereich die Geräte- und Speichermedienvergütung für gesetzlich erlaubte Vervielfältigungen. Es wird aber auch darum gehen, neue Vergütungsmöglichkeiten zu erschließen, die dem veränderten Nutzungsverhalten in der digitalen Welt Rechnung tragen. Dazu gehört es auch, Lizenzierungsmöglichkeiten zu prüfen, die – anders als bei gesetzlichen Vergütungsansprüchen – auf der Vergabe von Nutzungsrechten beruhen. Die Entscheidung, wie die VG Wort hier tätig werden kann, liegt dabei stets bei den Mitgliedern, die in der Mitgliederversammlung über entsprechende Änderungen des Wahrnehmungsvertrages entscheiden. Abzuwarten ist schließlich, ob das sehr umstrittene Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz noch in dieser Wahlperiode verabschiedet wird. Auch hier würden neue Aufgaben auf die VG Wort zukommen.

Lassen Sie uns zum Schluss noch kurz zum Verwertungsgesellschaftengesetz, kurz VGG, kommen. Wie sieht hier die Umsetzung in der VG Wort aus?
Die Vorgaben des VGG haben wir im Wesentlichen umgesetzt. Dazu gehören die Änderungen von Satzung, Wahrnehmungsvertrag und Verteilungsplan, aber auch eine Vielzahl von Änderungen der administrativen Abläufe innerhalb der VG Wort. Die letzte Mitgliederversammlung wurde bereits auf der Grundlage der Regelungen des VGG durchgeführt. Das bedeutete auch, dass eine elektronische Abstimmung im Vorfeld ermöglicht wurde und die Versammlung von abwesenden Mitgliedern im Livestream verfolgt werden konnte. Insgesamt sollten die Erfahrungen mit dem neuen VGG sorgfältig ausgewertet und gegebenenfalls Änderungen durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber angeregt werden.

Herzlichen Dank.

Robert Staats ist geschäftsführender Vorstand der VG Wort. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

i VG WORT

Die VG Wort wurde 1958 gegründet. Ihre Mitglieder sind in sechs Berufsgruppen organisiert:
1. Autoren und Übersetzer belletristischer und dramatischer Werke,
2. Journalisten, Autoren und Übersetzer von Sachliteratur,
3. Autoren und Übersetzer von wissenschaftlicher und Fachliteratur,
4. Verleger belletristischer Werke und von Sachliteratur,
5. Bühnenverleger,
6. Verleger von wissenschaftlichen Werken und von Fachliteratur.

Ihre Einnahmen erzielt die VG Wort vor allem aus der Wahrnehmung gesetzlicher Vergütungsansprüche.

FOKUS

Bilanz und Ausblick

10 Jahre Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung

BRIGITTE ZYPRIES

Seit der Jahrtausendwende ist die Kultur- und Kreativwirtschaft immer bedeutender geworden. Klar ist heute, dass sie aufgrund ihrer außergewöhnlichen Geschäftsideen, ihrer Innovationsfähigkeit und ihres Angebots aus kulturellen und wirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen eine größere Aufmerksamkeit von Politik und Gesellschaft verdient.

Die Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages hat 2007 in ihrem Abschlussbericht der Kultur- und Kreativwirtschaft ein umfängliches Kapitel gewidmet. Sie hat zahlreiche Handlungsempfehlungen an Bund, Länder und Kommunen formuliert. Unter anderem fordert der Bericht eine einheitliche Branchendefinition, eine bessere statistische Erfassung der Kultur- und Kreativwirtschaft und spezifische Instrumente zu ihrer Förderung.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft hat Deutschland wirtschaftlich erfolgreicher gemacht

Die Bundesregierung rief daraufhin Ende 2007 die Initiative Kultur und Kreativwirtschaft ins Leben. Gemeinsam koordinierten das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) diese Initiative. Ihr Ziel war es, der Kultur- und Kreativwirtschaft eine bessere Zukunftsperspektive durch eine höhere Wettbewerbsfähigkeit und eine bessere Ausschöpfung und Entwicklung ihres Arbeitsplatzpotenzials zu erschließen.

Nach zahlreichen Branchenhearings und ausführlichen Diskussionen konnten sich Bund und Länder auf eine einheitliche Branchendefinition einigen. Damit lag erstmals ein verlässlicher empirischer Rahmen für den bislang heterogenen Branchenkomplex der Kultur- und Kreativwirtschaft vor. Mithilfe des Monitoringberichts zu den wirtschaftlichen Eckdaten der Kultur- und Kreativwirtschaft war es überdies möglich, den Beitrag der Kultur- und Kreativwirtschaft zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung zu erfassen. Die aktuellen Zahlen für 2015 sind beeindruckend: Der Gesamtumsatz der Branche beläuft sich auf 150 Milliarden Euro. 250.000 Unternehmen beschäftigen über eine Millionen Menschen.

Ende 2009 brachte die Bundesregierung das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes auf den Weg. Mit dem Kompetenzzentrum erhielt die Kultur- und Kreativwirtschaft erstmals auf Bundesebene eine eigene Plattform für Information, Beratung und Vernetzung. In den ersten Jahren hat das Kompetenzzentrum über die Regionalbüros Orientierungsberatungen für Kreative angeboten. Über 13.000 Unternehmerinnen und Unternehmer nahmen dieses Angebot im gesamten Bundesgebiet wahr. 2016 wurde dieses Kompetenzzentrum inhaltlich neu ausgerichtet. Heute hilft es ganz überwiegend bei der thematischen Orientierung der Unternehmen.

Schwerpunktthemen sind: Innovation und Impuls; Gründung und Wachstum; Internationales und Export sowie Kultur, Arbeit und Gesellschaft. Zu den Aufgaben des Kompetenzzentrums gehören Expertisen für Leitthemen der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie die Förderung der Innovationsdynamik. Es unterstützt die brancheninterne Vernetzung und unterstützt Kooperationen von Unternehmen. Auch die Konzeption und Durchführung von Veranstaltungen gehört zu den Aufgaben des Kompetenzzentrums.

In den vergangenen zehn Jahren hat die Initiative der Bundesregierung zahlreiche Projekte angestoßen und gefördert. Dazu zählt der Auftritt der Initiative auf der Messe South by Southwest in Austin in Texas, der deutsche Auftritt als Partnerland bei der Business of Design Week Hongkong, die Teilnahme an der London Design Biennale sowie ihre Jahreskonferenz.

FOTO: BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE

Preisverleihung Kultur- und Kreativpiloten 2016 mit Brigitte Zypries

Seit 2010 veranstaltet die Initiative den Wettbewerb »Kultur- und Kreativpiloten«. Jährlich werden dabei 32 Unternehmerinnen und Unternehmer für ihre kreative und ausgefallene Geschäftsidee ausgezeichnet.

In den vergangenen zehn Jahren ist viel erreicht worden. Wir ruhen uns jedoch auf dem Jubiläum nicht aus, sondern gehen weiter voran. Wir starten 2017 mit »Phase XI« eine branchenübergreifende »Learning-Journey« mit einer interaktiven »Roadshow«. »Phase XI« ist ein neues Projekt des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes. Mit diesem neuen Format werden unter anderem Handlungsempfehlungen aus der Studie des BMWi zur Förderung nicht-technischer Innovationen aufgegriffen.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft hat Deutschland nicht nur bunter, lebendiger, kreativer und dynamischer gemacht, sondern auch wirtschaftlich erfolgreicher.

Die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung wird der Branche auch künftig ein Angebot machen – mit der Bereitstellung von Vernetzungsplattformen, dem Werben für Kooperationen zwischen der Kreativwirtschaft und anderen Branchen und der Präsentation des Innovationspotenzials der Kreativwirtschaft und ihres Mehrwerts für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir freuen uns auf die nächsten Jahre.

Brigitte Zypries, MdB ist Bundesministerin für Wirtschaft und Energie

Zusammenhalt qua Wissen und Verständnis

Der Beitrag der ARD zur Integration

SUSANNE PFAB

Die Welt erscheint immer komplexer, schneller, fordernder und vielfältiger. Dies stellt jeden Einzelnen und die Gesellschaft vor große Herausforderungen, weckt Ängste, verursacht neue Gräben, aber schafft auch nie geahnte Möglichkeiten des Miteinanders und der Kommunikation über alle Schichten, Strukturen und Grenzen hinweg. Voraussetzung dafür, das Gute in der Veränderung und im Neuen anzunehmen, sind Wissen, Verständnis, Achtung und das Gefühl von gesellschaftlicher Zugehörigkeit. Zu diesen »Basics« für das Gelingen einer modernen Gesellschaft und einer starken Demokratie beizutragen, ist eine der maßgeblichen Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

So hat die ARD gemäß Paragraph 11 des Rundfunkstaatsvertrages (RStV) »einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben«. Wir sollen »hierdurch die internationale Verständigung, die europäische Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bund und Ländern fördern.« Dies ist ein klarer Auftrag, qua Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung maßgebliche Integrationsgrundlagen zu schaffen. Dieser Auftrag bezieht sich nicht (nur) auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund oder aus »fremden Welten«, sondern auf die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes zwischen allen Menschen in Deutschland – völlig unabhängig von Herkunft oder Zugehörigkeit.

In einer weitgehend vernetzten Welt sind die Möglichkeiten groß wie nie, die Vielfalt einer Gesellschaft abbilden und mit ihr kommunizieren zu können. Aber wie mit jeder technischen Errungenschaft gehen auch mit der Digitalisierung Veränderungen einher, die Risiken bedeuten können: Die Abwanderung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung in soziale Netzwerke und abgeschlossene Kommunikationsräume, die verstärkte Medienkonzentration bis hin zu vielfaltsverengender Monopolisierung oder Verschlüsselungsbestrebungen kommerzieller Anbieter, um das Verwertungspotenzial von Inhalten voll ausschöpfen zu können, sind nur einige Aspekte. Vor diesem Hintergrund gewinnt unser verfassungsrechtlicher Auftrag zur Gewährleistung eines freien Meinungsbildungsprozesses unter Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen an zusätzlicher Bedeutung. Die ARD ist ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtet und agiert dank der solidarischen Finanzierung durch die Gesellschaft wirtschaftlich und politisch unabhängig. Unser Bestreben ist es, allen Menschen alle unsere Angebote auf allen Wegen frei zugänglich zu machen und so maßgeblich zu Teilhabe, Inklusion und Integration beizutragen. Unverzichtbares Element hierbei sind die Dritten Programme und die Hörfunkwellen der ARD. Während Globalisierungs- und Konzentrationstendenzen auch in der Medienlandschaft eher die Vereinheitlichung und Verwechselbarkeit von Angeboten befördern, bildet die föderal strukturierte ARD mit ihrer regionalen Verankerung schon immer die Vielfalt der kulturellen Realitäten vor Ort ab. Zugleich trägt die Vermittlung von Heimatgefühl, Zuhause und Nähe dazu bei, dass sich die Menschen in einer zunehmend als unübersichtlich und aufsplitternd empfundenen Welt nicht verloren fühlen.

Die Rolle und Aufgabe der Medien im und für den Integrationsprozess verändert sich mit den gesellschaftlichen Herausforderungen. So hat die ARD im Sommer 2015 ergänzend zur Berichterstattung über die Situation der Geflüchteten zahlreiche Hilfsangebote zur Integration initiiert und eine eigene Service-Seite für Refugees ins Leben gerufen (refugees.ARD.de). Die Seite bündelt alle themenverwandten Angebote der Landesrundfunkanstalten und wird im Sinne eines nachhaltigen Angebots auch weiterhin redaktionell gepflegt und aktualisiert. Neben Nachrichten und Einstiegsangeboten zur Orientierung in Deutschland, einem Audio-Bild-Wörterbuch in arabischer Sprache, Sprachlernangeboten für Kinder (wie etwa die »Sendung mit der Maus« auf Englisch, Arabisch, Kurdisch und Dari) finden sich hier auch Links zu Seiten, die Übersichten und interaktive Karten zu Hilfsprojekten zur Flüchtlingshilfe im gesamten Bundesgebiet bereitstellen.

Unser Bestreben ist es, allen Menschen unsere Angebote auf allen Wegen frei zugänglich zu machen

Auch mit Fiktionalem wie »Leberkäseland« (CIVIS-Medienpreis 2016), Dokumentationen wie »Weltbahnhof mit Kiosk« (Grimme-Preis 2016) und »Mohammad Mustermann« (Grimme-Preis 2017), Programmschwerpunkten wie dem BR-Themenmonat »Ramadan« (Juni/Juli 2015) oder bereits jahrelang bestehenden Formaten wie dem 1998 als »Funkhaus Europa« gestarteten Radiosender COSMO öffnen wir den Blick in fremde Lebenswelten, fördern alternative Sichtweisen, Verständnis und Toleranz.

Integrationsthemen spielen nicht nur in den Programmen der ARD eine Rolle. Als Querschnittsaufgabe betrifft Integration und Migration alle Bereiche der ARD – die Einrichtung des CIVIS Medienpreises vor 30 Jahren als inzwischen Europas bedeutendster Medienpreis für Integration und kulturelle Vielfalt, Fachtagungen zu Integrations- bzw. Migrationsthemen wie »Medienforum Migration« des SWR oder »WDR Integrationsgipfel« sind nur einige ausgewählte Beispiele. Bei der Gewinnung neuer Mitarbeitender ist die Ansprache kulturell diverser Zielgruppen bewusster Anspruch der Personalabteilungen. Einige Häuser bieten eigenständige Ausbildungsprojekte für Geflüchtete oder Medienschaffende mit Zuwanderungsbiografie an, z. B. »WDR grenzenlos«, »NDR Summer School« und die rbb-Sommerakademie »Vielfalt entdecken«. Und auch nach außen vernetzen und engagieren wir uns verstärkt, um bei dieser wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe die »Kraft der Kooperation« mit anderen Initiativen und Verbänden nutzen zu können – etwa als Mitglied der im November 2016 ins Leben gerufenen »Initiative kulturelle Integration«.

Susanne Pfab ist Generalsekretärin der ARD

FOKUS

Heimat ist mehr als ein geografischer Ort

Die Rolle der Vertriebenen bei der Integration

Teilen Vertriebene Erfahrungen mit den heute zu uns kommenden Geflüchteten? Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Bernd Fabritius, im Gespräch mit Theresa Brüheim.

Theresa Brüheim: Herr Fabritius, Sie sind ursprünglich Siebenbürger Sachse und nach Schulabschluss gemeinsam mit den Eltern nach Deutschland ausgewandert. Was bedeutet Heimat für Sie?
Bernd Fabritius: Eine Heimat bedeutet für mich der Ort, in dem ich selbstverständlich bin, in dem ich zu Hause bin, in dem ich mich nicht erklären muss. Heimat ist der Ort der bekannten Gerüche, der Töne, der Verstecke, es ist ein Ort von Emotionen – und für mich ganz, ganz wichtig.

Das heißt, Heimat ist für Sie ein geografischer Ort?
Heimat ist mehr als ein geografischer Ort. Ich habe eine Heimat, das ist Siebenbürgen, ein geografischer Ort. Dort bin ich aufgewachsen. In der Stadt, in der ich aufgewachsen bin, kenne ich jeden Strauch, jede Pfütze, wenn Sie so wollen. Ich weiß, wie die Stadt heute riecht, auch wenn ich nicht dort bin. Auch München ist meine Heimat. Das ist auch ein geografischer Ort. Ich könnte auch zu München das sagen, was ich zu Siebenbürgen geschildert habe. Heimat ist aber auch die Gemeinschaft, in der ich bin. Z. B. wenn ich die Siebenbürger Sachsen in Kanada besuche und dort eine Küche erlebe, die auch meine Küche ist, wenn ich einen Dialekt höre, der auch mein Dialekt ist, wenn ich Witze höre, die erzählt werden und Sachverhalte betreffen, die ich selbst kenne, wenn wir Geschichten erzählen, unsere Vergangenheit, und das ist auch meine Geschichte, dann ist das für mich auch Heimat. Also Heimat kann auch eine Gemeinschaft sein.

Was bedeutet es, von dieser Heimat getrennt zu sein?
Das ist wie, wenn Sie einen Baum nehmen und ihn entwurzeln und dann hoffen, dass Sie ihn anderswo wieder einpflanzen können. Die Metapher funktioniert eigentlich sehr, sehr gut, auch für die folgende Integration. Wenn der Baum noch nicht zu groß ist, wenn der noch nicht vollständig entwickelt ist und wenn Sie möglichst viel von den Wurzeln mitnehmen, dann wächst er vermutlich auch in einer neuen Umgebung an. Wenn das nicht so ist, dann ist das schwierig. Wenn Sie jemanden von der Heimat trennen, dann trennen Sie ihn eigentlich von einem ganz wesentlichen Stück der eigenen Identität. Von ihr getrennt zu sein, heißt eine Gefährdung der Identität.

Sie sind der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV). In der Charta der deutschen Heimatvertriebenen steht: »Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, dass das Recht auf die Heimat als ein Grundrecht der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird«. Hier wird das eben Geschilderte deutlich. Aber wie kann man dieses Recht auf Heimat garantieren?
Das Recht auf Heimat ist nach meiner festen Überzeugung ein Menschenrecht. Es ist damit geschützt von allen Verträgen – nur taugen Verträge als Schutz nur bedingt. Ich denke, wir bewahren das Recht auf Heimat am besten dann, wenn wir uns ganz dezidiert gegen Vertreibung und gegen ethnische Säuberungen aussprechen. Und wenn wir die Vielfältigkeit des Heimatbegriffes realisieren und schützen. Wir schützen Heimat und Identität, wenn wir jedem Menschen die selbst empfundene kulturelle Identität belassen. Das ist ein Plädoyer für Integration, gegen Assimilierung. Das ist besonders in diesen jetzigen Zeiten wichtig. Ich denke, es ist auch für heutige Opfer von Flucht und Vertreibung ganz wichtig, dass sie ihre eigene kulturelle Identität als Heimat bewahren, oder um ein ganz plakatives Beispiel zu nennen: Es wäre grundfalsch, wenn wir versuchen würden, aus einem Syrer einen authentischen Bayern zu machen. Die Menschen, die heute kommen, sollen innerhalb ihrer eigenen Identität in unsere Gesellschaft integriert werden. Das ist auch ein Stückchen Heimatschutz.

Welche Parallelen gibt es zwischen der Fluchterfahrung deutscher Heimatvertriebener und heutiger Geflüchteter aus Syrien etc.?
Die Frage ist ganz wichtig. Denn die beiden Sachverhalte, also die Vertreibung nach dem 2. Weltkrieg, die ethnischen Säuberungen nach dem 2. Weltkrieg und die heutigen Vertreibungsgeschehen sind in dem persönlichen Trauma-Empfinden der Betroffenen vergleichbar. Sie sind in dem Bruch der individuellen Biografien absolut vergleichbar. Aber damit endet es. Vergleichbar sind sie eben genau in dem Punkt, dass Menschen aufgrund ethnischer Säuberungen von jetzt auf gleich all das, was Heimat ausmacht, unter Zwang verlieren. Das ist eine unglaubliche Verletzung der eigenen Identität und der Lebensbiografie. Es besteht allerdings überhaupt keine Vergleichbarkeit, wenn ich an notwendige Integrationserfordernisse oder auch nur Aufnahmebedingungen denke. Man muss sich klarmachen, dass die Heimatvertriebenen nach dem 2. Weltkrieg nach heutigen Maßstäben Binnenflüchtlinge gewesen sind. Sie sind aus einem Teil des damaligen Deutschlands in einen anderen Teil Deutschlands vertrieben worden. Sie kamen zu Brüdern und Schwestern. Sie haben die gleiche Sprache gesprochen. Sie hatten vielfach die gleiche Konfession. Sie hatten die gleiche Religiosität. Sie hatten überhaupt kein Sprachproblem. Es gab keine Problematik der beruflichen Anerkennung. Ein plakatives Beispiel: Wer nach dem 2. Weltkrieg als gelernter Schlossermeister mit einem Prüfungszeugnis der IHK Breslau nach Frankfurt kam, der hatte keinerlei Integrationsprobleme. Man hat gewusst, was er kann. Es war, wie wenn heute jemand aus München nach Frankfurt geht. Wenn Sie allerdings die heutigen Opfer von Flucht und Vertreibung sehen, dann stimmt das alles nicht. Die Menschen kommen aus der völligen Fremde. Und sie kommen in eine für sie völlige Fremde, in der sie sich nicht so leicht zurechtfinden. Sie verstehen unsere Sprache nicht. Sie können noch nicht einmal die Lebensmittelschilder im Supermarkt lesen. Wenn sie ein Zeugnis über eine abgeschlossene Schlosserausbildung vorzeigen, um bei dem Beispiel zu bleiben, dann können wir das gar nicht lesen, weil es noch gar nicht in unseren Schriftzeichen ausgefertigt ist. Und wir wissen, auch wenn wir es übersetzen, nicht, was wirklich dahintersteckt. Wer diese gravierenden Unterschiede in den Integrationsrahmenbedingungen ausblendet und von einer Gleichmacherei spricht, der kann nur auf dem Holzweg landen.

Heißt das für Sie, dass es in unserer Gesellschaft stärkere Integrations- und Aufnahmebemühungen geben muss?
Ich stimme zu. Aber das bedeutet nicht, dass wir unsere Heimat verändern müssen, um sie dem anzupassen, was die Opfer von Flucht und Vertreibung verlassen haben. Beispielsweise bin ich nicht bereit, auch nur eine Handbreit an der Gleichberechtigung der Geschlechter preiszugeben, weil Menschen, die heute kommen, der Meinung sind, man müsse einer Frau die Hand nicht geben, man müsse sich von einer Ärztin nicht behandeln lassen oder man könne als Eltern in der Schule den Aufstand pflegen, wenn die Lehrerin eine Frau ist oder wenn angeordnet wird, dass Buben und Mädel gemeinsam Sportunterricht machen. Wir müssen dort auf keinen Fall unsere Heimat verändern und anpassen. Das wäre falsch verstandene Integration. Sondern wir müssen Verständnis dafür wecken, dass Menschen, die sich zu uns retten, das gerne tun sollen, aber sie müssen auch unser Umfeld als ihres akzeptieren wollen. Das ist für mich eine Grundvoraussetzung gelingender Integration.

Wie können denn deutsche Heimatvertriebene bei dieser Integration helfen?
Wir können das selbstverständlich und tun es auch schon ganz aktiv. So betreiben wir als BdV 16 Migrationsberatungsstellen für Erwachsene in zehn Bundesländern. Und diese haben wir ausdrücklich auch für die heutigen Opfer von Flucht und Vertreibung zur Verfügung gestellt. Es kommen zwar noch die meisten Spätaussiedler als Ratsuchende, aber etwa 45 Prozent der Menschen, die unsere Beratungsstellen aufsuchen, kommen aus Syrien oder anderen Verfolgungsgebieten. Sie kommen, weil sie wissen, dass sie bei uns offene Ohren und Herzen finden, eben weil wir zu dieser Empathie aufgerufen haben und selbst wissen, wie es sich anfühlt, Heimat zu verlieren. Wir können natürlich bei allen Fragen des Alltags helfen. Ich denke, das sind die wichtigsten Punkte, wenn Menschen zu uns kommen. Sie wollen wissen, wo man sich anmeldet, was man macht, wenn die Tochter krank ist, wie man in Deutschland einen Telefonanschluss bekommt, ob und wo man arbeiten kann … Also ganz praktische Fragen des Alltags, die wir mit Verständnis klären können.

Welche Rolle spielen Vertriebene und ihre Nachfahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer von Flüchtlingskrisen geprägten Zeit?
Aus meiner Sicht spielen die deutschen Heimatvertriebenen eine sehr, sehr große Rolle, gerade auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Weil wir aus eigener Erfahrung sagen können, dass es nicht negativ sein muss, wenn man sich auf Neues einlässt. Wir haben selbst erfahren, wie das war. Wir können auch die deutsche Gesellschaft daran erinnern, dass vor einigen Jahrzehnten über 15 Millionen Deutsche das gleiche Schicksal einer Vertreibung, einer ethnischen Säuberung erlebt haben und wir damals froh gewesen sind, eine neue Heimat zu finden. Genau das können wir heute in die gesellschaftliche Analyse einbringen. Um nochmal die Vergleichbarkeit an einzelnen Punkten darzustellen: Gleich nach dem 2. Weltkrieg sind aus der Tschechischen Republik Menschen in geschlossenen Zügen nach Deutschland gekommen, meist nach Bayern. Da sind z. B. 500 Menschen in einem Dorf gelandet, in dem vorher auch nur 500 Menschen gelebt haben. Es ist zu einer Verdoppelung der Bevölkerungszahl gekommen. Und es gab die Möglichkeit, dass Protestanten in ein rein katholisches Dorf gekommen sind und umgekehrt. Ich denke, dass vor 70 Jahren der konfessionelle Unterschied vielleicht genauso bedeutsam war wie heute der religiöse Unterschied. Trotzdem hat man sich daran gewöhnt. Man hat festgestellt, dass Menschen, wenn man die Betrachtung von Ideologie befreit, eigentlich auch nur Menschen sind und dass man zusammenwachsen kann. Ich denke, wenn wir diese Erfahrung einbringen, dann klappt es heute auch mit den neuen Nachbarn.

Vielen Dank!

FOTO: PATRICK LEVIN

Bernd Fabritius ist Siebenbürger Sachse und Bayer zugleich

Bernd Fabritius, MdB ist Vorsitzender des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Deutschen Bundestag und Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV). Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

FOKUS

Die (vermeintliche) deutsche Leitkultur

Der Wahlkampfstand des Bundesinnenministers

BURKHARD BLIENERT UND KAMILA SCHRÖDER

FOTO: HELGI / PHOTOCASE.DE

»Wir sind auch nicht Gartenzwerge«: Was meint deutsche Leitkultur überhaupt? Kann es sie als solche geben?

Wenn die Union ihr verstaubtes Konzept der Leitkultur wieder aus der Schublade holt, wissen wir, dass Wahlkampf ist. Wenn sich ein Generalsekretär oder ein anderer Parteifunktionär eines solch durchsichtigen Manövers bedient hätte, wäre es nicht weiter erwähnenswert. Nun ist es aber der Bundesinnenminister, der hier trommelt – für seine Partei, aber vor allem für sich selbst.

Die Anpassung an eine vermeintlich deutsche Leitkultur – verstanden als in Deutschland gewachsene kulturelle Grundvorstellungen und Werte – wird in konservativen Kreisen schon seit geraumer Zeit als zu erbringende Integrationsleistung gefordert. Friedrich Merz deutete 2000 das erstmals von dem Göttinger Politikwissenschaftler Bassam Tibi 1996 verwendete Konzept einer »europäischen Leitkultur« in eine »deutsche Leitkultur« um. Worum es sich bei diesen genuin deutschen kulturellen Grundvorstellungen und Werten handeln soll, wurde jedoch nie so genau formuliert. Ein pauschaler Nachholbedarf wurde hingegen sehr wohl attestiert. »Leitkultur« wurde auf diese Weise zu einem politischen Kampfbegriff instrumentalisiert, der Menschen ausgrenzt, Kulturen hierarchisiert und die gelebte Realität in Deutschland ausblendet.

Dass der Begriff »Leitkultur« – unabhängig von seiner zweifelhaften inhaltlichen Aussage – politisch verbrannt ist, sollte sich eigentlich auch bis zum Bundesinnenminister herumgesprochen haben. Anders als seine Parteikollegen versucht Thomas de Maizière zumindest auszuformulieren, was genau er unter diesem nebulösen Begriff versteht. Beim Lesen seiner zehn Thesen wird jedoch klar, dass es de Maizière nicht darum geht, den Leitkulturbegriff von seinen exklusiven und homogenisierenden Tendenzen zu befreien und ihn positiv zu besetzen. Im Gegenteil: Statt zusammenzuführen, konstruiert de Maizière ein »Wir« und ein »Die« und entzweit damit eine in vielerlei Hinsicht ohnehin schon gespaltene Gesellschaft.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Leitkultur-Thesen ist nicht nur vor dem Hintergrund des nahenden Wahlkampfs kritisch zu hinterfragen. Der Bundesinnenminister wirkte als eines von 28 Mitgliedern an der Erarbeitung der 15 Thesen der Initiative kulturelle Integration mit. Das Ziel der überparteilichen Initiative war es, aufzuzeigen, dass und wie das Zusammenwachsen einer heterogenen Gesellschaft und das Zusammenleben in einem pluralen Deutschland gelingen kann. Zwei Wochen vor der Veröffentlichung der im Rahmen eines halbjährigen Dialogprozesses entwickelten Thesen entschied sich der Bundesinnenminister, seine eigenen Vorstellungen von einer gelungenen Integration – sehr öffentlichkeitswirksam in Form eines Interviews mit einer großen deutschen Sonntagszeitung – kundzutun.

Welchen gesellschaftlichen Mehrwert verspricht sich der Bundesinnenminister von platten Parolen wie »Wir sind nicht Burka«? Versteht er unter diesem Ausspruch, mit dem die erste seiner zehn Thesen endet, wirklich eine der »ungeschriebene(n) Regeln unseres Zusammenlebens«? Das vielerseits entgegnete »Wir sind auch nicht Lederhose, Feinripp oder Socken in Sandalen« veranschaulicht die Absurdität dieser Aussage. Einer Aussage, die von Anfang an darauf ausgelegt war, als Schlagzeile in der bereits erwähnten großen Sonntagszeitung zu enden. Damit bedient sich der Bundesinnenminister der Sprache derjenigen, die bewusst vereinfachen, provozieren und sich Feindbildern und Dystopien bedienen.

Wenn es wirklich zu der leitenden »sozialen Gewohnheit« dieses Landes gehört, stets seinen Namen zu sagen und zur Begrüßung die Hand zu geben, haben die beiden Autoren dieses Beitrages in ihrem bisherigen sozialen Leben viel falsch gemacht. Diese Benimmregel wird gefolgt von weiteren Belehrungen und Belanglosigkeiten des Bundesinnenministers (»Schüler lernen – manchmal zu ihrem Unverständnis – auch das, was sie im späteren Berufsleben wenig brauchen«).

An anderer Stelle, dann nämlich wenn es um das vermeintliche »Uns« geht, blendet der Bundesinnenminister Teile der Realität aus, die nicht in sein Weltbild passen wollen: »(…) wir hatten Probleme mit unserem Patriotismus. Mal wurde er zum Nationalismus, mal trauten sich viele nicht, sich zu Deutschland zu bekennen. All das ist vorbei, vor allem in der jüngeren Generation.« Der Bundesinnenminister erklärt also die Probleme mit dem Patriotismus für beendet. Wie erklärt sich Thomas de Maizière dann das Erstarken der AfD, die PEGIDA-Aufmärsche oder fremdenfeindlich motivierte Delikte?

Welchen Mehrwert verspricht sich der Bundesinnenminister von platten Parolen?

Wieso lässt der Bundesinnenminister all diejenigen unberücksichtigt, die den Geflüchteten und Zugewanderten eben nicht ihre »ausgestreckte Hand« reichen?

Überhaupt geraten in de Maizières Thesen diejenigen aus dem Fokus, die und deren Vorfahren schon immer in Deutschland gelebt haben. Auch sie müssen sich in diesem neuen Deutschland zurechtfinden und integrieren wollen. Integration ist keine Einbahnstraße, sondern ein dynamischer und wechselseitiger Prozess. De Maizières Integrationsverständnis hingegen ist einseitig. Integration wird als ein defizitärer Bedarf von Einzelgruppen verstanden, als einseitige Anpassungsleistung der zugewanderten Menschen aufgefasst. Dieser eindimensionale Blickwinkel lässt die strukturelle, institutionelle und gesamtgesellschaftliche Dimension von »Integration« außen vor. Der Wille zur Integration muss nicht nur bei den neu Zugewanderten vorhanden sein, sondern auch bei der Aufnahmegesellschaft. Institutionelle Diskriminierung, strukturelle Barrieren, gesellschaftliche Schließungsprozesse, Repräsentationslücken sowie ungleiche Zugangschancen zu materiellen und immateriellen Ressourcen sind allesamt gesellschaftliche Integrationsdefizite, die es ebenso zu beheben gilt wie individuelle Integrationsdefizite.

Für den Abbau institutioneller Diskriminierung und eine gesamtgesellschaftliche interkulturelle Öffnung plädiert Mark Terkessidis in seinem Buch »Interkultur« (2010). Anders als bei dem Konzept der »Integration«, bei dem es vordergründig darum geht, Defizite derer auszugleichen, die nicht der Norm entsprechen, geht es bei »Interkultur« um die Schaffung eines neuen gemeinsamen Raumes für alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem sozialen Hintergrund. Integration ist vor allem eine Frage struktureller Veränderungen und gesellschaftlicher Öffnungen. Auf politischer Ebene muss sichergestellt werden, dass sich alle Menschen in diesem Land gleichermaßen am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben beteiligen und mitentscheiden können.

Dass Kultur instrumentalisiert werden kann, um zu spalten, zeigt die Leitkultur-Debatte. Um sich beim Lesen von de Maizières Thesen nicht zugehörig zu fühlen, muss man bisweilen über keinen Migrationshintergrund verfügen. Auch als sogenannter »Biodeutscher«, der sich nicht im konservativen politischen Spektrum verortet, fühlt man sich ausgegrenzt. Nicht jeder Demokrat muss sich in Deutschland dazu bekennen, ein »aufgeklärter Patriot« zu sein, der sein Land »liebt«. Das »Wir«, von dem der Bundesinnenminister hier spricht, ist die konservativ-traditionalistisch geprägte Klientel seiner Partei und nicht wie es sein Amt eigentlich nahelegen würde, alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Integration – also das Zusammenwachsen unserer Gesellschaft – ist eine Aufgabe, die nur mit vereinten Kräften zu bewältigen ist. Statt willkürlich eine ministerielle Leitkultur zu verordnen, wäre es die Aufgabe eines Bundesinnenministers gewesen, eine gesellschaftliche Debatte mit Zivilgesellschaft, Politik und Kultur anzuregen. Menschen unterschiedlicher politischer Couleur, die sich jedoch allesamt zu unserem demokratischen Rechtsstaat und einer vielfältigen Gesellschaft bekennen. Nur aus einem solchen Dialogprozess heraus hätte ein gesellschaftlicher Konsens, ja eine Art Kodex, der unser Zusammenleben künftig gestalten soll, entstehen können. Dass dies durchaus möglich ist, zeigen die Thesen der durch den Deutschen Kulturrat initiierten gesamtgesellschaftlichen Initiative kulturelle Integration. Dafür hätte de Maizière aber nicht nur den Dialog suchen, sondern auch die richtigen Fragen stellen müssen:

Vielfalt und Heterogenität machen eine freie demokratische Gesellschaft erst zu dem, was sie ist

Was verstehen wir in einer Gesellschaft, in der jedes dritte Kind über einen Migrationshintergrund verfügt, eigentlich noch unter »Integration«? Kann es uns vor diesem Hintergrund noch darum gehen, einzelne, von der »Norm« abweichende Menschen in ein bestehendes Gefüge integrieren zu wollen? Oder müssen wir Integration neu denken? Wie wollen wir in dieser durch Vielfalt und Verschiedenheit geprägten Gesellschaft künftig zusammenleben? Wie kann es uns gelingen, dass diese heterogene, zum Teil gespaltene, Gesellschaft zusammenwächst? Welche Rolle kann in diesem Zusammenhang Kultur spielen?

Kultur verbindet. Gerade in Umbruchzeiten vermag sie Orientierung zu geben und Identität zu stiften. Kulturelles Miteinander kann Neues und Bestehendes zusammenfügen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und ein neues Wir-Gefühl entstehen lassen. Dieses integrative Potenzial gilt es zu aktivieren.

Vielfalt und Heterogenität sind nicht nur »aushaltbar«, sie machen eine freie demokratische Gesellschaft erst zu dem, was sie ist. Kultur ist kein starres, in sich geschlossenes Konzept. Sie wird von Menschen gemacht und ist deshalb auch einem ständigen Wandel unterzogen. Kulturen konstituieren sich in einem Prozess der Überlagerung, Vermischung und Verschmelzung verschiedener kultureller Einflüsse. Im Rahmen permanenter kultureller Austauschprozesse verwischen die Grenzen zwischen Eigen- und Fremdkultur. Unsere kulturelle Vielfalt hat sich überhaupt erst durch Anleihen aus anderen Kulturkreisen entwickelt. Kultur ist hybrid, heterogen und dynamisch. Das, was bleibt und uns als Gesellschaft leitet, sind die Grundwerte, die in unserem Grundgesetz festgeschrieben sind.

Dabei war de Maizières Partei zumindest auf Bundesebene schon viel weiter. In dem Koalitionsantrag »Kultur baut Brücken – Der Beitrag von Kulturpolitik zur Integration«, der im Dezember 2016 vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, ist es der SPD-Bundestagsfraktion gelungen, ihren Koalitionspartner CDU/CSU wegzubewegen von verkrusteten Denkmustern einer ausgrenzenden Leitkultur hin zu einem gemeinsamen Bekenntnis zur kulturellen Vielfalt und zu einem vielschichtigen Integrationsbegriff, der Integration nicht als persönliche Bringschuld der neu Zugewanderten versteht, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein Antrag, der es sich zum Ziel gemacht hat, auf politischer Ebene das integrative Potenzial von Kultur stärker zu aktivieren. Aber da war ja auch noch nicht Wahlkampf.

Burkhard Blienert, MdB ist Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag. Kamila Schröder ist wissenschaftliche Referentin für Kultur und Medien

FOKUS

Spielfilme mit »besonderen« Menschen

Filmische Inklusion und Integration – für die Mehrheitsgesellschaft

Der Spielfilmregisseur Eike Besuden spricht mit Hans Jessen über seine filmische Arbeit mit Menschen mit Behinderungen.

Hans Jessen: Herr Besuden, Sie produzieren Spielfilme und Dokumentarfilme. Üblicherweise würde man wohl sagen: Filme über Behinderte und mit behinderten Menschen. Ist diese Bezeichnung richtig?
Eike Besuden: Die Bezeichnung ist zwar politisch korrekt, aber ich finde sie falsch. Ich mag das Wort »behindert« überhaupt nicht, weil es absolut negativ konnotiert ist. Wenn ich irgendwo eine Behinderung erlebe, dann ist es etwas, was im Weg ist, was mich stört. Und das ist schon mal falsch. Wenn wir gedreht haben, haben wir immer das Wort »besonders« benutzt. Die »besonderen« Schauspieler – im Gegensatz zu den professionellen oder wie man die nennen möchte. Ein Wort, das sie abhebt von den anderen. Sie sind ja auch abzuheben. Aber das ist positiv besetzt.

Wie sind Sie zur Arbeit mit »besonderen Schauspielern« gekommen?
Angefangen hat es bei »buten un binnen«, dem Fernsehregionalmagazin von Radio Bremen. Dort war ich Reporter und sollte über zwei Vereine in Bremen berichten, die sich während der Psychiatriereform in den 1980er Jahren gründeten, um Kulturarbeit zu machen. Die sagten: »Was du mit deinem Arzt machst, mach mit deinem Arzt. Was du an Unterbringung brauchst und Versorgung, mach mit irgendwelchen anderen Leuten. Wir machen zusammen Kultur.
Wir singen zusammen, wir machen Schauspiel zusammen, wir malen zusammen, wir bauen Masken zusammen. Wir verreisen zusammen. Alle möglichen Sachen, die sich kulturell irgendwie bezeichnen lassen, machen wir.« Zum normalen Leben gehören – das war der Sinn dieser Psychiatriereform. Das war für mich damals völlig fremd. Ich habe ganz große Augen gemacht, was das für Leute sind, wie sie miteinander umgehen und was die für wunderbare Bilder erzeugen können mit ihren Masken, ihren Verkleidungen und ihren Theaterstücken.
Ich bin immer wieder gern dahin gegangen, weil ich merkte, du kannst mit den Leuten besondere Geschichten erzählen. Die sind anders als »normale« Menschen, denen du ein Mikrofon hinhältst. Sie erzählen anders, sie haben eine andere Emotion. Sie kommen auf andere Ideen dabei. Es ist eine Bereicherung im wahrsten Sinne des Wortes.

Wie aber wurde aus dem Reporter der Produzent von Kinofilmen, in denen Corinna Harfouch und Dominique Horwitz mitspielen, bedeutende deutsche Schauspieler? Das passiert ja nicht in einem Sprung?
Nein. Es entwickelte sich kontinuierlich. Das Entscheidende für mich war die Theaterproduktion »Faust«, die in Bremen entstand. Das hat mich nochmal überrascht, dass die sich trauen, Goethes Faust auf die Bühne zu bringen mit diesen »besonderen« Schauspielern. Noch mehr hat mich das Ergebnis überrascht. Es war so witzig, so berührend, so einfangend, dass ich am Ende dachte, über dieses Schauspiel will ich mehr machen als den geplanten Dokumentarfilm. Gemeinsam mit dem Regisseur des Stücks habe ich überlegt: Wie kann man das auf die filmische Ebene eines Spielfilms heben? Ich hatte bis dahin noch nie einen gemacht. Das war für mich absolutes Neuland. Es war alles zu groß, zu neu, zu viel für mich. Ich habe mich selbst total überfordert. Aber ich war so begeistert von der Idee, dass ich mir nichts aus der Hand nehmen lassen wollte.

Der Glaube versetzt Berge?
Ja, aber ich habe Ewigkeiten gebraucht, bis es soweit war. Dann haben wir angefangen, ein Drehbuch zu schreiben: »Verrückt nach Paris«. Parallel dazu haben wir schon versucht, bekannte Schauspieler mit ins Boot zu holen, weil klar war, wenn wir das nur mit »besonderen« Schauspielern machen, dann ist die Hürde für Zuschauer sehr hoch. Da konnten wir mit bekannten Namen ein bisschen Wattebäuschchen rechts und links legen. Corinna Harfouch, Martin Lüttge, Hermann Lause, Hella von Sinnen – ich habe sie blind angeschrieben und gefragt, ob sie Lust hätten, auch wenn es nur kleine Rollen wären. Sie haben alle zugesagt, weil sie auch interessiert sind, mal was anderes zu machen als den vierten Liebesfilm fürs Fernsehen. Die meisten haben für weniger Gage gearbeitet, als sie sonst bekommen. Die größte Herausforderung musste der – jetzt sage ich doch mal – »nichtbehinderte« Hauptdarsteller Dominique Horwitz bewältigen. Er hatte es wirklich schwer, gegen diese authentischen Leute anzuspielen.

Also nicht, wie man denken könnte, dass es für die »Behinderten« schwer wäre, mit dem Profi mitzuhalten, sondern eigentlich war es für den Profi schwieriger?
Genau, es ist für den Profi schwieriger, weil er diese Authentizität nicht hat. Die »Besonderen« sind so klar und eindeutig – sie können jemanden so darstellen, wie es wirklich nur sehr brillante Schauspieler vermögen. Dominique Horwitz hat das sehr gut gelöst. Er ist richtig reingewachsen. Hinterher sagte er: »Es hat mein Leben verändert, weil ich dadurch einen anderen Bezug zu den Menschen gekriegt habe.«
Der Weg zu diesem Film war ziemlich steinig. Das Schwierigste, wie immer beim Filmemachen, war, das Geld zusammenzukriegen. Leute, die das Geld geben sollen, müssen daran glauben, dass diese »besonderen« Schauspieler tatsächlich anderthalb Stunden Kino tragen können. Und dass sie Zuschauer begeistern können. Es war völlig unklar, ob das funktionieren würde. Vergleichbares hatte es zu dem Zeitpunkt – 2001 – im deutschen Kino noch nicht gegeben. Es liefen mal Fernsehstücke über Einzelpersonen, aber keine Kinofilme. Das war meine persönliche Odyssee 2001.

Was bei Ihren Filmprojekten geschieht, würde man wohl »Inklusion« nennen, also gemeinsame Arbeit mit Behinderten. Lässt sich das in Beziehung setzen zu dem, was wir heute als Integration diskutieren?
Mir fällt es schwer, mit diesen Begriffen umzugehen. Bei Integration denke ich, dass jemand, der von draußen in eine Gruppe kommt, integriert wird. Ich würde sofort fragen: Wieso eigentlich draußen? Da muss überhaupt nichts integriert werden. Sie müssen am alltäglichen Leben beteiligt werden – wie alle anderen auch. Ich muss versuchen, mein eigenes tägliches Leben so hinzukriegen, dass ich kein komisches Gefühl habe, wenn ich an der Haltestelle stehe und es kommt ein »besonderes« Grüppchen, dass ich nicht denke, oh ja, das sind also solche … Dann gehe ich lieber ein bisschen zur Seite, weil sie irgendwelche Sachen machen könnten – vielleicht fassen sie mich sogar an oder reden mit mir. Das möchte ich nicht, da gehe ich lieber zur Seite. Wir müssen lernen, damit umzugehen und diese Vorbehalte, diese Angst zu verlieren und sie einfach mit rein zu nehmen. Und sie auch nicht besonders, sondern ganz normal zu behandeln. Die müssen das nicht lernen.

Sie waren dabei, als in Berlin die 15 Thesen der »Initiative kulturelle Integration« vorgestellt wurden. Lässt sich aus der besonderen Form von Arbeit, die Sie bei der Filmproduktion leisten, etwas lernen oder verbinden mit dem, was in der aktuellen Integrationsdebatte diskutiert wird?
Ich glaube, es ist immer sinnvoll, Grenzen und Übergänge zu sehen und dort anzusetzen. Wir haben gerade einen neuen Film produziert, »All Inclusive«. Meine Zielrichtung sind nicht die Behinderten, auch nicht die Klientel drumherum. Es sind vor allen Dingen die, die mit dem Thema eher nichts zu tun haben wollen, weil hier das Problem der Ausgrenzung deutlich wird. Da muss ich ran, eine Verbindung herstellen, die Grenzen erkunden: Wo sind die Schwierigkeiten? Meistens sind es Vorbehalte, Angst aus Unkenntnis. Menschen denken, da würde etwas passieren, was man nicht berechnen kann, was man nicht will.
Aber es ist nicht so. Man muss sich drauf einlassen und dann sind es wirklich ganz normale Leute.

Ausgrenzung, Angst aus Nichtwissen und vor dem Fremden, das sind auch klassische Begriffe in der Migrationsdebatte.
Ja. Wenn ich heute höre, sie kommen aus Nordafrika, dann klappt doch sofort was zu. Dann klappt auch so was wie »Köln« zu. Klar, aber das löst nichts. Bei dem Wort »Behinderte« klappt etwas anderes zu. Auch das hilft nicht weiter. Wir müssen Übergänge und Zusammenhänge herstellen. Das kann ich, wenn ich mein Metier angucke, am ehesten leisten, indem ich demjenigen, der Vorbehalte hat, etwas zeige, was ihm möglicherweise den Weg erleichtert und diese Vorbehalte ein wenig nimmt. Im Film heißt das: eine Geschichte erzählen. Die ist möglichst auch ein bisschen witzig, auch wenn sie nicht am Problem vorbei gucken darf. Ich will sie nicht in Watte packen. Ich will sie aber auf eine Art und Weise präsentieren, die mir als Fremdem die Möglichkeit gibt, vielleicht das nächste Mal auf die »Besonderen« zuzugehen und mit ihnen mal ein Wort zu reden und mir etwas von ihnen anzuhören.

Wenn man Ihre Filmproduktion als Integrationsarbeit begreift, besteht die offenbar weniger darin, diese »besonderen« Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren, sondern eher denjenigen, die Mehrheitsgesellschaft sind und Abwehrangst oder Fremdheit empfinden, Wege zu zeigen, das offener annehmen zu können?
Ja. Die »Besonderen« kriegen schon ihre Hilfe. Ich biete ihnen hier die Möglichkeit, in einem Film mitzuarbeiten. Das ist schön und besonders für sie. Aber die eigentliche Zielgruppe ist auf der anderen Seite, weil da der größere Nachholbedarf beim Lernen besteht.

Was hat sich in diesen 17 Jahren, seitdem Sie diese Arbeit in Spielfilmform machen, an gesellschaftlichen Reaktionsweisen verändert? Ist da mehr Offenheit, mehr Bereitschaft? Oder eher das Gegenteil, vielleicht auch unter dem Eindruck frischer Ängste vor zu viel Fremdem?
Ich glaube, dass sich sehr wenig geändert hat und dass sich viel mehr ändern könnte. Die Medien spielen da eine große Rolle, weil sie ihren Zuschauern zu wenig zumuten, sie auch zu wenig überraschen und zu wenig bieten, um diesen Lernschritt zu machen, den man eigentlich machen müsste. Beispielsweise gab es eine TV-Reihe »Zeig mir deine Welt« mit Kai Pflaume und Leuten mit Down-Syndrom. Kai Pflaume ist zu jemandem hingegangen, hat sich sein Zuhause und Lebensumstände zeigen lassen, ist mit dem »Besonderen« dann in seinen Sportverein gegangen… Und das war dann eine Riesennummer. Ich gucke mir diese Serie an und denke, verdammt nochmal. Das ist zwar gut, aber es ist auch ein Trick, den sie da anwenden, indem sie vier Folgen machen über vier Down-Syndrom-Leute. Das sind die mit den freundlichen Kulleraugen, die immer lachen, die immer gute Laune verbreiten. Und dann sagen sie: »Ja, wir haben doch diese Reihe mit den Behinderten gemacht.« Mit einem ganz kleinen Ausschnitt von Behinderten! Sie würden es nicht mit irgendeinem, der im Rollstuhl sitzt und sich krampft, machen. Letztlich halbherzig.
Bei dem neuen Film »All Inclusive« habe ich allein deswegen bewusst keinen Down-Syndrom-Schauspieler in die Truppe mitgenommen.

Der Plot von »All Inclusive«: Ein Behinderter erbt ein Hotel und entschließt sich, das mit seinen Freunden, einer Mischung aus behinderten und »normalen« Menschen, weiterzuführen. Man ahnt, welche schrägen Situationen entstehen. Sie haben in Bremen den Pilotfilm gedreht, eigentlich steckt dahinter die Idee, daraus eine Serie fürs Fernsehen zu machen. Wie sind die Reaktionen bisher?
Bisher gibt es Reaktionen nur von Zuschauern. Bei den Sendern liegt es jetzt auf den Schreibtischen. Zuschauer finden den Film wunderbar. Sie ins Kino reinzukriegen, das ist manchmal immer noch ein bisschen schwer. Das hat mit der Klientel zu tun, die wir erreichen wollen – nämlich die, die mit der Thematik wenig zu tun haben. Aber wenn sie den Film sehen, sind sie begeistert. Wir gehen mit dem Film auch in Schulen. Da sind in der Regel so zwischen 150 und 250 Schüler. Ich komme dann mit zwei, drei Schauspielern. Ich hätte nicht gedacht, dass das so blitzsauber läuft. Die Schüler sind konzentriert und interessiert, stellen Fragen. Wir sind bisher nie unter einer halben Stunde Gespräch rausgekommen. Und sie wollen alle eine Abstimmung am Ende: »Wollt ihr den zweiten Teil sehen?« – »Ja«. Also inhaltlich bei Zuschauern, egal welchen Alters, läuft das prima.

Zu wie viel Prozent trifft der Begriff »kulturelle Integration« auf das zu, was Sie machen?
Der trifft vollständig zu in dem Moment, wo wir die anderen erreichen, die wir erreichen wollen. Wenn wir das nur für die Behindertenszene machen, fällt er raus. Dann ist es viel weniger effektiv. Wir müssen auf die andere Seite kommen. Dann findet der Prozess kultureller Integration statt.

Dankeschön.

FOTO: PINGUIN STUDIOS

Bereits im Juni 2016 wurde an einem Wochenende die Filmproduktion für »All Inclusive« hochgefahren

Eike Besuden ist ein deutscher Regisseur, Produzent, Dokumentarfilm-und Drehbuchautor. Hans Jessen ist freier Journalist und Publizist. Er war langjähriger ARD-Hauptstadtkorrespondent

5 Initiatoren + 23 Mitglieder = 15 Thesen

Die Initiative kulturelle Integration stellt Thesen zum Zusammenhalt in Vielfalt vor

THERESA BRÜHEIM

Wenn politische Institutionen, Medien, Religionsgemeinschaften, Migrantenverbände, Kulturorganisationen, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Beamtenvereinigungen, Sportorganisationen, Landkreise, Städte und Gemeinden zusammen an einen Tisch kommen, um was kann es dann wohl gehen? Richtig, nur um etwas ganz Großes – z. B. ein an Bedeutung so gewichtiges Themenfeld wie kulturelle Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie Der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration hat der Deutsche Kulturrat Ende des letzten Jahres 23 zivilgesellschaftliche Organisationen eingeladen, gemeinsam über Fragen wie »Was macht gesellschaftlichen Zusammenhalt aus?« oder »Welche Anforderungen sehen wir für Begegnungen und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Tradition?« nachzudenken. Und sie sind ausnahmslos alle der Einladung gefolgt: ARD, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände, Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutsche Bischofskonferenz, Deutscher Beamtenbund und Tarifunion, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Journalisten-Verband, Deutscher Landkreistag, Deutscher Naturschutzring, Deutscher Olympischer Sportbund, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Städtetag, Evangelische Kirche in Deutschland, Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen, Koordinationsrat der Muslime, Kultusministerkonferenz, Neue Deutsche Organisationen, Verband Deutscher Zeitschriftenverleger, Verband Privater Rundfunk und Telemedien, ZDF und Zentralrat der Juden in Deutschland.

Was danach folgte, waren vier Arbeitstreffen der 28 Organisationen in sechs Monaten, an deren Ende 15 Thesen zu kultureller Integration und Zusammenhalt stehen. 15 Thesen, die sich gewichtigen Themen widmen wie: Zusammenleben auf Basis des Grundgesetzes und kultureller Gepflogenheiten, Geschlechtergerechtigkeit, Religion im öffentlichen Raum, Kunstfreiheit, demokratische Debatten- und Streitkultur, Einwanderungsland Deutschland, Toleranz und Respekt, bürgerschaftliches Engagement, Bildung, deutsche Sprache, Auseinandersetzung mit Geschichte, Erwerbsarbeit als Grundlage für Teilhabe, Identifikation und sozialer Zusammenhalt, kulturelle Vielfalt.

Am 16. Mai stellte die Initiative kulturelle Integration ihre Arbeitsergebnisse in Thesenform einer breiten Öffentlichkeit aus Politikern, Medienvertretern und zahlreichen anderen Gästen vor – vor Ort im Berliner Max Liebermann-Haus und im virtuellen Überall durch die Begleitung per Livestream. Der Videomitschnitt der Veranstaltung findet sich unter www.kulturelle-integration.de zum Nachsehen und -hören.

Dem einen scharfen Kritiker oder der anderen argwöhnischen Denkerin mögen die Thesen vielleicht nicht tiefgreifend, nicht kritisch, nicht pointiert genug erscheinen; sie werden fordern, dass die Ergebnisse weitgehender, kritischer, politisch einschlägiger hätten ausfallen sollen. Doch wie kann das Ergebnis aussehen, wenn sich 28 Organisationen, die unterschiedlicher nicht sein könnten und in dieser Unterschiedlichkeit die Breite der Zivilgesellschaft in Deutschland hervorragend abdecken, zusammenfinden, um über kulturelle Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt gemeinsam nachzudenken, zu debattieren, zu streiten? Stehen die Diskussionen um Inhalte und das Ringen um Formulierungen beim Erstellen der 15 Thesen, die sicherlich mehr als der kleinste gemeinsame Nenner sind, nicht exemplarisch für das alltägliche Aushandeln des gesellschaftlichen Miteinanders in Deutschland? Besteht nicht ein Hauptgewinn der Initiative kulturelle Integration eben darin, dass sich ein so breites Bündnis erstmalig zum sozialen Zusammenhalt äußert?

Gerade deshalb sind die 15 Thesen zu kultureller Integration und Zusammenhalt ein Anfang, den es mit Leben in Form von Begegnungen, Gesprächen, Diskussionen und Streit zu füllen geht. Sie sind ein lebender Leitfaden, der weiterentwickelt werden kann und muss.

Aus genau diesem Grund besteht auch die Möglichkeit, die Thesen durch das eigene Mitzeichnen – als Organisation oder Privatperson – mitzutragen, zu unterstützen und zum Leben zu erwecken. Bei Redaktionsschluss dieser Zeitung waren es bereits mehr als 430 Mitzeichner unter anderem Verbände wie die Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ), die Deutsche Literaturkonferenz, der Deutsche Volkshochschul-Verband und der Deutsche Bühnenverein. Tendenz steigend! Zum Mitzeichnen bitte hier entlang: www.kulturelle-integration.de/thesen/.

Und aus dem gleichen Grund werden voraussichtlich ab September 2017 Fokusveranstaltungen zu Schwerpunkten wie Religion im öffentlichen Raum, Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements oder Teilhabe und Integration durch Arbeit im gesamten Bundesgebiet unter Federführung der Initiative kulturelle Integration stattfinden. Denn die Debatte um unsere Zukunft als vielfältige Gesellschaft voller Zusammenhalt hat gerade erst begonnen.

Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

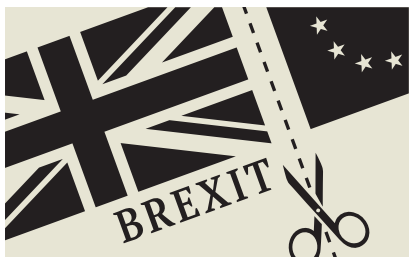
Lesen Sie mehr über die Initiative kulturelle Integration und die 15 Thesen zu kultureller Integration und Zusammenhalt in Vielfalt im Fokus auf den Seiten 8 bis 12 und in der beiliegenden Dokumentation.

Von Shakespeare bis Bowie

Kultur verbindet

SIR SEBASTIAN WOOD

Das Thema Brexit dominiert in diesen Monaten die deutsch-britischen Beziehungen. Unser Austritt aus der EU ist eine Herausforderung. Eines sollten wir aber nicht vergessen: Großbritannien verlässt die EU, nicht Europa. Jenseits der Tagespolitik gehen unsere Verbindungen viel tiefer und weiter als die EU. Wir teilen eine mehr als 1.000 Jahre alte gemeinsame Geschichte. Unsere Sprachen, Denkweisen und Werte sind ähnlich und haben den gleichen kulturellen Ursprung.



Der rege und stetige Austausch unserer Künstler, Musiker und Schriftsteller hat unsere Gesellschaften beeinflusst und zusammengebracht. Das verdeutlichen bereits unsere beiden wichtigsten kulturellen Botschafter, Goethe und Shakespeare. In seiner Rede 1771 »Zum Schäkespears Tag« beschrieb Goethe die Begegnung mit dem Werk von Shakespeare als Erweckungserlebnis; in »Wilhelm Meister« nennt er ihn den »außerordentlichsten, wunderbarsten aller Schriftsteller«. Damit entfachte er eine außerordentliche deutsche Shakespeare-Begeisterung. Die erste Shakespeare-Vereinigung wurde 1864 in Deutschland gegründet – vor der Gründung ihres englischen Pendants. Heute wird Shakespeare auf deutschen Bühnen mehr gespielt als jeder andere Dramatiker der Weltliteratur. Ich persönlich finde, dass Shakespeare auf Deutsch wunderbar klingt.

Auch einige unserer größten Musiker sind ohne kulturellen Austausch nicht denkbar, allen voran der deutsch-britische Ausnahmekomponist Georg Friedrich Händel. Er kam 1711 nach England und hatte schnell großen öffentlichen Erfolg. Er blieb in der Stadt, wurde englischer Staatsbürger und machte London zu einem der bedeutendsten Zentren des europäischen Musiklebens.

Der Größte der Barockkomponisten, Johann Sebastian Bach, ist vor allem durch die Vermittlung des deutschen Komponisten Felix Mendelssohn-Bartholdy in Großbritannien wiederentdeckt worden. Mendelssohn war Lieblingsmusiker von Queen Victoria und hat regelmäßig im Buckingham Palace musiziert. Die von ihm initiierten Chorvereine sind auch in Großbritannien zahlreich entstanden und zu einem wichtigen Teil unseres Kulturlebens geworden.

Unser Kulturaustausch hat nicht nur die jeweiligen Künste vorangebracht, sondern gesellschaftlichen Kontakt aktiv gefördert. Das zeigt der Maler Caspar David Friedrich, dessen romantische deutsche Landschaften im 19. Jahrhundert viele Briten dazu bewogen haben, Deutschland – besonders die Rheingegend – auf einer Kulturreise zu besuchen. Ich kann diesen ersten modernen Touristenstrom gut verstehen: Im Mai habe ich die beeindruckende Henry Moore-Ausstellung im Arp Museum Bahnhof Rolandseck besucht, die an einer besonders schönen Stelle am Rhein die Werke dieses auch in Deutschland einflussreichen Bildhauers zeigt.

Der kulturelle Austausch zwischen unseren Ländern ist selbst in den schwierigsten Zeiten nie abgebrochen. Während des Nationalsozialismus fanden viele deutsche jüdische Intellektuelle in London eine neue Heimat. Einige haben Großbritannien nachhaltig geprägt, darunter der Soziologe Eric Hobsbawm, der Verleger George Weidenfeld und der Schriftsteller Arthur Koestler. Unter der Leitung von Oskar Kokoschka wurde der Freie Deutsche Kulturbund (FDKB) zu einer der größten Organisationen der deutschsprachigen Emigranten auf der britischen Insel.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / 360-BERLIN

Die im Gedenken an David Bowie geschmückte Tür seines ehemaligen Wohnhauses in Berlin-Schöneberg

In den letzten Jahrzehnten war es dann vor allem die britische Popkultur, die unsere Länder zusammengebracht hat. Einige ihrer wichtigsten Vertreter waren eng mit Deutschland verbunden. John Lennon hat einmal bemerkt, dass er in Liverpool geboren, aber in Hamburg erwachsen wurde. David Bowies Jahre in Berlin prägten seine Musik und spätere Karriere. Die Anteilnahme vieler Berliner am Tod »ihres« Künstlers hat mich auch persönlich berührt, schließlich gehörte Bowies Musik zum Soundtrack meiner Jugend.

Auch heute ist Berlin zur Wahlheimat gleich vier wichtiger britischer Musiker geworden: Robin Ticciati ist seit Anfang des Jahres an der Spitze des Deutschen Symphonie-Orchesters, sein Landsmann Justin Doyle leitet nun den Rias Kammerchor. Die Deutsche Oper hat Generalmusikdirektor Sir Donald Runnicles und der großartige Sir Simon Rattle bleibt noch bis 2018 Leiter der Berliner Philharmoniker. Es ist außerdem gute Tradition geworden, unsere Museumsdirektoren auszutauschen: So ist Hartwig Fischer derzeit Direktor des British Museum und Neil MacGregor Gründungsintendant des Humboldtforums.

Zum kulturellen Austausch gehören natürlich auch die zahlreichen TV-Formate und Serien, die das Bild Großbritanniens in Deutschland prägen: die Verfilmungen der Werke Rosamunde Pilchers, James Bond, Harry Potter genauso wie »Sherlock«.

All diese Beispiele zeigen: Kultur verbindet – jenseits aller Tagespolitik. Wir müssen und werden es deshalb verhindern, dass unser Austritt aus der EU diese über die Jahrhunderte aufgebauten, engen Verbindungen beeinträchtigt. Wir müssen und werden sie erhalten und weiter ausbauen. Ein tiefer und besonderer Austausch zwischen unseren Künstlern wird ein wichtiger und lebendiger Teil der deutsch-britischen Freundschaft bleiben.

Sir Sebastian Wood ist britischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland

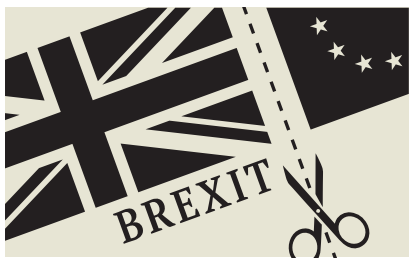
Europäische Kulturarbeit nach dem Brexit

Wie können Großbritannien und das europäische Festland nach dem Brexit kulturell verbunden bleiben?

CHRISTOPHER RODRIGUES

Der British Council wurde 1934 mit dem Ziel gegründet, die Völker der Welt über das Vereinigte Königreich zu informieren, zu inspirieren und in gegenseitigen Kontakt zu bringen. Er arbeitet in über 110 Ländern und engagiert sich in jüngster Zeit wieder vermehrt für die Stärkung der Bindungen zwischen den europäischen Institutionen in den Bereichen Kunst, Bildung und Wissenschaft sowie dem internationalen Austausch zwischen Jugendlichen in Großbritannien und der Welt.

Es scheint gewiss, dass das Vereinigte Königreich bald die Europäische Union verlassen wird. Die genauen Bedingungen und selbst die Rahmenbedingungen einer Einigung Großbritanniens mit der EU bleiben jedoch ungewiss. Das Statement »Brexit means Brexit« wurde von Spekulationen über einen »harten« oder einen »weichen« Brexit abgelöst, was diese Kurzfassung aber genau beinhaltet, bleibt weiterhin unklar.



Die Rede ist von Handelsabkommen und Einschränkungen in der Mobilität der Menschen, gepaart mit dem Schreckgespenst milliardenschwerer Kosten, die bei einem Austritt und im Hinblick auf zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit anfallen könnten. Die Debatte riskiert jedoch aus dem Blick zu verlieren, wie das Vereinigte Königreich und das europäische Festland auch in Zukunft – wie seit hunderten von Jahren – kulturell verbunden bleiben können, während nur 46 Jahre einer vertraglichen Rahmenverbindung abgewickelt werden.

Der Wunsch fortdauernder kultureller Verbundenheit wird von führenden Institutionen in Kunst, Bildung und Wissenschaft auf beiden Seiten des Ärmelkanals aktiv unterstützt und ist daher kein elitäres Wunschdenken. Er spiegelt aber auch die real existierende Sorge wider, dass diese Verbundenheit, hervorgebracht durch Aufklärung und Industrielle Revolution und als Nährboden für das Entstehen der modernen Demokratie wirkend, erschüttert werden könnte – wenn nicht beabsichtigt, so doch durch Unaufmerksamkeit.

Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die EU zu verlassen, ist Symptom einer größeren globalen Krankheitserscheinung. Trotz der echten Verbesserung, Milliarden von Menschen von Armut zu befreien, gibt es offenkundigen Widerstand gegen diejenigen Elemente der Globalisierung, die als entzweiend angesehen werden. Verschiebungen in der Plattentektonik der gegenwärtigen Gesellschaft haben politische Parteien unvorbereitet angetroffen und Nationen haben begonnen, sich auf sich selbst zurückzuziehen. Wir haben ein Wiederaufkeimen von Nationalismus beobachten können, wo Menschen den Verlust ihres Arbeitsplatzes befürchten, von vermeintlicher Bedrohung durch unkontrollierte Einwanderung und von Angst, dass nationale Identitäten bedroht sein könnten.

Wenn wir das Risiko, dass der Brexit eine kulturelle Spaltung zwischen dem Vereinigten Königreich und dem europäischen Festland bedeutet, verringern wollen, müssen wir diesseits wie jenseits des Ärmelkanals aktiv werden. Um einen Vergleich aus der Biologie zu bemühen: Wir können die Einfügung einer Membran zwischen diesen beiden Zellen überleben, aber die Membran muss in beide Richtungen durchlässig sein! Die Verbindung des Vereinigten Königreichs zur europäischen Kultur beginnt nicht mit dem Austritt aus der EU – und darf nicht ihr Ende sein. In dieser neuen Ära müssen Europäer lernen – oder neu entdecken, dass kultureller Austausch nicht an Grenzen Halt macht – und dies auch noch nie getan hat.

Kultur war seit jeher international: In vergangenen Jahrhunderten in Form der »Grand Tour« – einem Privileg der Oberschicht, die sich im 19. Jahrhundert zu den äußerst beliebten »Cook's Tours« entwickelte, die Reisen und Kultur einer größeren Bevölkerungsschicht zugänglich gemacht haben. Diese waren so beliebt, dass Thomas Cooks Sohn, John Mason Cook, 1898 mit der Organisation der Reise Kaiser Wilhelms II. ins Heilige Land betraut wurde!

Reisen und Verstehen gehen Hand in Hand, weil sie uns die Wunder und Reize der von anderen Völkern bewohnten Welten näherbringen. Wir müssen daher verhindern, dass es als unbeabsichtigte Folge einer rechtlichen Trennung zu einem Aufbau von Hindernissen im menschlichen Miteinander und in der menschlichen Entwicklung, zu Einschränkungen der Reisefreiheit von Studierenden, Akademikern und Künstlern zwischen dem Vereinigten Königreich und dem europäischen Festland kommt.

Daran zu arbeiten, diese Verbindungen zu erhalten, wird zunehmend bedeuten, bilateral arbeiten zu müssen, wenn nämlich die Konsequenz des Brexit ist, dass das Vereinigte Königreich von der Teilnahme an paneuropäischen Gremien ausgeschlossen wird, sobald es kein EU-Land mehr ist.

Und es gibt wohl keine bedeutendere bilaterale europäische Beziehung als die zwischen dem Vereinigten Königreich und Deutschland. Es ist die besondere Beziehung des Vereinigten Königreichs in Europa. Wahrlich hatte diese Beziehung ihre Phasen des Wahnsinns und der Verzweiflung, aber sie hat stets den Respekt zweier Völker in sich getragen, die enge kulturelle Verwandte sind. Dies war nicht zuletzt im Erfolg der großen Blockbuster-Ausstellung »Germany: Memories of a Nation« des British Museum ersichtlich. Gleichermaßen spricht der Austausch von Führungspersönlichkeiten aus dem Kulturbetrieb beider Länder in letzter Zeit eine deutliche Sprache. Nicht ohne Grund ist Martin Roth nach London gekommen, um die Leitung des Victoria & Albert Museum zu übernehmen oder ist Neil MacGregor in Berlin als einer der Gründungsintendanten des Humboldtforums berufen worden, um wiederum am British Museum durch Hartwig Fischer abgelöst zu werden.

FOTO: BRITISH COUNCIL/MAT WRIGHT

Humber Bridge in Hull – Inspiration für einen modernen kulturellen Brückenschlag?

Der British Council hat eine tragende Rolle im Erhalt der deutsch-britischen Beziehung. Erst kürzlich haben wir in Berlin die erste einer Reihe von EU-UK Culture & Education-Debatten abgehalten. Wir haben Berlin als idealen Ort gewählt, um Teilung und Zusammenwachsen zu diskutieren; und Deutschland als das geeignetste Land, um einen Dialog darüber zu entfachen, wie wir den großen Schwierigkeiten, mit denen Europa und die Welt konfrontiert ist, eine vereinte Front entgegensetzen können. Unsere Debatte bekräftigte die Teilnehmer darin, dass der Kultursektor dann am besten funktioniert, wenn freier Zugang herrscht – alles wurzelt im Austausch zwischen Mensch und Ort, selbst in unserer digitalen Welt.

Wir riskieren einen Zusammenbruch von Verstehen und Vertrauen in die Gesellschaft, wenn wir unbeabsichtigt Hindernisse errichten, die die Mobilität von Talenten, Menschen, Objekten und Ideen einschränken und gleichzeitig den Zugang zu multilateralen Förderprogrammen beschneiden.

Die Augen junger Menschen für die unendliche Vielfalt der Kulturen der Welt zu öffnen ist ein wesentliches Erbe unserer Generation an die nachfolgende. Mit den und trotz der Karten, die uns zugespielt wurden, müssen wir ein Spiel gestalten, das auf Gewinn abzielt – nicht nur für die Bürger meines eigenen Landes, sondern für jeden, der in 10, 20 oder 50 Jahren in Europa – dem geografischen Europa, zu dem das Vereinigte Königreich gehört – leben wird. Wir stehen zusammen mit unseren kontinentaleuropäischen Partnern leidenschaftlich für die Schaffung eines positiven Kontexts für Kultur im Rahmen der Brexit-Verhandlungen ein.

Dies möchten wir erreichen, indem wir offen und ehrlich mit unseren Freunden über gemeinsame Ziele sprechen und dabei eine gehörige Portion britischen Pragmatismus walten lassen. Ich glaube, dass unter den politischen Entscheidungsträgern im Vereinigten Königreich und anderswo die Erkenntnis vorherrscht, dass Kultur – in ihrem weitesten Sinne und unter Einbeziehung von Bildung und Wissenschaft – Brücken schlägt.

Und in der Welt von heute brauchen wir diese Brücken mehr denn je.

Christopher Rodrigues CBE ist Chair des British Council

i NEUE REIHE

Beginnend mit dieser Ausgabe widmet sich Politik & Kultur gemeinsam mit dem British Council der Fragestellung, wie die Kulturbeziehungen nach dem Brexit aussehen können.

Lesen bildet.

Herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

Jetzt bestellen
www.kulturrat-shop.de

Disputationen: Reflexionen zum Reformationsjubiläum 2017
2. erweiterte Auflage!
ISBN: 978-3-934868-29-8
200 Seiten für € 14,80

Islam · Kultur · Politik Über ein kulturpolitisches Spannungsfeld
ISBN: 978-3-934868-31-1
404 Seiten für € 18,80

Kulturpolitik auf den Punkt gebracht: Kommentare und Begriffe von Olaf Zimmermann
ISBN: 978-3-934868-32-8
139 Seiten für € 9,80

TTIP, CETA & Co.: Die Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf Kultur und Medien
2. erweiterte Auflage!
ISBN: 978-3-934868-39-7
308 Seiten für € 18,80

Altes Zeug: Beiträge zur Diskussion zum nachhaltigen Kulturgutschutz
ISBN: 978-3-934868-38-0
348 Seiten für € 18,80

Glauben an die Einheit

Es gibt viele gute Gründe für ein europäisches Selbstvertrauen

ANDRE WILKENS

Es sind ungefähr 767 Kilometer von Berlin bis nach Brüssel. Am 1. März 1991 fuhr ich diese Strecke das erste Mal. In meiner Erinnerung ist es ein sonniger Tag gewesen. Ich war 27 Jahre alt, hatte einen Praktikumsplatz bei der Europäischen Kommission ergattert und mein Vater bestand darauf, mich mit dem Lada, also dieser sowjetischen Fiatkopie, nach Brüssel zu bringen. Sein Sohn bei der Europäischen Kommission, das klang gewaltig. Ich war einer der ersten Ostdeutschen, die in Brüssel bei der Europäischen Kommission arbeiteten. Es war die Erfüllung eines Traumes, der noch ein Jahr zuvor geklungen hätte, wie die Idee, Teil einer Mars-Expedition zu sein. Jetzt war die Berliner Mauer weg und trotzdem fühlte es sich für mich in etwa so an, als sei ich mit einem Segelflieger auf dem Weg zur Internationalen Raumstation. Ich war im Europahimmel und schwebte in Richtung Zukunft.

Diese Reise mit dem Lada nach Brüssel ist Teil meiner kleinen europäischen Geschichte, die im Kalten Krieg anfing, den Mauerfall miterlebte und über Brüssel, London, Turin und Genf 20 Jahre später wieder zurück nach Berlin führte. Ich ging als Ostberliner eines noch geteilten Europas und kam später als Europäer mit britisch-deutscher Multikulti-Familie in meine Heimatstadt zurück.

Ich habe Europa viel zu verdanken, ganz persönlich. Klar, es gab auch Probleme und Krisen, Umwege und Kratzer: Such is life! Es läuft nie alles glatt, aber unterm Strich war es doch eigentlich wunderbar. Ich fühl mich gut, ich steh auf Europa.

Und ebenso ist es mit der europäischen Nachkriegsgeschichte, eigentlich auch eine wunderbare Geschichte, obwohl sie auch keineswegs geradlinig oder problemlos verlief. Über Jahrhunderte wurde Europa von heißen und kalten Kriegen, Gewalt und Teilung beherrscht, doch jetzt ist Europa ein friedlicher, reicher und glücklicher Kontinent. Auf diese Geschichte können wir doch stolz sein, es ist eine super Story. Stattdessen verzagen wir, weil es Probleme gibt und stellen darüber das infrage, was der Garant für unseren Wohlstand, unser Lebensgefühl und unser friedliches Miteinander ist, die europäische Idee, die nach dem Krieg Gestalt annahm und nun droht, bleibend Schaden zu nehmen. Das dürfen wir nicht zulassen.

Genau deshalb muss die europäische Story noch einmal erzählt werden. Auch gerne mit einem gewissen Pathos und Stolz. Gerade in Zeiten, in denen man, ich gebe es zu, leicht den Glauben an das europäische Große und Ganze verlieren kann. Denn es braucht eine historische Perspektive, um tagespolitische Probleme und Krisen einzuordnen und dann auch zu lösen. Ohne diese Perspektive rennen wir nur im Laufrad des permanenten Krisenmanagements und fragen uns irgendwann, warum und ob Europa sich nicht längst überholt und deshalb ausgedient hat. Dabei verwechseln wir Ursache und Wirkung. Europa schafft sich nicht ab, weil die damit verbundenen Ideen hinfällig geworden wären. Wir setzen Europa aufs Spiel, weil wir nicht mehr genug investieren, gute Ideen nicht mehr mit Leben füllen und kurzsichtiges Denken, die Illusion einfacher Lösungen und nationale Egoismen an die Stelle vom gemeinsamen europäischen Arbeiten an einer besseren Welt treten. Parolen aus dem Mülleimer der Geschichte haben auf einmal wieder Konjunktur. Kann sich Geschichte wiederholen, sogar in Europa?

Alles ist möglich. Auch was gestern noch als völlig unmöglich erschienen wäre. Das weiß ich seit dem Mauerfall und das hat sich bei mir eingebrannt. Alles ist möglich, auch dass Europa vom deprimierten Mann der Welt wieder zum globalen Superstar wird. So wie Deutschland sich vom »Kranken Mann Europas 1999« via »Sommermärchen 2006« nun zum wirtschaftlichen und politischen Stabilitätsanker Europas und angeblich sogar zum »Besten Land der Welt« entwickelt hat.

Europa hat die Krise, das will ich gar nicht leugnen. Dem Euro fehlt was, der Süden stottert wirtschaftlich, der Osten politisch, nach riesigem Wachstum nach Süden und Osten schrumpfen wir nun um ein Britannien. Die Krisen bestimmen Europa, wir sind reaktiv und kommen scheinbar immer zu spät. Und während Europapolitiker und ihre Bürokratien sich mit der komplizierten Mechanik der Krisenbewältigung rumschlagen, überlassen wir das Feld für die großen Ansagen den Leuten mit den einfachen Sprüchen von gestern. Weit und breit keine europäische Utopie. Dabei brauchen wir gerade jetzt Visionen von Europa, die uns begeistern, die gewaltig sind und uns einen Kompass geben.

Für Utopien braucht man Selbstvertrauen. Daran aber hapert es jetzt vor allem. Ohne kriegen wir die Zukunft aber nicht hin. Da werden wir zu Zweiflern, Blockierern, Nostalgikern. Und dann klappt eben nichts mehr. Da ist es besser an den Aufgaben zu wachsen, als unsere Energien aufs Wegwünschen von Dingen zu verschwenden, die wir oft sowieso nicht ändern können, auf jeden Fall nicht kurzfristig, wie die Flüchtlings- und Armutsmigration, die sich ja über Jahrzehnte aufgebaut hat, auch mit unserem Zutun. Vielleicht muss Europa zu Freud auf die Couch, denn wir müssen uns selbst wieder gut finden können – in meinem neuen Buch hab ich tatsächlich mal durchgespielt, wie es wäre, wenn Europa auf der Couch von Sigmund Freud liegen würde.

Vertrauen ist eine wertvolle Ressource, die glücklicherweise nicht von Händlern in Termingeschäften an Börsen gehandelt werden kann. Es ist eine altmodische Ressource. Vertrauen entsteht durch wiederkehrende Erfahrung, sie muss dauernd verdient, gepflegt und bestätigt werden. Es braucht Zeit, um Vertrauen aufzubauen und am Anfang steht in den meisten Fällen ein Vertrauensvorschuss. Europa war immer schon ein Vertrauensprojekt und nicht die wirtschaftliche Bilanzrechnung, als die sie mehr und mehr dargestellt wird. Es fing mit einem kolossalen Vertrauensvorschuss in die Idee eines gemeinsamen Europas an, insbesondere von Frankreich, Belgien und den Niederlanden an Deutschland, dass diese Länder ja gerade brutal überfallen und beherrscht hatte. Stück für Stück, Projekt für Projekt wurde über Jahrzehnte Vertrauen ineinander und Selbstvertrauen als Europäer aufgebaut.

Heute ist Vertrauen in Europa Mangelware. Und zwar Vertrauen, dass man zusammen die Krise meistern wird, dass der Euro sicher ist, dass Europa wieder eine positive Rolle bei der Lösung dringender globaler Fragen, wie dem Klimawandel, spielen kann.

Viele Bürger haben das Vertrauen in die Politik verloren, Europa zu gestalten. Und die Politiker scheinen das Vertrauen in sich selbst verloren zu haben. Auf jeden Fall vertrauen sie sich nicht über innereuropäische Ländergrenzen hinweg.

Vertrauen ist eine wertvolle Ressource, die glücklicherweise nicht von Händlern in Termingeschäften an Börsen gehandelt werden kann. Es ist eine altmodische Ressource

Man sieht Politiker in fast wöchentlichen Gipfeltreffen, die um 3 Uhr morgens im Streit und Schuldzuweisungen enden. Vertrauen in Europa zerbröselt sozusagen gipfelweise.

Ist das das Europa, welches wir wollen – eine nie enden wollende Doha-Runde, die dann doch zerplatzt? Nein, Europa kann auch anders. Das haben ja die letzten 70 Jahre gezeigt. Vieles davon hat auch mit einer gesunden Portion Selbstvertrauen zu tun.

Und es gibt ja auch heute durchaus gute Gründe für europäisches Selbstvertrauen. Bei der Studie des World Economic Forums 2016 zur Suche nach dem besten Land der Welt sind unter den Top-10-Ländern sechs EU-Länder. Europa steht als Ganzes bei den meisten politischen und ökonomischen OECD-Indikatoren im globalen Vergleich noch sehr gut da. Bei Indikatoren wie funktionierende Institutionen, Bekämpfung von Korruption und System der Rechtsprechung ist Europa führend, wenn auch imperfekt. Und auch sportlich würde ein gemeinsames EU-Team bei den Olympischen Spielen die USA und China mit großem Abstand auf Platz 2 und 3 verweisen.

Wir brauchen jetzt nicht den tausendsten 5-, 7- oder 10-Punkte-Plan von Politikern, Strategieabteilungen, Think Tanks und Feuilletonisten. Stattdessen braucht es die Umsetzung eines 1-Punkt-Plans: Vertrauen in die Einheit Europas wiederherstellen durch wirklich gemeinsames Handeln, durch Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit, Respekt und Offenheit und um damit den Anstoß für eine positive »self fulfilling prophecy« zu geben.

Wenn das gelingt, wird alles andere wieder möglich werden, z. B. ein Erasmusjahr für alle europäische Studenten, eine gemeinsame europäische Sozialversicherung einschließlich Grundeinkommen, ein europäisches Flüchtlingswerk, etwas europäisches, was besser ist als Facebook und von mir aus auch eine europäische Mars- oder Venus-Expedition. Aber ohne Vertrauen in den europäischen Einheitswillen werden auch die besten Visionen und 10-Punkte-Pläne scheitern. Machen wir uns ran, an die Umsetzung des 1-Punkt-Plans für Europa.

FOTO: ACCEPTFOTO/FOTOLIA.COM

Mit dem Lada auf nach Brüssel

Andre Wilkens ist Mitbegründer und Vorstand der Initiative Offene Gesellschaft

Wilkens' neues Buch »Der diskrete Charme der Bürokratie. Gute Nachrichten aus Europa« (S. Fischer Verlag) ist frisch im Buchhandel.

Wissen für Wissenschaftskooperationen

Das weltweite Netzwerk des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)

ULRICH GROTHUS

In einer Welt, die »aus den Fugen« geraten ist, wird internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit dringlicher gebraucht denn je. Aber vielerorts sind die Wissenschaft und ihre Freiheit in Gefahr.

Die Arbeit des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), der seit Jahrzehnten grenzüberschreitende Mobilität und internationale Kooperation mit inzwischen über einer halben Milliarde Euro jährlich fördert, wird durch diese Entwicklungen sowohl wichtiger als auch schwieriger.

Aber auch ohne die aktuellen politischen Gefährdungen braucht Wissenschaftskooperation präzise Kenntnis von Institutionen und Strukturen. Auch zwischen hoch entwickelten Ländern gibt es radikale Unterschiede in der Organisation des Wissenschaftssystems, in Bildungsphilosophien und Karrierewegen: Wie breit sind grundständige Studiengänge angelegt? Beginnt die Doktorandenausbildung (und -finanzierung) nach dem Bachelor oder erst nach dem Master? Wann entscheidet sich, ob ein Nachwuchswissenschaftler auf Dauer im Hochschulsystem bleibt – und wie passt ein Auslandsaufenthalt am besten in den Karriereweg? Welche Rolle spielen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen? Wer erfolgreich mit Partnern in anderen Systemen kooperieren will, muss solche Unterschiede kennen und mit ihnen umzugehen lernen.

Vielerorts sind die Wissenschaft und ihre Freiheit in Gefahr

Für die meisten Wissenschaftssysteme gibt das Außennetzwerk des DAAD Antworten auf solche Fragen. Es ist in drei Kreisen angelegt: Außenstellen, Informationszentren und Lektorate.

In den wichtigsten Partnerländern unterhält der DAAD insgesamt 15 Außenstellen. Nach der Wiedergründung des DAAD 1950 wurde bereits 1952 die erste Außenstelle in London eröffnet. Die jüngste entstand vor zehn Jahren in Brüssel. In Asien gibt es fünf Außenstellen (nach Alter geordnet: Delhi, Tokio, Jakarta, Peking und Hanoi), in Afrika zwei (Kairo und Nairobi), in Amerika drei (New York, Rio de Janeiro und Mexiko-Stadt) und in Europa fünf (London, Paris, Moskau, Warschau und – für die EU – Brüssel).

Die Außenstellen werden in der Regel für fünf Jahre von erfahrenen DAAD-Mitarbeitern geleitet. Außenstellen decken das ganze Spektrum der DAAD-Arbeit ab: von der Organisation von Auswahlen über die Betreuung von Stipendiaten und Projekten bis hin zu Information und Werbung für den Wissenschaftsstandort Deutschland.

Seit jeher unterstützen die Außenstellen auch die Arbeit der Mitgliedshochschulen und die der anderen deutschen Wissenschaftsorganisationen, die früher gar keine und auch jetzt nur einige wenige Büros im Ausland unterhalten. In den letzten anderthalb Jahrzehnten haben auch einzelne Hochschulen oder Hochschulverbünde an einigen Standorten eigene Verbindungsbüros eingerichtet. Die seit 2009 ins Leben gerufenen fünf Deutschen Häuser der Wissenschaft und Innovation (in Delhi, Moskau, New York, São Paulo und Tokio) setzen auf den DAAD-Außenstellen und den genannten weiteren Repräsentanzen auf. Sie sind Plattform und Anlaufadresse für die Wissenschaftskooperation mit Deutschland insgesamt.

FOTO: DAAD / NINA LEMMENS

Demonstranten beim internationalen »March For Science« in New York am 22. April 2017

Seit der Jahrtausendwende wurde ein zweiter Kreis von DAAD-Vertretungen eingerichtet, die Informationszentren (ICs), von denen es inzwischen 58 gibt, die meisten davon in Ländern ohne Außenstelle. Die ICs dienen in erster Linie dem Hochschulmarketing, unterstützen aber auch die Programmarbeit des DAAD. Ihre Leiter sind meist deutsche Lektoren oder Dozenten, die für einige Jahre an einer Hochschule im Gastland lehren und daneben – mit Unterstützung örtlichen Personals – das IC betreiben.

Schließlich unterstützen rund 450 weitere, vom DAAD an ausländische Hochschulen vermittelte Deutschlektoren und Langzeitdozenten den DAAD und die deutschen Hochschulen in der Informationsarbeit und das besonders dann, wenn weit und breit keine andere deutsche Wissenschaftsvertretung präsent ist. Außenstellen, ICs und Lektoren sind nicht nur und nicht einmal hauptsächlich »Aussichtspunkte« oder »Horchposten« für die deutsche Wissenschaft. Aber sie sind es auch: Sie lernen nämlich die Wissenschaftssysteme in ihren Gastländern gerade deshalb besonders intim kennen, weil sie durch Förderpraxis und Informationsarbeit alltäglich mit ihnen zu tun haben.

Das Außennetzwerk ist die wichtigste Quelle, aus der der DAAD Wissen für Wissenschaftskooperationen schaffen und an Interessenten und Entscheidungsträger in Hochschulen, Verwaltung und Politik weitergeben kann. Wir tun das durch Publikationen, wie diese Artikelserie, die untenstehend mit einem Beitrag aus New York beginnt. Außenstellen und ICs erstellen regelmäßig »Bildungssystemanalysen«, die – wie die Jahresberichte der Außenstellen – auf den DAAD-Webseiten zugänglich sind. Schließlich beantwortet das Netzwerk eine Vielzahl von Anfragen aus Deutschland und stellt Kontakte zwischen deutschen Hochschulen und potenziellen ausländischen Partnern her.

Wissenschaftskooperation ist wichtiger und schwieriger geworden. Das weltweite Netzwerk des DAAD hilft, dass Hochschulen, Wissenschaftler, Studierende und Forschungsinstitute sie erfolgreich und informiert betreiben können.

Ulrich Grothus ist Stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)

Krieg gegen die Wissenschaft?

Ein Bericht des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) in New York

NINA LEMMENS

Seit seiner Amtsübernahme am 20. Januar hat der neue US-Präsident Donald J. Trump die Welt in Atem gehalten – mit Präsidialdekreten, einem mindestens ungewöhnlichen Kommunikationsstil und allerhand erstaunlichen Ankündigungen. Doch was bedeutet der Regierungswechsel für die Welt der Wissenschaft?

Gleich am Tag nach der Amtsübernahme wurden die Befürchtungen Vieler wahr, dass die Regierung eine wohlüberlegte Strategie gegen die wissenschaftliche Darstellung von Fakten fahren wird: So löschten die neuen Hausherren umgehend die Webseiten des Weißen Hauses, die zuvor Informationen zu Themen wie dem Klimawandel, Rechten von Bürgern und auch der »LGBT«-Gemeinde bereitgehalten hatten. Ferner wurde den Mitarbeitern der Nationalen Umweltbehörde EPA untersagt, mit der Presse zu sprechen oder neue Erkenntnisse über soziale Medien zu verbreiten. Dies alles lässt in »postfaktischen« Zeiten nichts Gutes für die wissenschaftliche Meinungsfreiheit ahnen.

Forschungsförderung ist ebenfalls ein Thema, das die Gemüter bewegt. In seinem Haushaltsplan kündigte Trump an, zur Gegenfinanzierung der gesteigerten Militärausgaben unter anderem die Budgets der beiden großen Forschungsfördereinrichtungen, der National Institutes of Health (NIH, Kürzungsvorschlag: 22 Prozent) und der National Science Foundation (NSF, allgemeine Kürzungsrate von 13 Prozent), zu beschneiden und zwei Einrichtungen gleich ganz abzuschaffen, nämlich die Kulturfördereinrichtung National Endowment for the Arts (NEA) sowie das National Endowment for the Humanities (NEH). Grund genug für die New York Times, Ende März mit der Schlagzeile »The Trump Administration's War on Science« aufzuwarten. Diese radikalen Pläne haben allerdings einen herben Dämpfer erfahren. Anfang Mai wurde im Kongress mit überparteilicher Mehrheit der Haushalt für das laufende Jahr beschlossen, in dem von derartigen Kürzungen nicht die Rede war. Im Gegenteil, einige der fraglichen Budgets wurden sogar erhöht. Aber das ist noch immer kein Grund für Entwarnung, denn das Haushaltsjahr endet am 20. September 2017 – und dann geht das Gerangel um die Gelder wieder los.

Die US-Regierung fährt eine Strategie gegen die wissenschaftliche Darstellung von Fakten

Dies alles für sich genommen ist schon genug Sprengstoff, um die Wissenschaftler in den USA zu verunsichern. Hinzu kommt der Wunsch des Präsidenten, per Dekret die Einreise von Bürgern aus sechs vornehmlich muslimischen Ländern zu erschweren oder gar zu verbieten. Auch wenn der sogenannte »travel ban« im zweiten Anlauf erneut von einem Bundesrichter vorläufig außer Kraft gesetzt wurde, sind die Auswirkungen dieser fremdenfeindlichen Politik schon jetzt an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen spürbar. Abgesagte Auslandsreisen von Forschern aus den fraglichen Ländern, die derzeit in den USA leben und arbeiten, abgesagte Kongressteilnahmen von Wissenschaftlern aus der ganzen Welt, die entweder selbst vom Einreisestopp bedroht sind oder aus Solidarität mit ihren Kollegen nicht mehr in die USA reisen wollen und vermutlich bald auch jede Menge Absagen von internationalen Studierenden, die Studienplätze an US-Colleges nicht antreten werden, sind das traurige Ergebnis. Im März meldeten rund 40 Prozent der Universitäten und Colleges laut einer jüngsten Umfrage der American Association of Collegiate Registrars and Admission Officers (AACRO) ein deutlich nachlassendes Interesse der internationalen Klientel. Man muss abwarten, wie sich dieser Trend am Ende in den tatsächlichen Einschreibezahlen niederschlägt. Aber das Signal ist beunruhigend, zumal wenn man hört, dass die Konkurrenz beim nördlichen Nachbarn Kanada zurzeit einen echten Ansturm erlebt. Problematisch dürfte auch die Anwerbung hoch qualifizierter Arbeitskräfte für Technologieunternehmen und Universitäten werden, falls ein Präsidialdekret vom 18. April in die Tat umgesetzt wird. Mit diesem Plan will Trump unter dem Schlagwort »American Hire« erreichen, dass weniger der zeitlich befristeten »H1B«-Visa an Ausländer vergeben werden – genau jene Visa also, mit denen jedes Jahr ausländische Spitzenwissenschaftler und Tüftler in die USA geholt werden.

Schon jetzt melden viele Universitäten ein nachlassendes Interesse der internationalen Klientel

Das Fernbleiben internationaler Studierender hätte übrigens auch ganz handfeste wirtschaftliche Konsequenzen. Wie das Institute of International Education (IIE) schreibt, trugen die studentischen Gäste aus aller Welt im Jahr 2015 fast 36 Milliarden Dollar zur US-Wirtschaftsleistung bei, wobei dieses Geld zu 75 Prozent aus dem Ausland – also vermutlich zumeist den Heimatländern der Studierenden – stammt.

Schon unter Präsident Obama sah sich die amerikanische Gesellschaft ungelösten Fragen in Bezug auf die Bildung und Ausbildung der jüngeren Generation gegenüber. Die steigenden Studiengebühren und die Frage, wie man Kindern bildungsferner Schichten den Zugang zu höherer Bildung erleichtert, sind eine Herausforderung. Gerade der letzte Punkt ist angesichts des demografischen Wandels und des ständigen Wachstums der hispanischen Bevölkerungsgruppe ein Thema, für das dringend Strategien entwickelt werden müssen. Die andere Herausforderung ist das Problem, dass es neben Colleges und Universitäten praktisch keine geregelte Berufsausbildung im Sinne des deutschen »Dualen Bildungssystems« gibt.

Dies alles sind freilich Probleme, die vornehmlich innerhalb des Landes selbst gelöst werden müssen. Die internationale Welt von Wissenschaft und Hochschule kann ihre Partner in den USA dennoch unterstützen. Es muss darum gehen, aktiv den akademischen Kontakt und den wissenschaftspolitischen Diskurs mit den Partnern zu suchen. Deutschland kann sich mit seiner traditionsreichen, gleichzeitig hoch modernen Bildungs- und Forschungslandschaft und dem breiten gesellschaftlichen Verständnis für den Wert der Wissenschaft auf der einen Seite und der Wertschätzung einer weltoffenen Gesellschaft auf der anderen Seite als zuverlässiger und potenter Partner anbieten. Eine ausgestreckte Hand, die viele jenseits des Atlantiks sicher gerne ergreifen werden.

Nina Lemmens leitet die Außenstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) in New York

Die Rote Liste

Mit der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten »Roten Listen« bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, werden in jeder Ausgabe gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme vorgestellt. Ziel ist es, auf den Wert einzelner Theater, Museen oder Orchester, seien sie Teil einer Kommune oder einer Großstadt, hinzuweisen. Oft wird die Bedeutung einer kulturellen Einrichtung den Nutzern erst durch deren Bedrohung deutlich. Erst wenn Empörung und schließlich Protest über mögliche Einschnitte oder gar eine Insolvenz entstehen, wird den Verantwortlichen bewusst, wie stark das Museum, Theater oder Orchester mit der Struktur und der Identität des Ortes verbunden ist.
Diesen Bewusstseinsprozess gilt es anzuregen. Politik & Kultur stellt dazu die Arbeit einzelner Einrichtungen vor und teilt sie ein in Gefährdungskategorien von 0 bis 4. Ob und welche Veränderungen für die vorgestellten Einrichtungen eintreten, darüber werden wir Sie fortlaufend informieren.

GEFÄHRDUNGSKATEGORIEN

Kategorie 4	Gefährdung aufgehoben/ungefährdet
Kategorie 3	Vorwarnliste
Kategorie 2	gefährdet
Kategorie 1	von Schließung bedroht
Kategorie 0	geschlossen

Benachrichtigen Sie uns über die Lage Ihnen bekannter Kultureinrichtungen! Senden Sie uns dazu Ihre Vorschläge an info@politikundkultur.net.

BÜHNE DER KULTUREN, KÖLN, NORDRHEIN-WESTFALEN

- Gründung: 1983
- Tätigkeitsfeld: Theater
- Finanzierung: Einnahmen, Eigenmittel
- Homepage: www.buehnederkulturen.de

FOTO: BÜHNE DER KULTUREN

1

Die als Arkadas Theater bekannt gewordene und von Necati Sahin 1983 als freies türkisches Theater gegründete Kulturstätte, zeigt seit Ende 2015 unter dem neuen Namen »bühne der KULTUREN« und der Leitung von Feramuz Sancar Darbietungen und Theaterstücke jedweder Couleur. Im Kölner Stadtteil Ehrenfeld ist die bühne der KULTUREN das letzte Theater, das freien Gruppen und Solokünstlern eine Auftrittsmöglichkeit bietet. Seit über einem Jahr verlaufen jegliche Verhandlungen zwischen dem neuen Mieter und dem Vermieter KEKS e. V. allerdings erfolglos: Der Vermieter klagt über vorgeblich unregelmäßige Mietzahlungen, der Mieter über die fehlende Gesprächsbereitschaft. Zum 7. Juni wurde schließlich eine Zwangsräumung durch den Vermieter angekündigt, die kulturpolitischen Sprecher der Kölner Ratsfraktionen konnten diese vorerst verschieben. »Die Bühne der Kulturen hat sich gut entwickelt und ihr Erhalt ist wichtig für die freie Theaterszene«, betonte Kulturamtsleiterin Barbara Foerster. Die Hoffnung bleibt also.

ZEICHENINSTITUT DER UNIVERSITÄT TÜBINGEN, BADEN-WÜRTTEMBERG

- Gründung: Anfang des 19. Jahrhunderts
- Tätigkeitsfeld: Zeicheninstitut,
- Finanzierung: Universität
- Homepage: www.uni-tuebingen.de/universitaet/kulturelle-angebote/zeicheninstitut.de

FOTO: FRIDO HOHBERGER

1

Die bundesweit einzigartige Einrichtung der Universität Tübingen steht seit Anfang des 19. Jahrhunderts für Studierende aller Fakultäten als Studium generale zur Verfügung. Das Zeicheninstitut mit seinen kostenlosen Angeboten hat sich zu einem Raum des offenen Kunstschaffens entwickelt. Besonders die Fotografie-Kurse, das Aktzeichnen und das Malen mit Ölfarben seien begehrt. Frido Hohberger ist seit 22 Jahren Herr über die Kurse, doch Ende September geht er in den Ruhestand – und für die Nachfolge ist keine Ausschreibung erfolgt. Das Institut ist längst ein Unikum. Der Leiter des Zeicheninstituts betont, dass in Zeiten der steigenden Effizienzforderung Studierende leistungsfreie Bereiche bräuchten und somit der Erhalt des Zeicheninstituts die Aufgabe der Universität sein sollte – gerade nach 200-jährigem Bestehen.

MUSICAL THEATER BREMEN

- Gründung: 1999
- Tätigkeitsfeld: Theater
- Finanzierung: Musical Theater Bremen Betriebs GmbH (Tochterfirma der Mehr! Entertainment GmbH)
- Homepage: www.musicaltheater-bremen.de

FOTO: MUSICAL THEATER BREMEN

1

Zum Ende des Jahres schließt wahrscheinlich das Bremer Musical Theater am Richtweg seine Pforten. Nachdem Ende März 2011 die Stadt Bremen als Betreiber der Kulturstätte ausstieg, übernahm »Mehr! Entertainment« aus Düsseldorf die Regie und etablierte den Standort für Musical-Highlights, Comedy-Abende und Tanzshows. Mit dem Verkauf des Grundstücks an Rolf Specht wurden Gespräche zu einer Verlängerung des Mietvertrages erforderlich. Für die Kulturszene und die Bürger der Stadt Bremen ist das Aus der Spielstätte ein großer Verlust: 70 Prozent aller Veranstaltungen des Musical Theaters sind in Bremen nicht auf andere Räumlichkeiten übertragbar und fallen somit gänzlich weg. Die Hauptoption für eine zukünftige Nutzung des Areals sei der Abriss der Kulturstätte für die Wohnbebauung, so Specht, eine weitere der Umbau zum Kino – ob und wieviel Kultur am Richtweg im nächsten Jahr übrig bleibt, steht offen.

DAS THEATER DER KELLER, KÖLN, NORDRHEIN-WESTFALEN

- Gründung: 1956
- Tätigkeitsfeld: Theater
- Finanzierung: Spenden, Einnahmen, Eigenkapital, Förderung Stadt und Land
- Homepage: www.theater-der-keller.de

FOTO: MEYER ORIGINALS

3

Nach 44 Jahren wird der Mietvertrag des ältesten Kölner Privattheaters nicht weiter verlängert. Theaterchef Simon Keller plant die letzte Spielzeit in der Kleingedankstraße. Auf den zwei Bühnen werden für je 99 Zuschauer zeitgenössische Stücke mit aktuellem Politik- und Gesellschaftsbezug gespielt, im Anschluss finden Diskussionen mit dem Publikum statt. Doch ab August 2018 möchte der Besitzer des Hauses Mietwohnungen darin einbauen – der Umstand versetzt die Kölner Kultur in Atemnot, doch Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Stadtplanungsdezernent Franz-Josef Höing sagten ihre Hilfe zu. Neue Spielräume in der Innenstadt seien in Verhandlung: Der Charme des Schuhschachteltheaters, eng und stickig, entspreche nicht der Ästhetik des freien Theaters. Intendant Keller erhofft sich aus einer neuen Spielstätte Verbesserungen für das Theater, doch ohne die finanzielle Unterstützung einer Stiftung sei der Umzug schwer zu bewältigen.

BISHER VORGESTELLTE GEFÄHRDETE INSTITUTIONEN

Institution, Bundesland	Aktuelle Gefährdung	( ) = bei Erstaufnahme
Filmdienst, Magazin für Kino und Filmkultur, Bonn, NRW	1	(0)
Kunsthistorisches Institut, Universität Osnabrück, Niedersachsen	1	(1)
Seume-Haus (Museum Göschenhaus), Grimma, Sachsen	0	(0)
Theatermuseum Düsseldorf, NRW	1	(1)
Thomas Mann Villa, Los Angeles, USA	4	(3)
Schloss Freienwalde, Bad Freienwalde, Brandenburg	0	(1)
Gerstäcker-Museum, Braunschweig, Niedersachsen	0	(0)
Eldorado-Kino, München, Bayern	0	(1)
Haus Peters Tetenbüll, Schlw.-Holst.	2	(2)
Hamburger Stadtteilkultur, Hamburg	3	(3)
Mutter-Museum, Amorbach, Bayern	2	(3)
Forum Konkrete Kunst Erfurt, Thüringen	1	(1)
Acht Brücken – Musik für Köln, NRW	4	(2)
Kunstfest Weimar, Thüringen	2	(2)
Musikhochschule Trossingen, Baden-Württemberg	4	(4)
Mainzer Kammerorchester, Mainz, Rheinland-Pfalz	2	(1)
Museum Morsbroich, Leverkusen, NRW	3	(3)
Deutsche Zentralbibliothek für Medizin, Köln/Bonn, NRW	4	(2)
Institut für Theaterwissenschaft, Universität Leipzig, Sachsen	4	(4)
Ateliers hinterm Hauptbahnhof, Karlsruhe, Baden-Württemberg	0	(1)

Die vollständige Liste finden Sie unter www.kulturrat.de/themen/rote-liste-kultur/

Politik & Kultur

FOTO: HANNA NOORI

THEMA

Knapp über dem Gefrierpunkt

Zum Zustand der deutsch-türkischen Beziehungen

OLAF ZIMMERMANN

Als Wechselbad, so können die deutsch-türkischen Beziehungen bezeichnet werden. Derzeit ist die Badetemperatur, um im Bild zu bleiben, knapp über dem Gefrierpunkt.

Ein kurzer Blick in die Geschichte zeigt das Auf und Ab. Das Osmanische Reich kämpfte im 1. Weltkrieg an der Seite der Mittelmächte, Deutschland und Österreich-Ungarn. Für deutsche Unternehmen war die Türkei schon damals ein wichtiger Investitionsort, legendär ist der Bau der Bagdadbahn. Während des Nationalsozialismus fanden deutsche Wissenschaftler, die emigrieren mussten, an türkischen Universitäten großzügig Zuflucht. Die Türkei gehört zu den 51 Staaten, die im Juni 1945 die Vereinten Nationen gründeten. Seit 1952 ist die Türkei Nato-Mitglied.

Zur Europäischen Union (EU) bzw. ihren Vorläuferorganisationen hat die Türkei enge Beziehungen. Bereits vor mehr als 50 Jahren, im Jahr 1963, wurde sie assoziiertes Mitglied zuerst der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dann der Europäischen Gemeinschaft und schließlich der EU. Nach über 40 Jahren wurde im Dezember 2004 vom Europäischen Rat beschlossen, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen. Diese ziehen sich nunmehr seit über einem Jahrzehnt hin und mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen in der Türkei ist es fraglich, ob sie positiv abgeschlossen werden können.

Der zähe Beitrittsprozess der Türkei zur EU sucht seinesgleichen. Insbesondere wenn bedacht wird, wie vergleichsweise schnell andere Mitgliedsstaaten wie Polen, Ungarn, die baltischen Staaten und zuletzt Rumänien, Bulgarien und Kroatien aufgenommen wurden. Bei einigen dieser Länder wurden die Bedingungen für eine Mitgliedschaft, wie z. B. gute Regierungsführung und Bekämpfung der Korruption, sehr großzügig ausgelegt.

Es kommt darauf an, den Dialog nun nicht vollkommen abreißen zu lassen

Und die Türkei? Große Hoffnungen wurden in Reformer wie Recep Tayyip Erdoğan gesetzt. Nach verschiedenen Militärputschen, wechselnden Regierungen, dem ungelösten Kurdenkonflikt schien es zunächst so, als würde die Türkei unter Erdoğan politisch stabiler werden und auch dauerhaft wirtschaftlich prosperieren.

Deutschland ist heute der wichtigste Handelspartner der Türkei. Das bilaterale Handelsvolumen wuchs im Jahr 2016 um vier Prozent und erreichte mit 37,3 Milliarden Euro einen neuen Rekordwert. Allein fünf Millionen Deutsche machten im Jahr 2014 in der Türkei Urlaub und stellten damit die größte Touristengruppe im Land.

Noch im Jahr 2010, also sechs Jahre nach Aufnahme der Beitrittsverhandlungen, waren in der Türkei Verfassungsänderungen geplant, die dazu dienen sollten, sich den Rechtsnormen der EU anzupassen. Hoffnung bestand, dass jenes Land, das allein geografisch eine Brücke zwischen Orient und Okzident darstellt, politisch eine Mittlerrolle einnehmen kann. Diese Hoffnungen trübten sich zuerst ein und sind seit den überharten Gegenmaßnahmen, mit denen die Regierung Erdoğan auf den Putschversuch 2016 reagierte, vollends zerstoben. Vertreter der deutschen Regierung und der Zivilgesellschaft haben sich deutlich gegen die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei gestellt. Die Reaktion der Türkei ist Abschottung. Das jüngste Kapitel der mehr und mehr erodierenden deutsch-türkischen Beziehungen ist der gerade beschlossene Abzug der deutschen Flugzeuge von dem türkischen Stützpunkt Incirlik.

Ich denke, dass die EU das schmale Zeitfenster, das sich beim Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geöffnet hatte, nicht genutzt hat. Zu groß waren die Bedenken gerade auch bei der deutschen Bundeskanzlerin und ihrer Partei vor einem neuen großen EU-Mitgliedsland mit muslimischer Bevölkerung. Nach offiziellen türkischen Statistiken sind etwa 99 Prozent der türkischen Bevölkerung Muslime. Zu wenig wurden damals die Chancen eines EU-Beitrittes der Türkei in den Blick genommen. Es wäre darum gegangen, gerade jene Kräfte zu stärken, die eine demokratische Türkei wollen, die sich für Freiheit – auch die Freiheit der Künste – und die sich für den Kulturaustausch einsetzen. Doch jetzt ist es wahrscheinlich für viele Jahre zu spät!

Mit Blick auf die Zukunft kommt es jetzt darauf an, den Dialog nicht vollständig abreißen zu lassen und zugleich klar und unmissverständlich für demokratischen Werte sowie Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit einzutreten. Dazu gehört auch dafür einzutreten, dass mäßig gelungene Schmähgedichte in Deutschland zulässig sind und unter die Kunst- und Meinungsfreiheit fallen – auch wenn ihre Wirkung vor allem in der Provokation und weniger der literarischen Qualität besteht.

Dem Kulturaustausch kommt in der deutsch-türkischen Krise eine besondere Bedeutung zu. Das gilt zum einen für die Arbeit von deutschen Mittelorganisationen in der Türkei. Zum anderen für die Präsentation von Kunst, Literatur, Film usw. aus der Türkei in Deutschland. Gerade jene Künstler und Intellektuellen, die die aktuellen politischen Entwicklungen kritisch sehen, sollten hier wahrgenommen werden, um so Gegenbilder aus der Türkei zu zeigen. Nachfolgend sind Positionen solcher Autorinnen und Autoren zu lesen.

Mein Dank gilt Reinhard Baumgarten, der im Sommer dieses Jahres nach fünf Jahren Korrespondententätigkeit für die ARD in der Türkei, Griechenland und dem Iran nach Deutschland zurückkehrt, für die Unterstützung bei der Erstellung dieses Schwerpunkts. Er hatte uns schon beim Schwerpunkt Iran hilfreich zu Seite gestanden.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

ZU DEN FOTOS

Hanna Noori ist eine aus dem Iran stammende Fotografin, die im Iran und in der Türkei lebt. Ihre Bilder zeigen die türkische Gesellschaft und typische Lebenswelten, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Wiederkehrendes Motiv sind Frauen und ihre Rolle in der Gesellschaft. Neben ihrer Arbeit als Fotografin ist Hanna Noori auch als Kinderbuchautorin und Illustratorin tätig. Politik & Kultur arbeitete bereits im Schwerpunkt »Land der Widersprüche: Kultur im Iran« in der Ausgabe 1/17 mit Hanna Noori zusammen.

Zerbrochene Brücke

Zur aktuellen Situation der deutsch-türkischen Beziehungen

REINHARD BAUMGARTEN

Seit Beginn der 1980er Jahre bin ich mit dem Nahen Osten verbunden – als Student, als Reisender, als Journalist, als Korrespondent. Seit Beginn der 1980er verfolge ich die Entwicklung in diesem wetterwendischen Teil der Welt mit Interesse, Passion, Herzblut und zunehmend mit blutendem Herzen. Wie viele Lichtblicke gibt es heute im Nahen Osten? Libyen, Jemen, Syrien? Länder mit großartiger Vergangenheit, wunderbaren Monumenten, herrlichen Schätzen vergangener Zivilisationen. Länder, die seit Jahren im Chaos versinken, die systematisch zerstört und ihrer Infrastruktur und Zukunft beraubt werden. Lichtblick Ägypten? In den 1980er Jahren war ich dort als Student. Das Land hatte etwas über 60 Millionen Einwohner. Heute sind es mehr als 100 Millionen. Wichtigste Einnahmequellen sind die Gebühren für die Nutzung des Suezkanals, der Tourismus, Auslandsüberweisungen ägyptischer Gastarbeiter sowie milde Gaben aus Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten. Ägypten ist kein Lichtblick. Ägypten ist eine tickende Zeitbombe. Ägypten ist für dutzende Millionen Menschen ein sozialer und politischer Albtraum.

Im Sommer 2011 bin ich als Korrespondent nach Istanbul gekommen. Im Iran war ein gewisser Mahmud Ahmadinedschad Präsident, der provokativ den Holocaust leugnete und den Bau von Nuklearwaffen erforschen ließ. Der sogenannte Arabische Frühling schickte sich nach wenigen hoffnungsfrohen Wochen gerade an, zum Arabischen Winter zu werden. Der Übergang war kurz und schmerzvoll. Aus dem Winter ist längst eine Eiszeit geworden. Hoffnungen auf gesellschaftlichen Pluralismus, wirtschaftliche Prosperität und politische Mitsprache liegen tiefgefroren unter dicken Eisplatten machtpolitischer Kälte und regierungspolitischer Unfähigkeit.

Wie anders war damals die Situation in der Türkei. Hier hatte es kurz vor meinem Dienstantritt eine Parlamentswahl gegeben. Diese Wahlen entsprachen internationalem Standard, sie waren frei und fair und sie folgten demokratischen Prinzipien. Die Türkei unter Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan erschien mir damals tatsächlich wie ein Lichtblick im sich immer weiter verdunkelnden Nahen Osten. Die Wirtschaft florierte so gut, dass vom Tiger am Bosporus die Rede war. Minderheitenrechte und politische Reformen wurden mit Blick auf die laufenden EU-Beitrittsverhandlungen noch halbwegs ernst genommen. Die Türkei schien unter Erdoğans Führung tatsächlich den Beweis dafür erbringen zu können, dass Islam und Demokratie nicht nur theoretisch, sondern auch in der Alltags- und Regierungspolitik miteinander kompatibel sind. Mehr denn je bot sich die Türkei damals als politische Brücke zwischen Morgen- und Abendland an.

Die von der AKP unter Erdoğan errichtete Brücke ist jedoch inzwischen zerbrochen. Sie ist unter dem Druck machtpolitischer Eigennützigkeit zusammengestürzt. Die Türkei wird aufgrund ihrer geografischen Lage und der großartigen Geschichte, die sich auf dem Boden der heutigen Türkei zugetragen hat, immer eine Brückenfunktion zwischen Orient und Okzident innehaben. Aber unter Führung Präsident Erdoğans ist eine konstruktive politische Brückenfunktion nur noch schwer vorstellbar. Der 63-Jährige hat in den vergangenen Jahren zu viele Brückenpfeiler eingerissen oder von seinen Prätorianern zerstören lassen.

Zu den Abbrucharbeiten beigetragen hat auch der politische Wunschpartner Ankaras: die Europäische Union. Vor allem Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy haben früh schon eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei ausgeschlossen und damit dem anfänglichen Reformeifer der AKP-Regierung Wind aus den Segeln genommen. 2005 haben die EU-Beitrittsverhandlungen begonnen. »Wir werden unseren demokratischen Kampf bis zum Ende fortsetzen. Wir werden uns nicht provozieren oder unter Druck setzen lassen«, stellte Regierungschef Erdoğan damals mit Blick auf das mächtige Militär und innenpolitische Gegner des Beitrittswunsches fest. Das Beitrittsgesuch zur EU sei ohne jeden Zweifel das wichtigste Modernisierungsprojekt der Türkei seit Gründung der Republik, so Erdoğan im Jahr 2005. »Das Gesuch soll Ansporn für unsere Demokratie sein.« Seit 2004 kursierte in der CDU die Vorstellung von einer privilegierten Partnerschaft mit der Türkei anstelle der von Ankara angestrebten Vollmitgliedschaft. Ende 2005 wurde die CDU-Vorsitzende Merkel Bundeskanzlerin. Sie hat sich entschlossen den türkischen Beitrittswünschen in den Weg gestellt. Doch es wäre absolut verfehlt, Kanzlerin Merkel die Hauptschuld an Ankaras sinkendem Interesse an der EU und einer seit gut zehn Jahren stärker werdenden Nahost-Drift der türkischen Führung zu geben. Viele Faktoren haben dazu beigetragen, dass Ankaras starker Mann, Erdoğan, heute einen unbändigen Groll auf Brüssel hegt und die EU als »kranker Mann Europas« beschimpft. Erdoğan hat die Braut Europa umworben. Doch die Angebetete, so empfinden es viele seiner Anhänger, hat dem werbenden Galan anstatt eines Blumentopfs nur einen Nachttopf angeboten. In den Augen von Milliarden Menschen sei Europa nicht mehr das Zentrum von Demokratie, Menschenrechten und Freiheit, sondern von Druck, Gewalt und Nazismus, polterte Erdoğan kurz vor dem Verfassungsreferendum vom 16. April. »Wir haben es mit einem Kontinent zu tun, der in jeder Hinsicht immer weiter verfault. Und weil ihnen das bewusst ist, versuchen sie, es zu vertuschen, indem sie Fremdenhass, Türken- und Islamfeindlichkeit schüren.«

FOTO: HANNA NOORI

Türkische und kurdische Frauen feiern gemeinsam den internationalen Weltfrauentag

Zu keiner Zeit hat Erdoğan die verbale Abrissbirne heftiger geschwungen als vor dem Verfassungsreferendum im April. »Sie fühlen sich unbehaglich, wenn ich sie Faschisten und Überbleibsel der Nazis nenne. Ihr könnt euch noch so unbehaglich fühlen, ich werde bei meiner Rhetorik bleiben, solange ihr euer Verhalten beibehaltet.« Die EU, so tönte er unlängst, wolle die muslimische Türkei nicht in ihren Reihen haben, weil es ein Christenclub sei. »Ich sage es ganz offen: Das ist eine Allianz der Kreuzritter.« Vor allem die Terrorgruppen al-Qaida und Daesh, die IS-Terrormiliz, verwenden den Begriff Kreuzritter, um den Westen zu diffamieren. Dass der demokratisch gewählte Staats- und Parteichef Erdoğan sich dieser Vokabel befleißigt, lässt viele Deutungen zu.

Wie hält es der Präsident der Republik Türkei mit Demokratie? Ende der 1990er Jahre erregte er als Bürgermeister Istanbuls Aufsehen mit der Bemerkung: »Wie müssen wir uns Demokratie vorstellen? Soll diese Demokratie Zweck sein, oder Mittel? Darüber muss diskutiert werden. Unserer Ansicht nach kann Demokratie niemals ein Zweck sein. Demokratie ist aus wissenschaftlicher Perspektive betrachtet ein Mittel.« Demokratie als Mittel zur Erlangung von Macht. Und wer die Macht mittels Demokratie erreicht hat, der formt sich die Demokratie nach seinen Wünschen. Genau das tut Recep Tayyip Erdoğan. Genau deshalb hat er mit Hängen und Würgen trotz eindeutiger parlamentarischer Mehrheit der Befürworter das Verfassungsreferendum am 16. April mit etwas über 51 Prozent zu seinen Gunsten entscheiden können. Die Gegner seiner uneingeschränkten Machtgelüste waren in vielerlei Hinsicht im Nachteil: Die Befürworter haben sich staatlicher Mittel bedient; sie genossen eine vielfach höhere Berücksichtigung in TV-Kanälen und Zeitungen; regierungskritische Medien wurden zu Dutzenden dicht gemacht; hunderte Oppositionspolitiker wurden unter dem Vorwurf, mit Terroristen zu kooperieren, eingeknastet; im Südosten sorgten sogenannte Dorfschützer mit der Waffe dafür, dass bei der Abstimmung aus HDP-Hochburgen Verfechter der Verfassungsänderung wurden. Kein namhafter EU-Politiker hat Präsident Erdoğan gratuliert. Glückwünsche kamen unter anderem von Wladimir Putin, Donald Trump, aus Katar, Turkmenistan, dem Iran und Aserbaidschan.

Die Republik Türkei rückt unter Erdoğan Stück für Stück von Europa ab. Sie nähert sich Stück für Stück der im Nahen Osten gepflegten Machtausübung autokratischer Alleinherrscher

Es sind nicht zuvörderst die verbalen Entgleisungen Erdoğans, die der Brückenfunktion der Türkei ein vorläufiges Ende gesetzt haben. Es ist die kompromisslose und konsensfreie Machtpolitik, es sind die Entlassungen und Suspendierungen von knapp 150.000 Staatsbediensteten, die Festnahmen und Verhaftungen von bis zu 50.000 Menschen, die »Säuberungen« im Bildungs- und Justizwesen, die Enteignungen in der Privatwirtschaft, die massive Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit, die Kriminalisierung jeglichen politischen Widerstands.

Das türkische Volk ist durch Erdoğans Politik tief gespalten, die Beziehungen zur EU sind zerrüttet, das Verhältnis zu Deutschland ist auf dem Tiefpunkt. Erdoğans Strategie lautet: polarisieren, eskalieren, Stimmung machen. Die Mittel heiligen den Zweck. Der Zweck ist die Macht. Deshalb der wiederaufgeflammte Krieg gegen die PKK, der sich gegen Terroristen, aber mehr noch gegen Politiker der prokurdischen Partei HDP richtet. Recht so, sagen Erdoğans Anhänger, sie sind alle Verräter und Terroristen. Zum Wohl des eigenen Machterhalts, zum Schutz vor möglicher strafrechtlicher Verfolgung aufgrund massiver Korruptionsvorwürfe von Ende 2013 wirft Erdoğan demokratische Grundprinzipien über Bord. Wer kritisiert, droht strafrechtlich verfolgt, verfemt oder eingekerkert zu werden.

Die Republik Türkei rückt unter Erdoğan Stück für Stück von Europa ab. Sie nähert sich Stück für Stück der im Nahen Osten gepflegten Machtausübung autokratischer Alleinherrscher. Er pfeife auf die Kriterien von Kopenhagen, die die Grundwerte der Europäischen Union bilden, brüstete sich der 63-Jährige kürzlich. Für ihn gelten die Kriterien von Ankara. Erdoğan setzt eigene Regeln. Sein Regierungsmodell orientiert sich weniger am Präsidialsystem von Paris oder Washington der Vor-Trump-Zeit. Dort gibt es eine funktionierende Gewaltenteilung.

Im Frühjahr 2013 bereiste Erdoğan einige Länder Nordafrikas, um dort für das »türkische Modell« zu werben. Als gläubiger Muslim sei er Regierungschef eines laizistischen Landes, lockte er. Islam und Demokratie stünden sehr wohl miteinander im Einklang, wie das Beispiel Türkei zeige. Noch während seiner Reise brachen im Zentrum Istanbuls zivilgesellschaftliche Proteste um den Gezi-Park aus, die auf Geheiß Erdoğans kompromisslos niedergeknüppelt wurden. Demonstranten wurden von ihm als Lumpen und Terroristen beschimpft. Es gab Tote und hunderte Verletzte. Die Kriminalisierung der Zivilgesellschaft damals wird heute von vielen als das Ereignis genannt, bei dem Erdoğan zum ersten Mal völlig unverblümt sein rücksichtsloses Machtstreben durchpeitschte – mithilfe von Wasserwerfern, Pfefferspray, Tränengas und Gummiknüppeln. Viele weitere sollten folgen. Kein einziges arabisches Land hat sich 2013 von Erdoğans Werbetour beeindrucken lassen, kein Staat ist dem vermeintlichen »türkischen Modell« gefolgt. Erdoğan aber folgt mit Fleiß den negativen Vorbildern autoritärer arabischer Staaten und trägt damit weiter zum Ende der möglichen Brückenfunktion seines Landes zwischen Europa und dem Nahen Osten bei.

Reinhard Baumgarten ist ARD-Korrespondent für die Türkei, Griechenland und den Iran

An gute Zeiten anknüpfen

Ein historischer Überblick der deutsch-türkischen Beziehungen

MALTE FUHRMANN

Um die deutsch-türkischen Beziehungen steht es schlecht. Die türkische Regierung hält sich unter anderem dadurch an der Macht, dass sie periodisch Krisen mit anderen Ländern provoziert oder am Leben hält, unter denen sich Israel, Russland und in letzter Zeit vor allem Deutschland als gute Feindbilder für die rechte öffentliche Meinung anbieten. Umgekehrt hat die deutsche Regierung seit Langem kein weiteres Interesse an der Türkei, als sie als Vorburg zur Festung Europa zu benutzen. Den Preis zahlen die Menschen in beiden Ländern. So verweigert die Bundesrepublik seit geraumer Zeit ihre Zustimmung zur Schengen-Visumsfreiheit für türkische Staatsbürger, wodurch Millionen von Menschen zu zeitraubenden und kostspieligen Ämtergängen gezwungen werden, um ihre Familien-, Freundschafts- und Geschäftsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Die dank des von der Regierung Merkel mit ausgehandelten Grenzabkommens in der Türkei verbleibenden Flüchtlinge unter anderem aus Syrien, Afghanistan und Eritrea sind hingegen größtenteils zu menschenunwürdigen Unterkünften und Arbeitsverhältnissen verurteilt. Umgekehrt hält der türkische Staat es für nötig, wegen angeblicher Terrorunterstützung durch ihre Schriften die deutsche Übersetzerin Meşale Tolu Çorlu und den Doppeltstaatsbürger und Journalisten Deniz Yücel in Untersuchungshaft zu halten sowie dem deutschen Politikwissenschaftler Sharo Garip die Ausreise zu verbieten.

Man möchte sich angesichts der Situation gar nicht erst aufhalten mit Auswegen aus der verfahrenen Diplomatie, sondern am besten gleich von vorne anfangen. Gab es nicht einen Zeitpunkt, zu dem die Beziehungen besser waren und den man sich für einen Neustart zum Vorbild nehmen könnte? Es gab mehrere Zeitpunkte besserer Beziehungen, aber das Problem ist, dass bei näherem Hinsehen diese kaum als Vorbild dienen können, da sie nicht für eine gegenseitige Achtung von Menschenrechten, Freizügigkeit und ein würdevolles Leben für Flüchtlinge stehen. Was ist mit der Regierungszeit Gerhard Schröders, der als Türkenfreund galt? Dessen guter Ruf im rechten Lager der Türkei stammt lediglich daher, dass er sich gegenüber der türkischen Innenpolitik und damit auch den bereits in der Frühphase der Regierung Erdoğan auftretenden Menschenrechtsverstößen indifferent zeigte. Für die Visumsfreiheit oder -erleichterungen tat er nie etwas. Helmut Kohl hingegen handelte mit Turgut Özal aus, dass die eigentlich schon für 1986 zugesagte Freizügigkeit nicht durchgesetzt wurde und die deutsche Regierung stattdessen eine großzügige Spende an Panzern an die türkische Armee leistete.

Rüstungshilfe war stets ein Bestandteil der türkisch-deutschen Freundschaft. Insbesondere im 2. Weltkrieg war das Deutsche Reich von Einfuhren von Chromerz aus der Türkischen Republik für die Waffenproduktion abhängig. Noch in der Nacht bevor die neutrale Türkei 1944 auf Druck der Alliierten diese Lieferungen schließlich einstellte, wurden noch einmal 218 Waggons auf den Weg gebracht.

Was ist hingegen mit 1933, als politisch und rassisch Verfolgte, wie Ernst Reuter, Erich Auerbach oder Bruno Taut, die in Deutschland ihre Stellen an den Universitäten verloren hatten, im türkischen Wissenschafts- und Staatsbetrieb Anstellung fanden? Auch hier muss man etwas Wasser in den Wein schütten. So wichtig die Aufnahme in der Türkei für die unmittelbar Betroffenen war, so wenig stellte sie eine antifaschistische Maßnahme dar. Die frühe Türkische Republik brauchte schlichtweg Personal für den Aufbau eines neuen akademischen Systems, insbesondere, da man unmittelbar zur selben Zeit die erste Universität des Landes, die Darülfünun, geschlossen hatte, da sich ihre Wissenschaftler geweigert hatten, die wissenschaftlich nicht haltbaren Theorien zur historischen Verbreitung der türkischen Sprache und Rasse zu propagieren, die zu der Zeit Staatsdoktrin waren. Die ankommenden deutschen Wissenschaftler sollten also den kürzlich gesäuberten akademischen Apparat neu aufbauen und dienten diesem Zweck genauso gut wie deutsche regimekonforme Wissenschaftler.

Wie sah es hingegen zu Zeiten Wilhelms II. aus, der Abdülhamid II. seinen persönlichen Freund nannte? Auch hier möchte man lieber nicht so genau hinschauen. Der osmanische Sultan bereitete dem naiven deutschen Kaiser einen prächtigen Empfang bei seinem Staatsbesuch 1898, der Wilhelm nachdrücklich beeindruckte. Die deutsche Diplomatie und Wirtschaft nutzte diese Lage für günstige Geschäfte und stützten Abdülhamid trotz seiner internationalen Isolation nach den umfangreichen Massakern an Armeniern im Lande.

Angesichts der heutigen Situation möchte man am besten gleich ganz von vorne anfangen

Wer hingegen eine Zeit in den deutsch-türkischen Beziehungen sucht, in der Menschenwürde, Schutz vor politischer Verfolgung und Freizügigkeit hoch auf der Agenda standen, wird ausgerechnet Mitte des 19. Jahrhunderts fündig, im sogenannten Reformzeitalter 1839 bis 1876. Sultan Abdülmecid und nach ihm sein Bruder Abdülaziz und vor allem die zu dieser Zeit einflussreichen Staatsmänner versuchten, ein modernes, aufgeklärtes Osmanisches Reich aufzubauen, oft mit unzureichenden Mitteln, naiven Plänen, andererseits mit grober Verschwendung, wenn es um die Pracht der neuen Schlösser ging. Das sogenannte Tanzimat-Zeitalter scheiterte, aber die humanistischen und oft romantischen Anstrengungen seiner Protagonisten beeindrucken.

Da wäre zunächst eine humane Flüchtlingspolitik. Im frühen 19. Jahrhundert gab es zahlreiche Wirtschaftsflüchtlinge aus den deutschen Ländern. Überbevölkerung, die Auflösung der Zünfte und der traditionellen Lehnsherrschaft unter ungünstigen Bedingungen für die Betroffenen führten zur Verarmung weiter Teile der Gesellschaft. Arbeitslose Handwerkergesellen zogen zu Fuß von Stadt zu Stadt auf der Suche nach Arbeit und erreichten schließlich Istanbul, oft krank und mittellos. Bereits 1835 erließ Preußen eine Deklaration, die vor der Emigration ins Osmanische Reich warnte, da diese häufig zu noch größerem Elend führen würde.

In Istanbul reagierten vor allem die bereits vor Ort etablierten »Europäer« auf die Misere der eingereisten Handwerker, die durch die Reisestrapazen, mangelhafte Ernährung und Krankheiten neben sozialer oft auch medizinischer Aufmerksamkeit bedurften. Auf Initiative des Uhrmachers Jacob Anderlich aus Rijeka / Fiume (damals Österreich) entstand 1838 die Associazione Commerciale Artigiana di Pietà, die sich zum Ziel setzte, solchen in Not geratenen Fremden ohne Ansehen der Konfession oder Staatszugehörigkeit Hilfe zu gewähren. Mit Unterstützung von Sultan Abdülmecid, Frankreichs, Österreichs, Bayerns und des Erzbistum Kölns wurde zu diesem Zweck ein Haus in Istanbul-Harbiye gegründet, das bis heute fortbesteht. Später entstanden auch ein Verband der deutschen Handwerker in Istanbul (Teutonia) und zwei Krankenhäuser, die sich insbesondere um die verarmten Deutschen kümmerten.

Auch im Punkte Niederlassungsrecht zeigte sich Sultan Abdülmecid für seine Zeit progressiv und gastfreundlich. Als 1857 die preußische Gesandtschaft im Namen »mehrerer hundert« Familien anfragte, ob diese sich auf osmanischen Boden niederlassen und landwirtschaftliche Betriebe aufbauen könnten, wies der Sultan sofort die Behörden in sieben landwirtschaftlich ertragreichen Provinzen an, geeignete Gebiete auszuweisen und stellte lediglich die Bedingung, dass die Siedler die osmanische Staatsangehörigkeit annehmen sollten.

Auch gegenüber politisch Verfolgten und Bürgerkriegsflüchtlingen verhielt sich der osmanische Staat um die Mitte des 19. Jahrhunderts korrekt: Als 1848

Man sollte sich an die humanistischen Gesten Abdülmecids zurückerinnern

Menschen quer durch Europa für ihre Freiheiten und soziale Rechte auf die Barrikaden gingen, anschließend aber das verhasste »System Metternich«, benannt nach dem aus dem Rheinland stammenden österreichischen Kanzler, die Aufstände niederschlug, retteten sich viele Angehörige der Aufständischenarmee ins Osmanische Reich. Trotz erheblichen politischen Drucks durch Österreich und Russland lieferte Abdülmecid die deutsch-, ungarisch-, italienisch- und polnischsprachigen Revolutionäre nicht aus. Manche zogen weiter, insbesondere nach Süditalien, andere gründeten Kaffeehäuser oder Weinschänken in Istanbul und noch andere traten in den osmanischen Staatsdienst ein.

Weitere Zeichen der Offenheit des osmanischen politischen Systems konnte man in den Städten sehen. Bereits ab 1856 gab es beispielsweise ein beschränktes kommunales Wahlrecht für Ausländer in Izmir. Ab 1879 gab es sogar einen französischen Bürgermeister in Istanbuls prestigeträchtigem Stadtteil Beyoğlu, Edouard Blacque.

Deswegen fühlten sich freiheitsliebende Menschen aus den deutschen Ländern im Osmanischen Reich recht wohl – wenn sie die Augen gegenüber den Missständen im Lande, von denen die dortigen Untertanen betroffen waren, verschlossen. So schrieb 1865 Carl Humann aus Istanbul: »Hier in der Türkei lebt man in der That viel freier als in Preußen oder irgendeinem andern deutschen Vaterlande. Für den Europäer wenigstens existirt Preß-, Versammlungs- und Redefreiheit in vollem Maaße. Steuern bezahlt er verhältnismäßig sehr wenige (...). Mit Pässen und anderer lästiger Aufsicht wird man nicht gequält. Jeder kann sein Geld verdienen, wie er will, ohne daß der Staat sich patriarchalisch ins Mittel legt, um den einen oder anderen vor Concurrenz zu beschützen. (...) Drum lebe die Türkei! Sie ist jedenfalls besser als ihr Ruf.«

Allerdings setzte sich in den folgenden Jahrzehnten eine andere Türkei und auch ein anderes Deutschland durch, als sich die deutschen Demokraten und die osmanischen Reformanhänger erträumten. Abgesehen von einigen noblen Gesten und guten Absichten waren die Reformen zu realitätsfremd, als dass sie tatsächlich Ergebnisse produziert hätten, die die sehr heterogene Bevölkerung auf eine gemeinsame Zukunft hätte einschwören können. Es folgte das Regime Abdülhamids, in dem das Misstrauen gegenüber den Untertanen auf die Spitze getrieben wurde. Die deutschen Demokraten hingegen vergaßen größtenteils ihre Ideale, als der preußische Kanzler Otto von Bismarck ihnen ein Reich »aus Blut und Eisen« bot.

Wenn sich also heute wegen der Verhaftungen und Massenentlassungen kritischer Menschen in ihrem Herkunftsland in Deutschland Exilgruppen von türkischen Journalisten und Akademikern bilden, Menschen mit transnationalen Lebenswelten den Schranken der Nationalstaaten zuliebe eine ausufernde Bürokratie bedienen müssen und Millionen Menschen im euromediterranen Raum sich auf der Flucht vor Krieg, Diktatur und unzumutbaren Lebensumständen sind, sollte man sich also an die humanistischen Gesten Abdülmecids zurückerinnern und für alle Betroffene die best möglichen Konditionen erwirken.

Malte Fuhrmann ist DAAD-Fachlektor am Europainstitut der Istanbul Bilgi Universität und Almuni des Leibniz-Zentrums Moderner Orient

FOTO: HANNA NOORI

Ein Haus von Transgender und Prostituierten in einer historischen Straße in Beyoğlu, Istanbul

Null Freunde

Türkische Außenpolitik

EKREM EDDY GÜZELDERE

FOTO: HANNA NOORI

Ein Fischer auf der bekannten Galata Brücke, die sich über das »Goldene Horn« Istanbuls erstreckt – Fischen ist nicht sein Hobby, sondern ein Geldverdienst

Nachrichten über die Außenbeziehungen der Türkei im Frühjahr 2017 klingen wie Hiobsbotschaften. Mit den wichtigsten Partnern, ob traditionell oder neueren Datums, ist man zumindest uneins oder hat sich komplett überworfen. Eigentlich hätte alles ganz anders kommen sollen. Die Türkei sollte »Null-Probleme mit ihren Nachbarn« haben und eine Regionalmacht im Nahen Osten sein.

Die Türkei ist spätestens seit den 1950er Jahren in westlichen Bündnissen verankert. Das wichtigste außenpolitische Ziel über viele Jahre war eine Vollmitgliedschaft in der EU. Das Positivste, was man heute noch zu den Türkei-EU Beziehungen hört, ist, dass aufgrund von vielfältigen Abhängigkeiten ein Abbruch der Beziehungen noch schlechter wäre, als den schlechten Status quo fortzusetzen. Die Liste der Unstimmigkeiten war selten so lang. Mit dem wichtigsten wirtschaftlichen Partner innerhalb der EU, Deutschland, ist der Ton besonders schroff. Im Vorfeld des Verfassungsreferendums vom 16. April warf gerade Präsident Recep Tayyip Erdoğan Deutschland Nazi-Methoden vor. In einer der vielen AKP-Zeitungen, Güneş, wurde Angela Merkel in SS-Uniform als »hässliche Tante« bezeichnet, die von Erdoğan wiederum als eine Unterstützerin des Terrorismus bezeichnet wurde – so wie die Niederlande. Allgemein kommentierte er, »wir werden Europa nach dem 16. April für alles bezahlen lassen, was es getan hat!«

Bis jetzt fordern nur Österreichs forsch-fesche Jungpolitiker einen Abbruch des Beitrittsprozesses. Deshalb blockiert die Türkei die Teilnahme österreichischer Soldaten an NATO-Manövern auf dem Balkan. Wiederum andere NATO-Mitglieder, darunter Deutschland und Frankreich, sollen einen NATO-Gipfel in Istanbul verhindert haben, den die Türkei noch 2017 ausrichten wollte. Weiterhin verbietet die Türkei, wenigstens meistens, den Besuch deutscher Abgeordneter auf der Luftwaffenbasis Incirlik.

Auf der anderen Seite des großen Teiches sieht es nicht viel besser aus. Mitte Mai kam es endlich zu dem von der Türkei herbeigesehnten Treffen der beiden Präsidenten, Donald Trump und Recep Tayyip Erdoğan. Die Türkei wollte vor allem Fortschritte bei der Auslieferung Fethullah Gülens und einen Kurswechsel in der US-amerikanischen Syrienpolitik erreichen. Al-Monitors Cengiz Çandar kommentierte den Besuch als »den am wenigsten erfolgreichen, den es je in Washington gab.« Was vor allem in Erinnerung blieb, waren die Leibwächter Erdoğans, die friedliche Demonstranten vor der türkischen Botschaft in Washington verprügelten. Daraufhin forderte John McCain die Ausweisung des türkischen Botschafters, im US-Fernsehen sagte er: »Das hier ist nicht die Türkei. Das ist kein Dritte-Welt-Land«. Gegen zwölf Sicherheitsleute Erdoğans wurde Haftbefehl erlassen, sie wurden bei einer erneuten Einreise in die USA am Flughafen verhaftet. Dieser Ton herrscht unter Partnern in einem Militärbündnis, der Feind sollte eigentlich außerhalb des Bündnisses zu suchen sein.

Außerhalb sieht es aber auch nicht viel besser aus. Zwar sind die Beziehungen zu Russland, nachdem im November 2015 ein russischer Kampfjet an der türkisch-syrischen Grenze abgeschossen wurde, wieder einigermaßen normalisiert – aber eben zu russischen Bedingungen. Im Anschluss an den Abschuss verhängte Russland weitreichende Wirtschaftssanktionen gegen die Türkei. Präsident Putin warf der Türkei vor, mit dem IS zu paktieren, er verbot alle Charterflüge in die Türkei, wo russische Touristen mit ca. vier Millionen nach den Deutschen die zweitgrößte Gruppe waren. Das zeigte Wirkung. Fast schon unterwürfig entschuldigte sich im Juni 2016 Erdoğan bei Putin, der einige der Sanktionen wieder aufhob, andere aber auch einfach weiterlaufen ließ, wie das Verbot der Einfuhr türkischer Tomaten. Als dann im Dezember 2016 der russische Botschafter in Ankara von einem türkischen Polizisten in zivil erschossen wurde, hat das den Hebel Russlands gegen die Türkei nur noch verstärkt. In Syrien muss die Türkei nach russischer Pfeife tanzen, ansonsten drohen wieder Sanktionen, die sich Erdoğan wirtschaftlich nicht mehr leisten kann.

Sind dann wenigstens die Beziehungen zu den nahöstlichen Ländern so gut wie noch nie? Leider auch nicht. Wenigstens nicht mehr. In den Anfangsjahren der AKP-Regierung spielte die Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarländern die wichtigste Rolle in der Außenpolitik. »Null Probleme« sollte es mit den Nachbarn geben, weshalb Dimitar Bechev dies als »Türkische Nachbarschaftspolitik« bezeichnete. Ahmet Davutoğlu, der Architekt dieser Doktrin, war zuerst Berater, später selbst Außenminister und Ministerpräsident. »Strategische Tiefe« war sein Opus Magnum. Danach sei die Türkei ein zentrales Land mit gewichtigem Einfluss in mehreren Regionen. Explizit lehnte er die Rolle einer Brücke zwischen Ost und West ab. In den Anfangsjahren hatte diese Strategie auch Erfolge, Wirtschaftsbeziehungen vertieften sich, Investitionen und Exporte konnten gesteigert werden. Durch eine liberale Visapolitik wurde der Tourismus angekurbelt, türkische Soft Power zeigte sich an der Popularität von Fernsehserien.

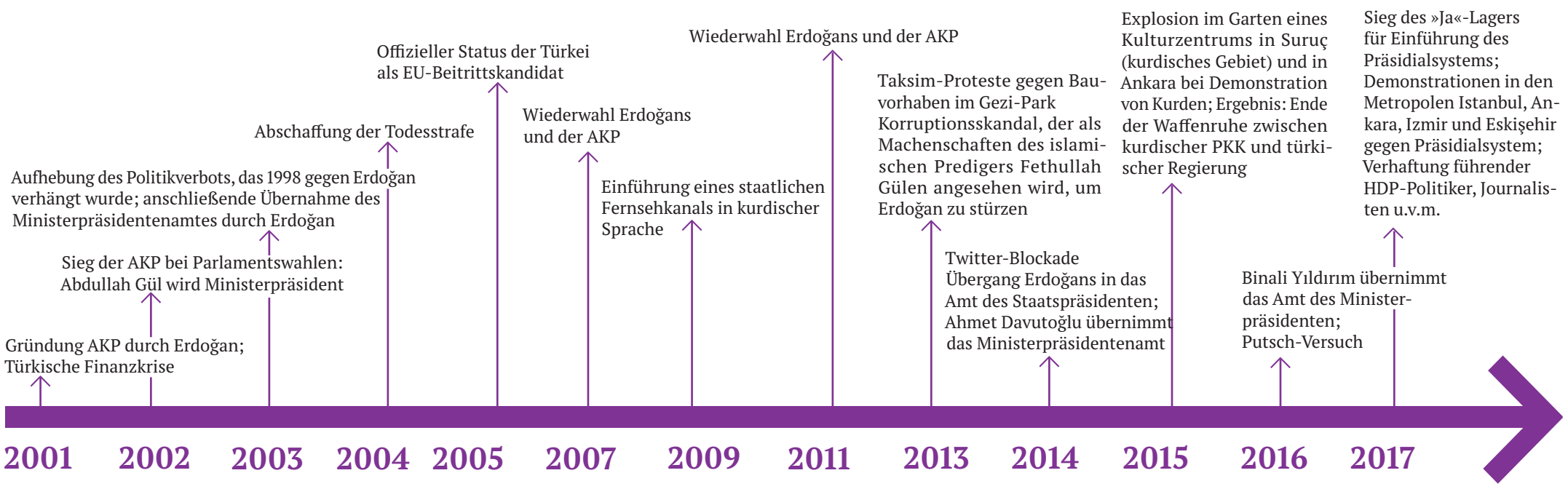
Die türkische Regierung zog daraus den fatalen Schluss, dass man nach fast zehn Jahren intensivierter Beziehungen auch politischen Einfluss hätte und Regierungen beeinflussen könnte. Regimewechsel à la turca sollte eine türkische Führungsposition zementieren, durch den AKP-ähnliche Parteien in anderen nahöstlichen Staaten an die Regierung kämen: sunnitisch-konservativ-neoliberal angeführt von der Türkei. Es kam anders. Für Philip Robins hatte »die AKP-Regierung anfangs sogar einen guten Arabischen Frühling«. Bis dieser Libyen erreichte. Die türkische diplomatische Intervention wurde als Unterstützung Gaddafis verstanden, es kam zu anti-türkischen Protesten in Bengasi. Noch stärker zeigten sich türkische Fehleinschätzungen in Syrien. Assad, mit dem Erdoğan sogar gemeinsam Urlaub gemacht hatte, zeigte keinerlei Bereitschaft, türkischen Forderungen zu folgen. Im Gegenteil. Ebenso verschlechterten sich die Beziehungen zu Ägypten nach dem Sturz Mursis und zur irakischen Zentralregierung. Mit Israel war man sowieso seit der »one minute« von Davos 2009 auf Kriegsfuß. Bei den Langzeitproblemen mit Armenien und Zypern gab es auch keine Fortschritte. Der letzte verbliebene enge Freund ist der Mini-Golfstaat Katar, der von seinen unmittelbaren arabischen Nachbarn politisch isoliert und wirtschaftlich in die Knie gezwungen werden soll. Die Türkei schickt Soldaten und Lebensmittel nach Katar, hilft dem Al Thani-Clan damit zu überleben und riskiert ernsthafte Verstimmungen mit Saudi-Arabien.

Irgendwann passte das mit den »Null-Problemen« nicht mehr. İbrahim Kalın, Akademiker und zurzeit Sprecher des Präsidenten, sprach deshalb 2013 von einer »wertvollen Einsamkeit«. Klingt besser als isoliert. Einsam und Regionalmacht passt aber nicht zusammen. Wen soll man dann führen?

Was Kalın und seinem Chef in der heutigen Situation fehlt, ist eine Strategie, sowohl die Beziehungen zu den westlichen Partnern als auch zu den nahöstlichen Nachbarn zu verbessern oder wenigstens zu normalisieren. Man wurschtelt sich von Ereignis zu Ereignis. Mal haut man drauf, mal beugt man sich. Kurzsichtig ist beides.

Ekrem Eddy Güzeldere ist politischer Analyst, Journalist und Autor

ZEITLICHER ÜBERBLICK: EREIGNISSE IN DER TÜRKEI UNTER RECEP TAYYIP ERDOĞAN VON 2001 BIS HEUTE



Quadratur des Kreises

Lässt sich der Islam mit einer freiheitlichen Gesellschaft in Einklang bringen?

MUSTAFA AKYOL

Es steht außer Zweifel, dass Weltregionen mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung heute auf freiheitsliebende Menschen eher düster wirken. Laut dem von Freedom House, einer überparteilichen Nichtregierungsorganisation, veröffentlichten »Freedom House Index«, einer Weltkarte der Freiheit, sind die meisten mehrheitlich muslimischen Länder schlicht »unfrei«. Während einige davon – unter anderem mein Land, die Türkei – als »teilweise frei« gelten, gibt es nur ein Land mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung, dessen Bürger eventuell in den Genuss von »Freiheit« kommen. Dieses Land ist Tunesien, das einzige Land, das auf die turbulenten Ereignisse des Arabischen Frühlings von 2011 mit dem Aufbau einer liberalen Demokratie reagierte.

Warum ist das so? Warum ist Freiheit bei Muslimen ein so seltenes Gut? Die Antwort auf diese Frage hat nur teilweise mit dem Islam zu tun. Eines der Länder mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung, das am stärksten unter Unterdrückung leidet, ist z. B. Usbekistan: Es schneidet im internationalen Vergleich genauso schlecht ab wie Nordkorea. Usbekistan ist jedoch eine säkulare Diktatur, die sich noch nicht von ihrem kommunistischen Erbe befreit hat. Bei vielen anderen muslimischen Staaten kommen zusätzliche Faktoren wie Nationalismus, Stammesdenken sowie schlicht und einfach Machtgier hinzu, die politische Rechte, Freiheitsrechte oder Religionsfreiheit bedrohen.

Das Problem mit der Scharia

Ein Teil des Problems hat jedoch mit dem Islam oder zumindest mit seinen derzeitigen Ausprägungen zu tun. In Ländern wie Saudi-Arabien, dem Iran, Sudan, Afghanistan oder Pakistan wird islamisches Recht oder die Scharia praktiziert, die harte Strafen für den »Abfall vom Glauben« oder für »Gotteslästerung« vorsieht. Dies bedeutet, dass Menschen, die vom Islam zu einem anderen Glauben wie dem Christentum übertreten, hingerichtet und dass Säkularisten, welche die Religion »verunglimpfen«, eingesperrt oder ausgepeitscht werden können.

Gleichzeitig werden Frauen unterdrückt, Homosexuelle verfolgt und Nicht-Muslime sowie »häretische« Muslime wie Bürger zweiter Klasse behandelt. Terroristengruppen wie IS oder Boko Haram setzen diese Maßnahmen sogar noch aggressiver um. Diese Fanatiker rauben den Menschen nicht nur die Freiheit, sondern zerstören ihr Leben.

Es gibt also in der Tat ein Problem mit der Scharia. Das bedeutet allerdings nicht, dass jeder Muslim in der Welt ein gefährlicher Agent wäre, der nur danach trachtet, bei uns »hintenherum« die Scharia einzuführen, was viele im Westen zu glauben scheinen. Das Gegenteil ist der Fall. Laut Umfragen bevorzugen viele Muslime – laut Untersuchungen des Pew Research Centers schwankt der konkrete Anteil von Land zu Land stark – eine säkular-liberale Rechtsordnung. Dazu gehören nicht nur säkulare Muslime, für die Religion vorwiegend eine kulturelle Frage ist, sondern auch viele fromme Muslime, die ihren Glauben einfach so leben wollen, wie sie ihn verstehen und nicht wie er von der »Religionspolizei« vorgeschrieben wird.

Dennoch stellt die Scharia, zumindest in ihrer traditionellen Form, eine große Herausforderung für die Freiheit dar und schürt die bitteren politischen Spannungen sowie die zuweilen gewalttätigen Konfrontationen zwischen Muslimen, die sie durchsetzen wollen – und die gemeinhin als »Islamisten« bezeichnet werden — und den säkulären Kräften in der muslimischen Welt, die wiederum ihre Position zuweilen recht uneinsichtig vertreten.

Lieber Locke als Luther

Es geht im Kern darum, ob sich die Scharia ändern kann und ob sich mehrheitlich muslimische Gesellschaften zu freien Gesellschaften entwickeln können, in denen Religion eine Frage des Gewissens und keine Frage des Zwangs ist. Viele im Westen, die sich mit dieser Thematik beschäftigen, sind der Meinung, dass ein »muslimischer Martin Luther« der Schlüssel zu einer solch leuchtenden Zukunft sein könnte und berufen sich hierbei auf die Reformationsbewegung in Europa. Dies ist jedoch kein sehr passender Vergleich.

Denn die muslimische Welt von heute untersteht nicht einer gemeinsamen zentralen Autorität wie sie die katholische Kirche im Europa vor der Reformation innehatte. Das Gegenteil ist der Fall. Die muslimische Welt von heute ist extrem gespalten und von Chaos geprägt. Es geht hier folglich nicht darum, ein religiöses Monopol aufzubrechen, sondern darum, verschiedene islamische Gruppen, von denen die meisten auf ihre eigene, oft gegensätzliche Weise autoritär sind, zu liberalisieren.

Ein besserer Vergleich – falls es denn einen gibt – ist daher nicht die Reformation, sondern die Aufklärung. Wir brauchen, wie von mir immer wieder betont, keine muslimischen Nachahmer von Martin Luther, sondern muslimische Versionen von John Locke, die ihre religiösen Traditionen innerhalb eines rationaleren, toleranteren und liberaleren Weltbildes neu interpretieren.

Stimmen der Hoffnung

Solche liberalen muslimischen Denker gibt es und gab es bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert. Es sind Gelehrte, die den Islam sowie insbesondere die Scharia neu interpretieren. Einige unter ihnen betonen, dass die islamische Rechtsordnung in einem bestimmten historischen Kontext entstand, und dass ihr »Ziel«, definiert als Schutz von »Leben, Religion, Vernunft, Eigentum und Abstammung«, zwar universell sei, die daraus folgenden Regeln jedoch einer Interpretation bedürfen.

Der Tunesier Rachid al-Ghannouchi, der moderne Ideen mit dem Vorsitz der gemäßigten, muslimischen Ennahda-Partei verbindet, ist ein prominenter Vertreter dieser reformistischen Tradition, die sich auf wesentliche Werte wie Demokratie und Freiheit beruft. Vor Kurzem rief al-Ghannouchi seine Glaubensgenossen dazu auf, »dem politischen Islam«, der mit Feuereifer die Scharia einführen will, »den Rücken zu kehren« und sich für eine »muslimische Demokratie« einzusetzen, womit er eine Vorreiterrolle einnimmt, die Hoffnung für die Zukunft verspricht. Und er ist nur eine von vielen prominenten Stimmen, zu denen die des iranischen Philosophen Abdolkarim Soroush, der muslimischen Feministin Amina Wadud bzw. die von Khaled Abou El Fadl, der sich für Gesetzesreformen einsetzt, gehören.

Wie zu erwarten, werden muslimische Reformer von orthodoxen Islamisten als Ketzer und Verräter verdammt, die sich dem Westen anbiedern. Gleichzeitig sind viele verunsicherte Muslime auf der Suche nach der richtigen Interpretation ihres Glaubens und der richtigen Lebensweise, die im Einklang mit ihrem Glauben stehen soll. Man könnte sagen, dass in der muslimischen Welt ein »Kampf der Ideen« stattfindet. Angesichts dieser dramatischen Situation wäre es ein großer Fehler, darauf zu beharren, der Islam werde aufgrund seines angeblich unabänderlichen Wesens Freiheit niemals akzeptieren. Dies wurde in den vergangenen Jahrhunderten auch in Bezug auf den Katholizismus oder Judaismus behauptet. Es war kein Geringerer als Immanuel Kant, der behauptete, das Judentum könne sich aufgrund seines »legalistischen« Wesens nie mit einer liberalen Gesellschaftsordnung in Einklang bringen lassen.

Die Rolle des Westens

Für den Westen handelt es sich hier in erster Linie um eine innermuslimische Angelegenheit, die von Außenstehenden nicht unmittelbar beeinflusst werden kann. Trotzdem kann der Westen eine Rolle spielen.

Man sollte es sich zum Ziel machen, militärische Konfrontationen mit Muslimen zu vermeiden und versuchen, zu friedlichen Lösungen für die gewaltsamen Konflikte in der muslimischen Welt beizutragen. Denn Kriege, insbesondere mit »Ungläubigen«, führen zu Unsicherheit in muslimischen Gesellschaften, die wiederum autoritäre und radikale statt liberale Strömungen begünstigt. Der Westen sollte Muslimen zudem zeigen, dass man als gläubiger Muslim ohne Weiteres am Leben in einer freiheitlichen Gesellschaft teilhaben kann. Dies wiederum bedeutet, dass ein rigider Säkularismus, der konservative Muslime dazu zwingt, einige ihrer religiösen Praktiken aufzugeben, falsch und wenig zielführend ist. Eine liberale Gesellschaft sollte Menschen die Freiheit gewähren, sich für oder gegen Freiheit zu entscheiden und nicht nur, sich von der Religion zu befreien. Denn eine solche Gesellschaft würde gläubigen Menschen nicht zusagen.

Letztendlich sollte der Westen nicht vergessen, dass seine eigene Geschichte von religiöser Tyrannei geprägt war. Es ist nur ein paar hundert Jahre her, als selbst in Europa die Vorstellung, Ketzer nicht auf dem Schafott zu verbrennen oder Gotteslästerern nicht den Kopf abzuschneiden, recht neu war. Wenn es aber Europa gelungen ist, diese dunklen Zeiten hinter sich zu lassen, warum sollten es dann nicht auch andere schaffen?

Mustafa Akyol ist Publizist, Fellow und Mitarbeiter am »Freedom Project« des Wellesley College, USA und Buchautor von »Islam without Extremes«

MEDIENMACHT UND STAATSNÄHE IN DER TÜRKEI

Sieben der zehn größten türkischen Unternehmen unterhalten eigene Medienbereiche, die direkt oder indirekt mit der Regierungspartei verknüpft sind. Die Medienvielfalt bleibe in der Türkei nicht nur aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen auf der Strecke, erklärt Erol Önderoğlu, Türkei-Repräsentant von Reporter ohne Grenzen (ROG). »Ein großer Teil der türkischen Medienlandschaft wird durch Medienmagnate geprägt, die gute Beziehungen zur Regierung unterhalten, um Geschäftsinteressen in anderen Bereichen ihrer Unternehmen zu wahren – etwa in den Bereichen Bau, Energie und Banken.« Ein markantes Beispiel ist der Medienunternehmer Sancak. Er hat öffentlich seine Liebe zu Erdoğan bekundet und versichert, er würde sogar seine Familie für den Präsidenten opfern. Sancak bewarb sich um eine öffentliche Ausschreibung, bei der es um Wasserwerfer für Polizei und Armee ging. Medienberichten zufolge soll er der einzige Bewerber gewesen sein. Sancak bekam den Auftrag und vervielfachte den Umsatz seiner Wasserwerfersparte. Wer die AKP und Präsident Erdoğan kritisch angehe, müsse mit harten Konsequenzen rechnen, konstatiert Olaf Steenfadt von ROG. Ein Beispiel dafür sei die Doğan-Gruppe, deren kritische Berichterstattung praktisch endete, als sie durch massive Steuerforderungen an den Rand des Bankrotts getrieben worden war. Weitere Infos unter http://turkey.mom-rsf.org/.

FOTO: HANNA NOORI

Ein Paar, das sich in der Öffentlichkeit küsst – ein immer noch unüblicher Anblick in der Türkei

THEMA

Freiheit und Demokratie stehen auf dem Spiel

Selahattin Demirtaş vor Gericht

EMMA SINCLAIR-WEBB

Im September wird Selahattin Demirtaş, der populäre Vorsitzende der zweiten Oppositionspartei im türkischen Parlament, nach zehn Monaten Gefängnis endlich die Gelegenheit erhalten, sich vor einem Richter zu der gegen ihn erhobenen Hauptklage, aufgrund derer er in Untersuchungshaft sitzt, zu verteidigen. Wie den anderen inhaftierten Parlamentsabgeordneten seiner Partei werden auch ihm unzählige andere Sachverhalte zur Last gelegt und seine Teilnahme über Videoschaltung an regelmäßig vor verschiedenen Gerichten stattfindenden Verhandlungen ist mittlerweile Teil seiner Routine im Gefängnis.

Der späte Beginn der Hauptverhandlung ist keineswegs darauf zurückzuführen, dass die Staatsanwaltschaft Monate für die 500-seitige Anklageschrift gegen den Politiker gebraucht hätte, der in den türkischen Parlamentswahlen vom November 2015 von fünf Millionen Wählern unterstützt wurde. Die Anklageschrift war bereits im Januar fertig. Der eigentliche Grund für die Verzögerung bestand darin, dass der türkische Präsident wie auch seine Regierungspartei Demirtaş vor und nach dem im April stattfindenden Referendum, bei dem sie eine knappe Mehrheit für eine Verfassungsänderung zugunsten einer größeren Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten erzielten, um jeden Preis aus dem politischen Verkehr ziehen wollten. Demirtaş zusammen mit seiner vormaligen Co-Vorsitzenden Figen Yüksekdağ und neun weiteren führenden Parlamentariern der Demokratischen Partei der Völker (HDP) einzusperren und ihnen das Recht auf Kaution zu verweigern, schien eine wirksame Methode, um den lautstärksten Teil der parlamentarischen Opposition mundtot zu machen. Nach Entzug ihrer parlamentarischen Immunität im Rahmen einer kontroversen Abstimmung im Mai 2016 wurden die meisten Abgeordneten der HDP – die mittlerweile über 57 Sitze im Parlament verfügte – mit Klagen überzogen. Zwei Abgeordnete – unter anderem die Co-Vorsitzende Yüksekdağ – verloren ihren Sitz, nachdem das oberste Berufungsgericht der Türkei das letztinstanzliche Urteil gegen sie bestätigt hatte.

Die Tatsache, dass die Hauptverhandlung gegen Demirtaş im September stattfinden wird, sowie die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen sind ausschließlich politischen Motiven geschuldet. Die Staatsanwaltschaft legt ihm dutzende Vergehen zur Last: Er soll führendes Mitglied der PKK sein, terroristische Propaganda verbreitet, Verbrechen und Verbrecher verherrlicht, zu Gewalt aufgerufen sowie nicht genehmigte Demonstrationen organisiert und an diesen teilgenommen haben. Dafür droht ihm möglicherweise eine Freiheitsstrafe von ca. 140 Jahren.

Demirtaş werden vorgeschobene und rein politisch motivierte Beschuldigungen zur Last gelegt

Ich habe zwölf der Hauptanklageschriften einschließlich jener gegen Demirtaş geprüft, aufgrund derer eine überlange Untersuchungshaft für Abgeordnete der HDP verhängt wurde. Ein Großteil des Beweismaterials besteht aus ihren politischen Reden. Beweise für ein Verhalten, das möglicherweise eine Anklage wegen Mitgliedschaft in einer bewaffneten Organisation oder wegen separatistischer Aktivitäten rechtfertigen könnte, liegen nicht vor. Im Fall von Demirtaş enthält die Anklageschrift eine formelhafte Schilderung des Werdegangs des bewaffneten Arms der PKK / KCK; nach einer Beschreibung der vermeintlichen Organisationsstruktur sind politische Reden und endlose Seiten voller Transkripte abgehörter Anrufe und abgefangener Gespräche aufgeführt. Laut Staatsanwaltschaft wird dadurch eine Verbindung zwischen Demirtaş und der Nichtregierungsplattform in Diyarbakır, die sich »Kongress der Demokratischen Gesellschaft« nennt und laut Staatsanwalt zur PKK / KCK gehört, nachgewiesen. Sieht man sich die Gespräche genauer an, fällt es schwer, Anhaltspunkte für irgendwelche kriminellen Aktivitäten zu finden.

Wesentlicher Bestandteil der Klageschriften gegen Demirtaş und die anderen Politiker der HDP ist die Bezugnahme auf eine öffentliche Erklärung der Partei vom 6. Oktober 2014, in der sie zu öffentlichen Protesten gegen die Politik der türkischen Regierung infolge des Angriffs des Islamischen Staates (IS) auf Kobane im benachbarten Syrien aufruft. Die Staatsanwaltschaft betrachtet diese Erklärung als Aufforderung zum bewaffneten Aufstand und zeichnet daraufhin Fall für Fall das tragische Ende der zwei Tage dauernden gewaltsamen Proteste nach: Bei ihnen gab es bis zu 50 Tote in Städten in der südöstlichen Türkei sowie erhebliche Sachschäden. Natürlich ist es die Pflicht der zuständigen Behörden, Ermittlungen durchzuführen, um diese Verbrechen aufzuklären, die Verantwortlichen ausfindig zu machen und vor Gericht zu stellen. Allerdings gibt es keinerlei Beweise dafür, dass die katastrophalen Ereignisse unmittelbar auf den Protest-Aufruf der HDP zurückzuführen waren oder dass die Partei eine solche Entwicklung auch nur irgendwie hätte voraussehen können. Abgesehen von der Verurteilung der Männer, die für den brutalen, in Diyarbakır begangenem Mord an dem 16-jährigen Schüler Yasin Börü und drei weiteren jungen Männern mit einem konservativen religiösen Hintergrund verantwortlich waren, war die Staatsanwaltschaft bislang nicht besonders erfolgreich, was die Ermittlungen der anderen Todesfälle, die sich an jenen zwei Tagen ereigneten und vorwiegend Anhänger der Partei von Demirtaş betrafen, anbelangt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Selahattin Demirtaş vorgeschobene und rein politisch motivierte Beschuldigungen zur Last gelegt werden, ohne dass einschlägige Beweise für Strafhandlungen vorlägen.

Für viele Menschen in Deutschland, die die Entwicklungen in der Türkei im Laufe der letzten Jahrzehnte verfolgt haben, gibt es eindeutige Parallelen zwischen der Situation von Demirtaş sowie seiner HDP-Partei und der Festnahme im Jahr 1994 von Leyla Zana, Orhan Doğan, Hatip Dicle und Selim Sadak, Abgeordneten der Demokratiepartei (DEP). Nach Aufhebung ihrer parlamentarischen Immunität wurden Zana und ihre Parteigenossen aufgrund vorgeschobener Terrorismusanklagen festgenommen und danach in einer Gerichtsverhandlung, die vom Europäischen Gerichtshof als regelwidrig beschrieben wurde, verurteilt. Sie verbrachten alle zehn Jahre in Haft.

Es ist zu hoffen, dass die erste Anhörung von Selahattin Demirtaş, die für den 6. September 2017 anberaumt ist, in Europa so aufmerksam verfolgt wird, wie es die Umstände erfordern. Ein Appel für seine Freilassung während dieser Verhandlung wäre eine angemessene Maßnahme, um für das Recht auf Versammlungsfreiheit, politische Teilhabe und Meinungsfreiheit, d. h. wesentliche Elemente einer demokratischen Ordnung, einzutreten und klarzustellen, dass die Politik der türkischen Regierung, die darin besteht, Millionen von hauptsächlich kurdischen Wählern das Stimmrecht zu entziehen, die Zukunft der Demokratie in diesem Land genauso bedroht wie die allmähliche Ausschaltung der unabhängigen Medien in der Türkei.

Emma Sinclair-Webb ist Direktor von Human Rights Watch in der Türkei

PUTSCHVERSUCH VOM 15./16. JULI 2016: EINE BILANZ IN ZAHLEN

– Während des Putschversuches wurden 264 Menschen getötet

– Nach dem Putschversuch gab es über 100.000 Entlassungen, davon
- 43.000 Lehrer
- 24.000 Polizisten und Angestellte des Innenministeriums
- 8.000 Soldaten
- 6.000 Ärzte und Angestellte des Gesundheitsministeriums
- 5.000 Akademiker und Hochschulangestellte
- 4.000 Richter, Staatsanwälte und Angestellte der Justiz
- 3.000 Angestellte des Ministerpräsidentenamtes

– Außerdem gab es
- Verhaftungen von 118 Journalisten
- Schließung von 184 Medien, darunter Nachrichtenagenturen, Verlagshäuser, Zeitungen, Zeitschriften, TV-Stationen, Radiostationen
- Schließung von 375 zivilgesellschaftlichen Organisationen

FOTO: HANNA NOORI

Passanten in der Istanbuler U-Bahn vor dem Plakat des Oscar gekrönten Filmes »La La Land«

Mut und Widerstand

Kurdische Provinzen: Kann man die Kultur und Solidarität eines Volkes unterbinden?

NURCAN BAYSAL

Die Nacht des 15. Juli 2016 war wie ein schlechter Traum. Aber was wir nach dem 15. Juli durchlebt haben, war weit mehr als ein schlechter Traum, es ähnelt einem Albtraum.

Mit den KHKs (Dekrete im Gesetzesrang), die nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes (OHAL) verabschiedet wurden, sind Hunderttausende entlassen oder in Gewahrsam genommen worden. Tausende Nichtregierungsorganisationen und hunderte Medienunternehmen wurden geschlossen, Journalisten und Abgeordnete wurden ins Gefängnis geworfen und das Parlament seiner Funktion beraubt. Der Druck richtet sich gegen alle Oppositionellen: Filmemacher, Anwälte, Ärzte, Akademiker, Schriftsteller. Die kurdischen Provinzen, in denen schon seit etwa anderthalb Jahren Ausgangssperren und Abriegelungen gelten, haben diesen Albtraum noch brutaler erlebt.

Putsch durch die Treuhänder gegen die Kultur und Zivilgesellschaft in kurdischen Provinzen

Nach der Ausrufung des OHAL hat die Regierung in den kurdischen Provinzen Bürgermeister unter dem Verweis »einer Terrororganisation zu helfen oder Unterschlupf zu gewähren« verhaftet und an ihre Stellen Gouverneure, Vizegouverneure oder Landräte als Treuhänder eingesetzt. Treuhänder wurden in 79 von 102 kurdischen Stadtverwaltungen in den von den Parteien HDP oder DBP regierten Städten eingesetzt. 84 Bürgermeister befinden sich derzeit in Haft. Diese Zahlen erhöhen sich täglich.

Eine der ersten Taten dieser Treuhänder war es, städtische Frauen- und Kulturzentren zu schließen. Der Treuhänder der Großstadtverwaltung Diyarbakır hat zuerst das Direktorium für Frauenpolitik geschlossen und anschließend die Frauenzentren. In den kurdischen Städten Silvan, Mardin, Derik, Cizre, Batman und Van hat sich das Gleiche abgespielt. Diese Frauenzentren boten Frauen, die unter Gewalt gelitten haben, rechtliche und psychologische Hilfe an, sie organisierten Weiterbildungsprogramme, bemühten sich um die Markteinführung von Produkten, die von Frauen hergestellt wurden und arbeiteten über Frauenrechte. Es ist deutlich, dass die Treuhänder gegen den Ansatz der Geschlechtergleichheit der kurdischen Verwaltungen sind. Diese feindliche Einstellung ging aber noch weiter. Alle Busfahrerinnen wurden entlassen und es hieß, Frauen könnten keine Fahrer sein. Sogar die Notruftelefonnummern und Frauenhäuser in der Region wurden geschlossen.

Ein anderer Bereich, dem sich die Treuhänder widmeten, war Kunst und Kultur. Angeführt von der Großstadtverwaltung Diyarbakır haben die kurdischen Stadtverwaltungen in den vergangenen 15 Jahren ernsthafte Investitionen im Kunst- und Kulturbereich getätigt. Theater, die kurdische Stücke aufführen, Konservatorien und Kunstzentren wurden gegründet. Der Treuhänder hat als eine der ersten Amtshandlungen das Stadttheater Diyarbakır, das jährlich etwa 35.000 Zuschauer erreicht, geschlossen. Danach wurde auch das 2010 unter großen Anstrengungen gegründete Aram Tigran Konservatorium geschlossen, das in fünf Kunstdisziplinen ausbildete.

Der Ansatz der Geschlechtergleichheit der kurdischen Verwaltungen ist ein Dorn im Auge

Darüber hinaus wurde auch das Kunst- und Kulturzentrum Cegerxwin in Kayapınar, das über Diyarbakır hinaus Kunst in der gesamten Region gefördert hat und jährlich 100 Absolventen hatte, seitens des Treuhänders geschlossen. Batman, Mardin, Şırnak, Hakkari, Yüksekova, Kızıltepe, Dargeçit, Nusaybin, Silvan, Cizre, Silopi… Kunst- und Kulturfestivals, die jedes Jahr in diesen kurdischen Städten veranstaltet wurden, wurden abgesagt.

Regelmäßig stattfindende Kunst- und Kulturfestivals wurden abgesagt

Der Krieg, den der Staat gegen die kurdische Sprache und Kultur begonnen hat, traf auch den von der Großstadtverwaltung Diyarbakır gegründeten Kindergarten Zarokistan. Der moderne Kindergarten unterrichtete 3- bis 5-Jährige in Kurdisch und stieß von Anfang an auf großes Interesse, 195 Kinder waren eingeschrieben. Die Kinder wurden nicht nur in Kurmancî unterrichtet, sondern auch in Zazaki und Englisch und sind auf diese Weise mehrsprachig aufgewachsen. Der Treuhänder hat zuerst die Lehrer für Kurdisch entlassen und anschließend Zarokistan in einen türkischsprachigen Kindergarten umgewandelt.

Mit Dekreten gegen die Zivilgesellschaft in Kurdistan

Am 11. November 2016 wurden per Dekret insgesamt 370 zivilgesellschaftliche Organisationen, die mehrheitlich in kurdischen Provinzen tätig sind, eingestellt – mit der Begründung, sie stünden »in Beziehung zu einer terroristischen Organisation«. Drei Monate später wurden sie dann komplett geschlossen und ihr Eigentum staatlicherseits beschlagnahmt. Die Mehrzahl dieser Nichtregierungsorganisationen waren in der Stadt, in der ich lebe, in Diyarbakır, aktiv oder haben von dort aus ihre Dienste in anderen kurdischen Provinzen angeboten. Darunter waren Vereine, die sich für die Armutsbekämpfung einsetzten, wie Sarmaşık oder der Rojava-Verein, Frauenvereine wie VAKAD oder der Muş, Vereine, die sich der Entwicklung der kurdischen Sprache und Kultur widmen wie KürdiDer, Kulturzentren wie Tigris-Euphrat, Vereine, die sich den Knochen der »Verschwundenen« und deren Massengräbern aus den 1990er Jahren widmen wie MEYADER, der kurdische PEN, Kinder- und Menschenrechtsvereine. Vereine wie Migrationsverein GÖCDER, die nicht einmal in den 1990er Jahren geschlossen wurden, hat es jetzt getroffen. Im Januar 2017 wurden mit einem weiteren Dekret sogar der Verein der Fans von Dersimspor und andere Sportvereine geschlossen.

2014, als der Friedensprozess noch andauerte, habe ich eine detaillierte Arbeit über die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Kurdistan unter dem Titel »Kürdistan'da Sivil Toplum« verfasst. Während dieser Forschung habe ich gesehen, wie lebendig, vielfältig, widerstandsfähig und stark entwickelt die Zivilgesellschaft in Kurdistan ist. Einer der wichtigsten Gründe dafür ist, dass Kurden über einen langen Zeitraum unterdrückt waren und dagegen verschiedene Organisationsformen entwickelt haben. Da es kaum eine kurdische Familie gibt, die diesen Druck nicht spürt und beginnend im Mutterleib die Menschen Zeugen dieser Unterdrückung sind, ist es Teil des täglichen Lebens, sich gegenseitig zu helfen und zu versuchen, die Schmerzen der anderen zu lindern.

Sich in den 1990er Jahren in Kurdistan zu entscheiden, in der Zivilgesellschaft aktiv zu werden, bedeutete auch mutig zu sein. Allen Widerständen zum Trotz hat sich in der Region in den 2010er Jahren eine unglaublich lebendige Zivilgesellschaft etabliert. Frauen-, Umwelt-, LGBT-Vereine oder Nichtregierungsorganisationen ethnischer und religiöser Minderheiten haben sich schnell vermehrt. Was diese Vereine verbindet, ist ihr Bezug zu Kurdistan und dass sie für den Kampf der Kurdenrechte stehen. Daraus ist eine Zivilgesellschaft entstanden, die den Status quo herausfordert, auf Freiwilligkeit basiert und nicht von ausländischen Geldgebern abhängig ist. Es ist eindeutig, dass der Staat mit der Schließung der Vereine das Ziel verfolgt, die Solidarität innerhalb der kurdischen Gesellschaft zu brechen.

FOTO: HANNA NOORI

Tarlabaşı ist Istanbuls Zuhause der Kurden, Aleviten, Roma, Armenier und vieler anderer ethnischer Minderheiten

Endet die Solidarität, der Kampf?

Aber kann man einen jahrelangen Kampf mit einem Dekret stoppen? Kann der Staat in Kurdistan mit der Schließung von Vereinen und Kulturzentren, mit der Androhung von Gefängnis und Arbeitslosigkeit diese Solidarität zerstören?

Um dies zu beantworten, muss man sich die Entwicklungen nach der Schließung dieser Vereine und Kulturzentren ansehen.

Das Großstadttheater, das durch den Treuhänder geschlossen wurde, wurde als privates Theater unter dem Namen Amed Stadttheater wiedereröffnet. Das im Februar eröffnete Theater ist fast immer voll, auch wenn es nur über einen sehr bescheidenen Saal verfügt.

Der Kindergarten Zarokistan, der durch den Treuhänder in eine türkischsprachige Einrichtung umgewandelt wurde, wurde im April unter großer Anteilnahme der Bevölkerung als privater Kindergarten wiedereröffnet. Das geschlossene Aram Tigran Konservatorium führt in einem anderen Zentrum seinen Kunstunterricht weiter.

Bei der Zivilgesellschaft sieht man denselben Mut und Widerstand. Die Aktivisten von geschlossenen Nichtregierungsorganisationen versuchen ohne institutionellen Rahmen ihre Arbeiten fortzuführen. Plattformen gründen sich, einige machen unter anderen Namen weiter, die Arbeiten gehen in anderen Lokalitäten weiter, manchmal auch einfach in Cafés. In diesem Prozess steigt die Solidarität in der Stadt und sie wird weiterwachsen.

Ein Freund von mir, der im städtischen Kulturzentrum gearbeitet hat und durch den Treuhänder entlassen wurde, versucht eine Kunstinitiative zu gründen. Ich habe ihn Mitte Mai auf der Straße getroffen. Noch bevor ich ihn bemitleiden konnte, hat er sich an mich gewendet und gesagt, »der Treuhänder hat uns mit unserer Entlassung einen Gefallen getan. Schau doch, wir sind alle aktiv geworden, wir gründen alles wieder, nur noch stärker«.

Diese Beispiele zeigen, dass der Staat unsere Vereine schließen und uns unter Druck setzen kann, die Solidarität und den Kampf der Menschen in Kurdistan kann er aber nicht auslöschen! Der Grund dafür ist, dass wir uns diesen Kampf und diese Solidarität schwer erkämpft haben. Mit einem Stück Papier kann man das nicht unterbinden!

Nurcan Baysal ist Journalistin und Publizistin, sie lebt mehrheitlich im kurdischen Diyarbakır

THEMA

Kriminalisierung der Intellektuellen

Die Situation der akademischen Freiheit

ESRA ARSAN

FOTO: HANNA NOORI

Ein Paar, das gemeinsam Shisha raucht

In der Türkei hat die Armee, die am 12. September 1980 geputscht hatte, ein Jahr später ein Hochschulgesetz verabschiedet, mit dem die institutionelle und wissenschaftliche Autonomie aller Universitäten des Landes abgeschafft wurde. Der mit diesem Gesetz gegründete Hohe Hochschulrat (YÖK) wurde zur einzigen Institution, die alle Universitäten danach untersuchte, ob sie gemäß den Grundsätzen des türkischen Nationalismus und der nationalen, religiösen und kulturellen Sensibilitäten arbeiteten. Fragen Sie nicht, was es bedeutet, nach diesen Sensibilitäten Wissenschaft zu betreiben. In den 1980er Jahren nahmen die putschenden Soldaten die Universitäten in Verantwortung für die Terrorwelle, die dem Putsch das Fundament bereitet hatte. Diesem Verständnis lag der Gedanke zugrunde, dass sich an den Universitäten linke Professoren eingenistet und ihre Studierenden mit kommunistischen Gedanken vergiftet hatten. Mit der Wirklichkeit hatte das nichts zu tun. Linke und demokratische Professoren versuchten ihren Studierenden lediglich das Prinzip des kritischen Denkens zu erklären. Aber das ist nicht nur in der Türkei, sondern in allen autoritären Regimen eine unbeliebte Praxis.

Dieser Putsch hatte auch die Freigeister an den Institutionen entfernt. Mit der Begründung, sie wären gegen das YÖK-Gesetz, wurden in einem ersten Schritt 148 Professoren auf Lebenszeit von ihrer Arbeit entfernt. Ende 1983 wurden über 5.000 Beamte aus öffentlichen Institutionen entlassen. Die entlassenen Akademiker gehörten zu den erfolgreichsten des Landes, international bekannt, mit den meisten wissenschaftlichen Publikationen. Sie können sich denken, wie dadurch die akademische Qualität gesunken ist. Diese hatte für die Putschisten aber sowieso keinen Wert.

In den Anfangsjahren von YÖK war ich Studentin und hatte die Zeitschrift Nokta abonniert. 1986 hatte Nokta ein Interview über dieses YÖK-Gesetz auf dem Titel. Auf dem Umschlag war in einer Kollage der YÖK-Gründer und erste Präsident, İhsan Doğramacı, abgebildet, der über dem historischen Campus der Universität Istanbul seine Hosen runterließ und in die Universität machte. Besser konnte man den Schaden, den die faschistischen Generäle den Universitäten angetan hatten, nicht darstellen. Es ist interessant, dass es nach dem 1980er Putsch noch eine so kritische Publikation gab, die die Armee in harscher Form angriff.

Wer hätte gedacht, dass heute, fast 40 Jahre später, nicht durch einen Militärputsch, sondern durch eine demokratisch gewählte Regierung, den Universitäten noch schwererer Schaden zugefügt wird. Die seit 2002 allein regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) hat die größte Entlassungswelle in der Geschichte des Landes zu verantworten. Begründet durch eine Politik der Angst, wurden seit dem 15. Juli 2016 über 50.000 im Bildungssektor Tätige aus ihren Berufen entfernt. Davon waren 9.000 an verschiedenen Universitäten Lehrende und Forschende. All dieses Übel wurde nicht durch einen faschistischen Putsch angerichtet, sondern geschah in der Zeit einer zivilen, legitimierten Regierung. Wie ist es dazu gekommen?

Am 15. Juli 2016 gab es einen erfolglosen Militär-Putschversuch. Eine Gruppe innerhalb der Armee wollte die Macht an sich reißen. Zivile Kräfte haben diesen Putschversuch vereitelt. Auf den Straßen standen Soldaten und Polizisten Zivilisten gegenüber. In bewaffneten Auseinandersetzungen gab es Tote und Verletzte. Die AKP-Regierung hat, sofort nachdem der Putsch vereitelt war und die Straßen beruhigt waren, den Ausnahmezustand verhängt, das Parlament außer Kraft gesetzt und begonnen, das Land durch »Dekrete mit Gesetzeskraft« zu regieren. Diese Dekrete geben der Regierung die Handlungsvollmacht mit der Begründung, illegale Taten und Putschisten zu bestrafen. Der Putschversuch ermöglichte der Regierung unkontrollierte Freiheiten. Die AKP nimmt diesen zum Vorwand für eine große Hexenjagd. Die dabei ihre Arbeit und Lohn verloren haben, sollen zu einem großen Teil hinter dem Putschversuch stehen und Mitglieder einer religiösen Gemeinschaft der Gülenisten sein.

Die AKP Regierung behauptet, mit den Dekreten öffentliche Institutionen von den »putschenden« Gülenisten zu säubern. Tatsächlich werden durch den Entlassungskorb linke, oppositionelle, gewerkschaftlich aktive Professoren und »Friedensakademiker«, die gegen die Besatzungspolitik der Regierung im Südosten Unterschriften sammelten, hinausgeworfen. Laut dem im Mai 2017 veröffentlichten Amnesty International-Bericht zu den Entlassungen, wurden nach dem Putschversuch über 100.000 Beamte, davon 5.000 Akademiker und Angestellte an Hochschulen, entlassen. Darüber hinaus muss hinzugefügt werden, dass Universitäten und zahlreiche weitere Institutionen, die Arbeitsplätze bereitstellten, durch Dekrete geschlossen wurden und deshalb noch deutlich mehr Menschen ihre Arbeit verloren haben.

Die Regierung nennt die entlassenen Akademiker, die nie wieder in einer Bildungseinrichtung arbeiten können, Vaterlandsverräter. Wenn man fragt, welche Art von Verrat sie begangen hätten, wird gesagt, sie hätten nicht die Sicht des Staates in der Kurdenfrage geteilt oder die neoliberale Regierungspolitik kritisiert. In einem normalen Land sind das Dinge, die ein normaler Akademiker macht. Aber Universitätsvorstände, die sich nicht gegen diese Angstpolitik des AKP-Vorsitzenden Erdoğans stellen, beugen sich diesem Unsinn. Nach dem Putschversuch hat YÖK, auf unrechtmäßige Weise, den Rücktritt aller Universitätsdekane gefordert. Insgesamt sind 1.577 Dekane, davon 1.176 an staatlichen Universitäten und 401 an Privatuniversitäten, ohne sich zu beschweren, zurückgetreten.

Die gewählten oder ernannten Rektoren wurden über Nacht freigestellt. Die Universitätsleitungen wurden unter Druck gesetzt, linke und oppositionelle Professoren oder Unterzeichner der Friedenspetition zu entlassen. Ein Teil der Universitäten hat die »Friedensakademiker« sofort entlassen, andere weigern sich halbherzig. Aber das Ende des Tunnels ist dunkel. Universitätsleitungen werden direkt oder indirekt bedroht. Universitäten, deren Rektoren sich widersetzen, werden mit Beschränkungen für neue Studierende und dem Einfrieren von Magister- und Doktorandenprogrammen unter Druck gesetzt. Als ob das nicht schon genug wäre, kommt auch noch die Polizei auf den Campus. Akademiker dürfen nicht ins Ausland reisen. Pässe werden konfisziert. Wissenschaftler, die versuchen, an Konferenzen im Ausland teilzunehmen, werden bei der Grenzkontrolle in Gewahrsam genommen oder verhaftet, im besten Fall müssen sie nur umkehren. Einige Wohnungen von Professoren wurden von der Anti-Terror-Polizei gestürmt, ihre Computer konfisziert und sie wegen Terrorismusverdacht verhört. Vier Petitionsunterzeichner waren über einen Monat in Gewahrsam. Andere Akademiker wurden verhaftet und über Tage verhört. Gegen mehr als 1.000 Akademiker, die unterschrieben haben, dass der Staat im Südosten keine Zivilisten töten soll und es Frieden geben sollte, wurde ein Gerichtsverfahren wegen terroristischem Vergehen eingeleitet. Die große Mehrheit der Unterzeichner wurde durch Dekrete entlassen. Das bedeutet, arbeitslos zu sein, ohne Einkommen, ohne Rentenansprüche, ohne Reisepass und ohne die Möglichkeit entweder bei einem staatlichen oder privaten Arbeitgeber angestellt zu werden. Darüber hinaus wurden auch Eheleute und Kinder mit entlassen. Dieser katastrophale Zustand straft tausende Familien mit dem zivilen Tod.

Während all dies geschah, setzte ich meine akademische Arbeit im Fachbereich Journalismus an der Universität fort, an der ich 18 Jahre arbeitete. Im Januar 2017 habe ich gekündigt, da ich es nicht mehr ausgehalten habe. Mein Glaube daran, unter diesen Ausnahmebedingungen freie Wissenschaft zu betreiben, wurde erschüttert. Ich habe mich geschämt, dass Akademiker, die aufgrund der Inkompetenz der Universitätsleitung noch nicht ihre Stelle verloren hatten, so tun, als sei nichts geschehen. Ich habe das Schweigen derer, die noch arbeiteten, nachdem jeden Tag Kollegen ungerechterweise entlassen wurden, nicht mehr ausgehalten. Außerdem sind die Universitäten zu Orten geworden, an denen studierende AKP'ler oppositionelle Professoren ausspionieren und sie bei der Polizei oder islamo-faschistischen Zeitungen denunzieren. Wir konnten nicht mehr kritisch sein, sondern hatten Angst. Es gab weitere Kollegen, die, wie ich, es nicht mehr ausgehalten und gekündigt haben.

Totalitarismus zum Schutz der Demokratie?

Die Professoren, die aus den Hochschulen entfernt wurden, kommen mehrheitlich aus der linken, oppositionellen und kritischen Tradition. Unter ihnen sind auch junge Akademiker und Assistenten, die ihre Doktorarbeit noch nicht beendet haben. Alle gehören zu den intellektuellen und gebildeten Menschen dieses Landes. Aber in der AKP-Türkei ist der Anti-Intellektualismus und die Feindschaft gegen Gebildete auf so erschreckendem Niveau, dass herbeigesehnt wird, die denkenden, kritischen Hirne auszuschalten. Die entlassenen Akademiker aber setzen ihren Widerstand fort. Sie haben sogar eine Straßen-Akademie gegründet und begonnen, für alle zugängliche Seminare zu geben. Unter dem Slogan »Die Akademie fügt sich nicht« opponieren sie überall im Land und kämpfen gegen die Ungerechtigkeiten der Regierung. Die Akademiker, die sich nicht gegen die Gängelung auflehnen, schweigen gegenüber den Ungerechtigkeiten, streichen ihr Gehalt ein und geben weiterhin ihre Klassen. Das schmerzt am meisten. Über 100 Journalisten sind in Haft. Die Fakultäten der Kommunikationswissenschaften schweigen. Tausende Richter und Staatsanwälte sind im Gefängnis, das Rechtssystem ist auf den Kopf gestellt, aber die Jura-Fakultäten schweigen. Mit den Politikwissenschaften befasse ich mich gar nicht. Die wertvollsten Philosophen werden über Nacht aus ihren Instituten geworfen, die Hochschule schweigt weiter. Kurz gesagt dominiert in der Wissenschaft der Gedanke, dass die Schlange, die mich nicht beißt, leben soll. Müssten aber die gebildetsten, intellektuellsten Menschen des Landes nicht etwas mutiger sein, mehr Reaktion zeigen? In diesem Sinne haben die in der Universität Verbliebenen das Leistungsziel verpasst. Es gibt einen Teil, der nur darauf wartet, die leer gewordenen Stellen der entlassenen, geschätzten Professoren zu übernehmen. Oder Rektoren, die sich hinter die Ansicht der AKP »für das Land zu sterben« stellen und einen »Campus der 15. Juli Märtyrer« eröffnen, einen »15. Juli Vorlesungssaal« bauen oder die Straße zur Universität in »15. Juli Demokratie-Boulevard« umbenennen …

Das Regime des Ausnahmezustands, mit dem wir nach dem Putschversuch vom 15. Juli konfrontiert sind, kann man als »Totalitarismus zum Schutz der Demokratie« beschreiben. Das ist ein echtes Oxymoron. Fast jede Woche werden Menschen durch neue Dekrete arbeitslos, mittellos und verlieren ihren Pass. Die akademische Freiheit nahm bereits mit dem YÖK-Gesetz nach 1980 einen schweren Schaden. Die Arbeit, die faschistische Soldaten in den 1980er Jahren an den Universitäten halbfertig hinterließen, wird heute von einer zivilen Regierung zu Ende gebracht. Was die Putschisten nicht machen konnten, machen 2017 Zivilisten, die behaupten, Opfer eines Putsches zu sein. Mit dem Vorwand des Ausnahmezustands wurde richtig in die Universitäten der Türkei geschissen. Genauso wie es das Titelbild von Nokta vor 31 Jahren beschrieben hatte.

Esra Arsan ist Journalistin und Kolumnistin unter anderem für Evrensel. Bis Anfang 2017 war sie Professorin an der Istanbul Bilgi Universität im Fachbereich Journalismus

Straßenfeger made in Turkey

Türkische TV-Serien erobern die Wohnzimmer weltweit

Mehmet Uksul: Herr Savcı, stimmt es, dass die türkischen TV-Serien weltweit nach den US-Serien am erfolgreichsten sind?
Timur Savcı: Ja, das ist statistisch erfasst worden. Früher lagen lateinamerikanische TV-Serien auf Platz 2. Jetzt sind es die türkischen. Diese Rangliste bezieht sich nicht auf das finanzielle Volumen, sondern auf die weltweit ausgestrahlten Stunden.

Was zeichnet türkische TV-Serien aus?
Türkische Serien können auf eine sehr reiche Kultur zurückgreifen. Die Themen sind so vielfältig, dass dieses Land für Produzenten und Drehbuchautoren eine unerschöpfliche Quelle ist. Unsere Kultur ist weder komplett nahöstlich, noch komplett europäisch. Es ist eine Verschmelzung aus beidem. Türkische TV-Serien verlieren sich nicht in der Oberflächlichkeit schnöder Dreierbeziehungen. Unsere Szenarien sind flott, dynamisch und mit viel Action besetzt. In den ersten Jahren konnte man die hiesigen Serien durchaus als Seifenopern bezeichnen. Heute sind sie vielfältiger und reicher.

Vor allem im Nahen Osten sind türkische TV-Serien sehr beliebt und in vielen Ländern zu sehen. Wie sieht es in Europa aus?
Europa ist durchaus auch ein Absatzmarkt. Unterm Strich werden türkische Serien aber in westeuropäische Länder weniger verkauft. Wenn wir jedoch die Serie Muhteşem Yüzyıl (über Süleyman den Prächtigen, Anm. d. Red.) als Beispiel nehmen: Diese Serie wurde nach Italien und Spanien verkauft. In Deutschland hat man sich auch dafür interessiert, aber wir wurden uns nicht über den Preis einig. Muhteşem Yüzyıl wurde und wird in 86 Ländern ausgestrahlt, von Japan und China bis Nord- und Südamerika sowie auf dem Balkan und in Russland. Ein paar andere Serien haben es ähnlich weit gebracht.

Manche Serien sind regelrechte Straßenfeger. Warum schauen die Menschen hier eigentlich so viel Fernsehen?
In Gesellschaften, die etwas verschlossener sind oder in denen das öffentliche soziale Leben schwächer ausgeprägt ist, ist das Fernsehen ein sehr wichtiges Instrument der Sozialisierung oder des Entertainments. Im Nahen Osten sehen die Menschen viel länger fern als anderswo. Auch in wirtschaftlich schwächeren Ländern ist die Abhängigkeit vom Fernsehen viel größer. Denn es ist fast die einzige soziale Beschäftigung, der sie so gut wie kostenlos nachgehen können.

Was unterscheidet US-Serien von türkischen Serien?
Für amerikanische TV-Serien muss man sich wirklich Zeit nehmen. Die sind wie kleine Brötchen, 30 bis 35 Minuten pro Folge oder maximal 45 Minuten. Man muss ihnen genau folgen, denn wenn man zwei oder drei aufeinanderfolgende Akte versäumt, dann findet man den Faden nicht mehr so leicht wieder. Die Drehbücher richten sich nach der westlichen Mentalität. Anders bei den türkischen TV-Serien: Schaut man sich das Profil der Zuschauer hier an, ist es so, dass oft die ganze Familie zusammenhockt und zuschaut. Dann kommen die Nachbarn noch dazu oder Besuch und man guckt gemeinsam. Man setzt sich zu Tisch und während des Essens wird weiter geschaut. Und wenn man mal ein paar Minuten verpasst, hat man den Faden sehr leicht wieder. Wir erzählen in den türkischen TV-Serien Geschichten von Personen, von Charakteren. Nachdem der Zuschauer ein persönliches Verhältnis oder eine gewisse Empathie für eine Person entwickelt hat, geht er mit ihr auf eine gemeinsame Reise. Da wir pro Folge 120 Minuten produzieren und das Tempo der Entwicklungen dementsprechend entschleunigt ist, verliert man nicht so schnell den Faden, wie es beispielsweise bei US-amerikanischen Serien wäre.

Sind türkische TV-Serien tatsächlich Exportschlager, was bringen sie der Wirtschaft?
Die TV-Serien sind finanziell gesehen kein großer Exportschlager der Türkei – momentan sprechen wir von einem Geschäftsvolumen von rund 350 Millionen US-Dollar. In sechs bis sieben Jahren sollen es eine Milliarde US-Dollar werden. Das jedenfalls streben wir an. Die Kosten für eine Folge von Muhteşem Yüzyıl beliefen sich anfangs auf umgerechnet 600.000 bis 650.000 US-Dollar. Je nach Land, dessen Einwohnerzahl und der Zuschauerquote bekommen wir für die Ausstrahlung pro Folge zwischen 5.000 und 200.000 US-Dollar.

Seitdem türkische TV-Serien global erfolgreich sind, ist das Interesse an Istanbul und der Türkei enorm gestiegen. Haben die türkischen Serien eine positive Wirkung auf den Fremdenverkehr?
Es gibt Erhebungen über den Einfluss einiger Serien auf das Interesse an einer bestimmten Stadt oder auf die Kultur und Geschichte des Landes. Als die türkischen Serien groß herauskamen – vor sechs oder sieben Jahren – stieg das Interesse an Istanbul. Das lässt sich an den Besuchszahlen des Topkapı Palastes ablesen, die um 1.200 Prozent gestiegen sind. Das ist enorm. Allein Muhteşem Yüzyıl hat das Interesse am Topkapı-Palast verfünfzigfacht. Das Interesse an Büchern über das Osmanische Reich wuchs ebenfalls. Lustig ist, dass in Russland vermehrt Kinder türkische Namen bekommen haben, weil ihre Eltern Fans der Serie Muhteşem Yüzyıl sind. Das gibt es auch in Südamerika. Wenn eine Folge unserer Serie ausgestrahlt wird, ist sie in Südamerika schnell trendy.

Es heißt, die Arbeitsbedingungen seien auch durch die extreme Länge jeder Folge für die Menschen am Set und auch für die Schauspieler schwierig. Da fallen Begriffe wie »Sklavenarbeit« …
Als ich in dieses Gewerbe eingestiegen bin, waren die Serien noch nicht so kommerziell wie heute. Eine Folge hatte eine durchschnittliche Länge von 40 bis 45 Minuten. Es wurde pro Woche eine Folge gedreht. Später wurden aus jeder Folge 90 Minuten, doch der Arbeitsaufwand ist dadurch nicht unbedingt gestiegen. Wir haben nicht mehr Tage oder Arbeitsstunden aufwenden müssen als bei 45 Minuten. Das ist auch bei 120 Minuten nicht anders. Der Arbeitsaufwand bzw. die Arbeitsbedingungen sind nicht an der Länge einer Folge zu messen. In der Türkei gibt es vielleicht fünf, sechs Produktionsfirmen, die ca. 60 Prozent des Marktes beherrschen. Das sind etablierte Unternehmen, bei denen alles zu 100 Prozent legal abläuft – Steuern, Löhne, Abfindungen etc. Sicherlich gibt es auch einige »Kellerunternehmen«, über die kann ich nichts sagen. Aber bei Unternehmen wie dem unseren stimmen die Arbeitsbedingungen.

Türkische Serien kommen besonders gut in arabischen Ländern an. Woran liegt das?
Vielleicht sind die türkischen Serien eine Art Rollenmodell für den Nahen Osten. Aber im Grunde sind es die Stories selber, für die sich die Menschen begeistern. Sie werden zu Fans. So, wie viele Frauen für Brad Pitt schwärmen, so schwärmen sie eben auch für so manche Darstellerinnen und Darsteller der türkischen TV-Serien, oder für türkische Städte. Weil wir ein muslimisches Land sind, finden die Zuschauer in nahöstlichen Ländern die türkischen Serien kulturell vertrauter. Mit der Religion an sich hat das aber nichts zu tun. Die Zuschauer sagen nicht, »diese und jene Serie muss ich mir anschauen, weil die Schauspieler Muslime sind« oder »die Türkei ist schließlich auch muslimisch«. Es gibt viele muslimische Länder, die TV-Serien produzieren, die nirgendwo geschaut werden. Es geht vielmehr um die Frage: Was wird erzählt? Unsere Stories sind bunt, packend und sie wecken Neugier. Jede Folge von Muhteşem Yüzyıl zieht weltweit ca. 450 Millionen Zuschauer an. Muhteşem Yüzyıl ist ein extrem gutes Beispiel. Aber auch die anderen türkischen TV-Serien werden auf einer Bandbreite von 150 bis 450 Millionen Zuschauern pro Folge angeschaut.

FOTO: HANNA NOORI

Ein Markt, auf dem Früchte, Gemüse, Käse, Brot, Eier u.v.m. verkauft werden

Bleiben wir bei der der Serie Muhteşem Yüzyıl. Worin genau liegt das Geheimnis ihres Erfolges?
Diese Serie erzählt eine universale Geschichte, eine Geschichte, mit der sich viele identifizieren können. Der Serie liegt mehr oder weniger der Spruch von Süleyman dem Prächtigen zugrunde: »Ich habe über die Welt geherrscht, aber es ist mir nicht gelungen, über eine Frau zu herrschen.« So einfach ist das. Ein Imperator, der sein Reich erweitert, über drei Kontinente herrscht, bekommt seine Frau nicht in den Griff. Außerdem haben wir eine authentische Grundlage gehabt – die Geschichte der Osmanen. Wir haben das alles ein bisschen modernisiert, haben ein bisschen mit der Dekoration und den Kostümen gespielt, haben einen Stil entworfen, der in der Geschichte fußt, aber auch den Geschmack von heute trifft. Wir haben damit einen neuen Stil geschaffen. Hinzu kommt: Das Osmanische Reich war eine Supermacht zur Zeit Süleymans. Diese Supermacht hatte weltweit zu allen Reichen und Fürstentümern Kontakte, ob in Krieg oder Frieden. Unsere Geschichte berührt also sehr viele Länder. Auch das war ein Vorteil.
Wir haben die Sultane auch von ihren schwachen Seiten gezeigt und ich denke, wir haben etwas Gutes damit getan. Der ein oder andere Zuschauer hat sich vielleicht aufgeregt, aber viele haben recherchiert, Bücher gelesen, sich informiert. Und wenn wir mal einen Fehler gemacht haben, dann haben wir ihn korrigiert. Wir haben ja keinen Dokumentarfilm gedreht, sondern eine emotionale Geschichte erzählt. Andererseit hätte eine Doku mit Sicherheit nicht so viele Zuschauer angelockt. Immerhin wurden von Muhteşem Yüzyıl 139 Folgen gedreht über die Periode von Süleyman dem Prächtigen. Und anschließend wurden noch 60 Folgen »Köçem Sultan« gedreht, die die Epoche von Sultan Murat IV beleuchtet.

Woher kommen ihre Schauspieler? Der Bedarf bei solch großem Erfolg muss doch groß sein?
Wir haben z. B. viele Schauspieler aus Deutschland engagiert – natürlich fast alles Deutsche türkischer Abstammung. Es gibt in Deutschland viele solcher Schauspieler, sehr begabt. Ich mag das. Es hat eine Phase gegeben, da habe ich alle meine Cast-Direktoren zur Talentsuche nach Deutschland geschickt. Und noch immer greifen wir darauf zurück.

Timur Savcı ist TV-Produzent. Das Interview führte Mehmet Uksul

GELEBTE KULTUR IN DER TÜRKEI

Eine Studie der Istanbul Stiftung für Kunst und Kultur im Frühjahr 2017 hat folgende Ergebnisse erbracht: Sieben von zehn türkischen Bürgern sind noch nie zu einer kulturellen oder künstlerischen Veranstaltung gegangen. 85 Prozent der Befragten geben an, ihre favorisierte »kulturelle oder künstlerische Aktivität« bestehe darin, Fernsehen zu schauen. 47 Prozent geben an, keine Magazine zu lesen, 49 Prozent waren noch nie im Kino, 66 Prozent noch nie in einem Konzert, in der Oper oder im Theater, 39 Prozent haben noch nie außerhalb von Schule, Beruf und Universität ein Buch gelesen und 82 Prozent erklären, weder an Kunst noch Kultur interessiert zu sein. Die Studie basiert auf Umfragen der internationalen Marktforschungsinstitute Ipsos und GfK.

THEMA

»Kein Ort, dem die Mächtigen ihren Stempel aufdrücken können«

Gentrifizierung, Umbruch und Proteste im Istanbuler Stadtteil Beyoğlu

CONSTANZE LETSCH

Am 16. April, kurz vor Mitternacht, sitzt der linke Journalist Ümit Bektaş in der Dachkneipe der Istanbuler Bauingenieurskammer. Auf dem Bildschirm eines Fernsehers wird noch ausgezählt – doch das Ergebnis des umstrittenen Referendums ist bereits klar: Das von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan gewünschte Präsidialsystem hat einen knappen – und von vielen angezweifelten – Sieg errungen.

Bektaş Smartphone schnurrt aufgeregt über den Tisch. Nachrichten von ersten Demonstrationen treffen ein – im nahegelegenen Beşiktaş, im benachbarten Şişli und im asiatischen Stadtteil Kadıköy seien Leute bereits auf der Straße, um wegen möglichen Wahlbetrugs gegen das Ergebnis des Referendums zu protestieren. Gebannt verfolgen auch die restlichen Gäste Videos von sich regendem Widerstand auf kleinen Bildschirmen in ihren Händen. Doch auf den Straßen um die im Istanbuler Stadtbezirk Beyoğlu gelegene Ingenieurskammer bleibt es still. In Taksim und auf der für jede Art politischer Kundgebungen wichtigsten Fußgängermeile der Stadt, İstiklâl Caddesi, kommt es diesmal zu keinerlei Protest.

Noch vor nicht allzu langer Zeit war das anders. Im Sommer 2013 wurden der Taksim-Platz und der dortige Gezi-Park zum Schauplatz der wohl größten Protestbewegung der neueren Geschichte der Türkei. Hunderttausende gingen damals auf die Straße, um gegen den Bau eines Einkaufszentrums und den dafür vorgesehenen Abriss des Parks zu demonstrieren. »Taksim ist überall« wurde zum Slogan der gegen die Politik der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP aufbegehrenden Demonstranten.

»Niemand kommt mehr nach Taksim«, sagt Bektaş und nickt. »Das ist vorbei. Viele meiner Freunde kommen schon seit Monaten nicht mehr hierher. Beyoğlu war Erdoğan schon lange ein Dorn im Auge. Sie wollen uns loswerden – die Linken, die Studenten, die politisch Aktiven.«

Schon seit Jahren tobt die AKP-Stadtverwaltung, Hand in Hand mit der Regierung in Ankara und privaten Investoren, mit wütender Gier durch das Viertel. Wen die steigenden Mietpreise nicht verjagen, wird durch hastig erlassene Gesetze zum Störfaktor erklärt. Denkmalschutz wird zur Bauanleitung kitschig-historistischer Fassaden umfunktioniert. Das berühmte Emek-Kino, der älteste Kinosaal des Landes, musste schon 2013 einem Einkaufszentrum weichen. Neue Vermietergesetze trieben alteingesessene Geschäfte, darunter auch den museumsartig anmutenden Korsettladen »Kelebek«, der als letzter noch Spuren der Pogrome von 1955 trug, aus dem Viertel. Buchläden, billige Kneipen und kleine Familienrestaurants verschwanden. Markenketten übernahmen die Hauptstraßen, Investoren vertrieben ansässige Mieter mit dem Einrichten von Ferienwohnungshotels und ganzen Airbnb-Häusern aus ihren Wohnungen. Geplant hatte die Regierung ein umfassendes Tourismuspaket, von 45.000 Betten im Viertel wollte der AKP-Bürgermeister von Beyoğlu, Ahmet Misbah Demircan, auf mindestens 150.000 aufstocken.

Parallel ließ die Stadtverwaltung – zusammen mit einer Baufirma, an deren Spitze damals Erdoğans Schwiegersohn Berat Albayrak saß – einen großen Teil des überwiegend von ärmeren Kurden, Migranten und Trans-Sexarbeiterinnen bewohnten Viertels Tarlabaşı einfach abreißen. Zahlreiche Menschen verloren damit nicht nur bezahlbaren Wohnraum, sondern auch soziale Netzwerke und Rückzugsräume.

2011 trieb das aufsehenerregende Verbot für Restaurants und Bars, Freisitze zu betreiben, zahlreiche Betriebe in den Ruin. Begründet wurde die Maßnahme mit zu engen Fluchtwegen und Sicherheitsbedenken, doch das Gerücht, Erdoğan habe das Einsammeln von Tischen und Stühlen persönlich angeordnet, nachdem Kneipengänger seinem im Gewühl von Beyoğlus Straßen steckengebliebenen Autocorso zuprosteten, hält sich hartnäckig. Terroranschläge und außenpolitische Krisen ließen in den letzten zwei Jahren Tourismus und Großkapital versiegen. Investoren zogen sich zurück. Der Stadtsoziologe Yaşar Adanali warnte vor genau diesem Effekt. »Zurück bleiben wie vom Krieg versehrte Straßen, halbfertige Baustellen und leere Läden«, schreibt er. Zahlreiche Geschäftsfronten auf der noch vor Kurzem so begehrten İstiklâl Caddesi werben jetzt halbherzig um neue Mieter.

Das Tisch- und Stühleverbot nennt Adanali einen Versuch der AKP-Stadtverwaltung, Bürger vom öffentlichen Raum abzuschneiden und Beyoğlu »zu disziplinieren«. Nicht nur die schier zügellose Gier der Investoren sei schuld am raschen »Absturz« seines Viertels, sondern die Regierung habe aktiv daran gearbeitet, Beyoğlu nach ihren Vorstellungen umzuformen. So sieht das auch Incilay Erdoğan, die als Mitglied der regierungskritischen Istanbuler Ärztekammer während der Gezi-Proteste Demonstranten medizinisch versorgte und dafür, zusammen mit zahlreichen Kollegen, mit Disziplinarverfahren abgestraft wurde.

»Beyoğlu ist ein Ort, der für alle da ist. Das ist in Istanbul einzigartig«, sagt Incilay Erdoğan. »Nirgends sonst können Roma-Frauen, linke Intellektuelle, arme kurdische Kinder, Lesben und Schwule, Flüchtlinge, aber auch konservative Familien nebeneinander leben und Platz finden.«

Für die junge Ärztin ist der von der Regierung vorangetriebene sozialdemografische Wandel ein Krieg mit anderen Mitteln. »Hier haben sie keine Bomben und Geschosse benutzt wie in den kurdischen Städten Şırnak, Cizre oder Diyarbakir. Die Methode war langsamer, heimlicher. Aber das Ergebnis bleibt gleich: Wer nicht ins Bild passt, wer unerwünscht ist, wer sich nicht anpassen will, muss gehen. Die Stadt wird zu einer öden Wüste.«

Auch die Wut darüber, dass das bunte, aufsässige und vor allem auch für alle zugängliche Beyoğlu gegen ihren Willen immer eintöniger und unerschwinglicher wurde, trieb die Menschen 2013 auf die Straße. Regierungskritiker und Anti-Gentrifizierungsaktivisten unterstellen Erdoğan Revanchismus. Der Geist des Gezi-Aufstandes treibe den Präsidenten noch immer um. Wie sonst sei es zu erklären, dass der Staatschef zwei in Ankara wegen ihrer Entlassung hungerstreikende Akademiker »wegen der Gefahr eines Gezi-artigen Aufstands« einsperren und den öffentlichen Platz ihres friedlichen Protests geradezu militaristisch abriegeln ließ?

> **Die konservative Elite geht mit dem Land um, als sei es unbewohnt und beliebig formbar**

Erdoğans Rede zur Wiedereröffnung des Rathauses von Beyoğlu vor fast zwei Jahren ließ keine Zweifel an seinen Absichten. »Beyoğlu hat 1918 Besatzer erlebt. Es hat jene erlebt, die sich nach der alten Türkei sehnen«, sagte Erdoğan. Die »alte Türkei«: das ist für ihn die Zeit der Kemalisten und Aufsässigen, aber auch eine Zeitrechnung vor und nach dem Ausschalten aller politischen Gegner. »Beyoğlu hat auch die Gezi-Demonstranten erlebt. Und Beyoğlu wird hoffentlich auch der Ort sein, wo wir anfangen werden, die neue Türkei aufzubauen.« Die Bauarbeiten dafür sind – wortwörtlich – in vollem Gang. Das während der Gezi-Proteste gegebene Versprechen des Istanbuler Bürgermeisters Kadir Topbaş, man werde die Bevölkerung noch wegen jedem »Verrücken einer Bushaltestelle« um ihre Meinung fragen, ist längst vergessen. Zwar steht der Gezi-Park. Noch. Denn im Februar wurde der Grundstein für ein weiteres Drohprojekt Erdoğans gelegt: eine große Moschee auf dem Taksim-Platz und damit ein Bauvorhaben, das jahrzehntelang wegen zu großem Widerstand vonseiten der Opposition und der Bauämter wiederholt auf die lange Bank geschoben worden war. Architekt ist Şefik Birkiye, der sich bereits mit dem Entwurf von Erdoğans überdimensionalen – und von einem Verwaltungsgericht als illegal erklärten – Präsidentenpalast einen Namen gemacht hat.

Die Anthropologin Ayşe Çavdar, die seit Jahren über die Stadtpolitik der islamisch-konservativen AKP forscht, hält die Diskussion um die »Rachelust« Erdoğans für überholt. »Die Zeit für Rache ist vorbei«, sagt sie. »Was bleibt ist der Neid auf das, was die anderen darstellen. Erdoğan fragt sich, warum seine Partei es nicht schafft, die Bewunderung der Kurden oder der Säkularen zu erringen. Deswegen zerstören sie jetzt alles, was ihren Gegnern etwas bedeutet.« Die konservative Elite, die jetzt an der Macht sei, gehe nicht nur mit Beyoğlu und Istanbul, sondern mit dem gesamten Land um, als sei es unbewohnt und beliebig formbar. Pessimistisch ist sie deswegen nicht. »Beyoğlu ist kein Ort, dem die Mächtigen einfach ihren Stempel aufdrücken können.«

FOTOS: HANNA NOORI

Demonstrationen: kurdische Pro-HDP-Proteste (links), Erdoğan-Anhänger (rechts)

Constanze Letsch war Auslandskorrespondentin von »The Guardian« in der Türkei und promoviert nun zur Gentrifizierung des Istanbuler Stadtbezirks Beyoğlu an der Europa-Universität Viadrina

Von besonderer Natur

Die türkisch-deutschen Kulturbeziehungen

JOHANNES EBERT

Wir erleben die Türkei derzeit als ein Land im rapiden Wandel. Damit geht in großer Geschwindigkeit eine Verschlechterung des deutsch-türkischen Verhältnisses einher. Die Stimmen, die jetzt nach roten Linien und klaren Zeichen in Richtung Bosporus rufen, werden lauter. Der einst hofierte Partner auf dem Weg in die Strukturen der Europäischen Union scheint sich auf dem Weg in ein unberechenbares, autokratisch regiertes System zu befinden. Gleichzeitig erlebt die Türkei seit Jahren eine Spirale terroristischer Gewalt, die die Gesellschaft traumatisiert. In dieser schwierigen politischen Gemengelage ist es wichtig, den Kultur- und Bildungsdialog aufrechtzuerhalten, über viele Jahre gewachsene Verbindungen zu Künstlern und Kulturinstitutionen zu pflegen und die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aktiv zu gestalten.

2017 ist es 60 Jahre her, dass das Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland in Ankara offiziell gegründet wurde. Schon einige Jahre zuvor war die deutsche Bibliothek als Keimzelle des künftigen Goethe-Instituts in der türkischen Hauptstadt eingerichtet worden. In 60 Jahren sind an den Standorten der Goethe-Institute in Ankara, Istanbul und Izmir belastbare und vertrauensvolle Beziehungen entstanden, die weit ins Land hineinreichen und stark genug sein sollen, die aktuellen Beeinträchtigungen unbeschadet zu überstehen.

Mit den Instituten in der Türkei verfügt das Goethe-Institut über ein Netzwerk, das es uns erlaubt, ein aktuelles Stimmungsbild aus der Türkei, aber auch aus Deutschland in den Diskurs einzubringen: In der Rückschau bilden die Proteste gegen die Überbauung des Gezi-Parks 2013 einen wichtigen Einschnitt in den Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und der Türkei. Als Reaktion auf zunehmende Restriktionen gegen Autoren, Künstler und Kulturakteure reagieren seitdem in Deutschland viele zurückhaltender auf Einladungen aus der Türkei. Nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 verstärkte sich diese Tendenz nochmals. Dass noch im Juli 2016 die Sinopale, ein bedeutendes Kunstfestival am Schwarzen Meer, bis auf Weiteres verschoben wurde, werteten viele als Vorzeichen für Schlimmeres. Weitere Absagen sind – bislang – zum Glück ausgeblieben.

Wie sich die Situation politisch immer weiter auflädt, lässt sich gut an den ambivalenten Reaktionen auf die Istanbuler Buchmesse im November 2016 ablesen: Unter dem Motto »Worte bewegen« präsentierten sich namhafte Verlage mit ihren Autoren. Gemeinsam mit der Frankfurter Buchmesse und dem Auswärtigen Amt gestaltete das Goethe-Institut diesen Auftritt. Dabei wurden Publikumsgespräche und Podiumsdiskussionen zur Meinungsfreiheit in der Türkei auch als Zeichen der Solidarität zu den inhaftierten Journalisten und Autoren initiiert. Gerade jetzt sind Diskussionen und Austausch, wie sie auf der Buchmesse passieren, dringend notwendig, unterstrich auch der Vizepräsident des türkischen Verlegerverbands Fahrid Aral.

Das Beispiel der Buchmesse zeigt, wie sich im aktuellen politischen Klima in der Türkei der Anspruch deutscher Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik bewähren kann und dadurch Kommunikationswege offen bleiben, die in anderen Bereichen bereits verschlossen sind. Gerade für diesen Ansatz steht das Goethe-Institut, es setzt sich weltweit für freiheitliche Werte, freie Meinungsäußerung und zivilgesellschaftlichen Dialog ein. Die Bedeutung von offenem und gelebtem Kulturaustausch zeigt sich an kaum einem anderen Projekt so deutlich wie am Beispiel der Kulturakademie Tarabya, die auf Beschluss des Deutschen Bundestages bereits 2011 in Istanbul eröffnet wurde.

In der schwierigen derzeitigen Lage ist es wichtig, den Kultur- und Bildungsdialog aufrechtzuerhalten

Die Akademie bietet zahlreichen Künstlern aller Sparten Gelegenheit zu einem längeren Aufenthalt auf dem Gelände der historischen Sommerresidenz des deutschen Botschafters. Das Goethe-Institut übernahm die kuratorische Verantwortung und stellte dadurch sicher, dass sich durch Vernetzung mit der türkischen Zivilgesellschaft der deutsch-türkische Kulturaustausch konstruktiv entwickelt. Über 50 Stipendiaten haben seit der Gründung in der Kulturakademie gewohnt und gewirkt, darunter z. B. die Autoren Katja Lange-Müller und Moritz Rinke, der Lyriker Gerhard Falkner, die Theaterregisseure Hans-Werner Krösinger und Nurkan Erpulat, die Musiker und Komponisten Marc Sinan und Christian Thomé, die Filmemacherin Ayşe Polat sowie die Bildenden Künstlerinnen Nevin Aladağ und Funda Özgünaydin. Die Besonderheit der Kulturakademie Tarabya besteht darin, dass über einen längeren Zeitraum Koproduktionen entstehen können und sich ein enger Austausch mit lokalen Kreativen entwickeln kann.

Gerade jetzt ist dieser Dialog besonders wertvoll – und trifft auf eine sehr hohe Wertschätzung seitens der türkischen Partner.

Zum besseren Verständnis der deutsch-türkischen Beziehungen lohnt auch der Blick in die Geschichte: Die Türkei zeigte in der Vergangenheit Großmut und Solidarität, als andere Länder ihre Grenzen verschlossen hielten. Der damals noch junge Staat gewährte in den 1930er Jahren Exilsuchenden aus Deutschland Zuflucht und Schutz. Ernst Reuter, Alfred Kantorowicz oder Friedrich Dessauer hätten ohne die türkische Solidarität den Faschismus in Europa vermutlich nicht überlebt. Die Bereitschaft, Menschen in Not aufzunehmen, hat auch aktuell nicht nachgelassen. So haben mehr als drei Millionen Flüchtlinge aus dem syrisch-irakischen Konfliktgebiet Zuflucht in der Türkei gefunden.

Das Goethe-Institut engagiert sich in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft auch in der Flüchtlingsarbeit. Wir verstehen dabei unseren Beitrag stets als Angebot, das sowohl den Geflüchteten als auch den Menschen ihres Gastlandes zugutekommen soll und werten es als Erfolg, wenn in unseren Programmen beispielsweise Kinder in Workshops lernen, ihre traumatischen Erfahrungen durch vielfältige Formate der kulturellen Bildung auszudrücken und zu bewältigen. Zwei Bibliotheksbusse steuern derzeit als »fliegende Bibliotheken« die Brennpunkte in Städten an und bringen Bücher und Medien zu den Menschen, die vor Ort sonst keinen Zugang dazu hätten. Dass sich auch der Fußball dazu eignet, Menschen aus der Türkei mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen zusammenzubringen und neue Energie für ein freundschaftliches Miteinander zu finden, konnte das Goethe-Institut Istanbul mit dem Projekt »Fußball verbindet« unter Beweis stellen.

Die Exilanten der 1930er Jahre wirkten am Aufbau einer modernen Türkei mit. Das Schlüsselwort dabei war Bildung. Auf diese Karte setzten fortschrittliche türkische Regierungen daraufhin kontinuierlich. Übrigens war es Recep Tayyip Erdoğan in seiner Zeit als Premierminister, der in seinen beiden Amtszeiten die türkischen Bildungsreformen konsequent fortsetzte. Die durchgehende Förderung der zweiten Fremdsprache erfolgt in nur wenigen Ländern so konsequent wie in der Türkei. Derzeit lernen an türkischen Schulen ca. 450.000 Schüler die deutsche Sprache. Es gehört zu den vornehmlichen Aufgaben des Goethe-Instituts, die Türkei bei der Qualifikation der Deutschlehrkräfte zu unterstützen. Über 1.700 junge Germanisten sind so seit 2010 in den staatlichen Schuldienst eingestellt worden, die in Fortbildungsprogramme des Goethe-Instituts in Deutschland und in der Türkei eingebunden werden. Im Rahmen des Partnerschulprojekts »PASCH« betreut das Goethe-Institut allein 18 Schulen in der Türkei.

Initiativen, die an Gemeinsamkeiten anknüpfen und diese weiterentwickeln, sind nötiger denn je

Allerdings sehen wir aktuell in der Zusammenarbeit mit staatlichen Schulbehörden eine Einschränkung unserer Arbeit: Insbesondere Sommerkurse für Schüler in Deutschland, die für das ganze Leben verbindende Erlebnisse schaffen, stehen aus türkischer Sicht unter Generalverdacht. Außerdem erleben wir, dass Lehrern die Genehmigung zur Teilnahme an Fortbildungsseminaren in Deutschland versagt wird. Hierauf kann das Goethe-Institut gegenüber den türkischen Partnern nur mit besonnener Zurückhaltung reagieren, will es nicht die über Jahrzehnte erworbene Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen.

Dennoch fragen wir uns öfter als früher, wie wir durch unsere Arbeit die langjährigen türkischen Partner aktuell exponieren. Wir können durchaus Zurückhaltung auf Seiten der türkischen Zivilgesellschaft feststellen, hoffen aber, dass diese nicht von Dauer sein wird. Eine neue Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, gerade in der jetzigen Situation zivilgesellschaftliche Initiativen in der Türkei zu stärken. In seiner letzten Ministerrede zur Türkei vor dem Deutschen Bundestag kündigte der ehemalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier ein Projekt zur Unterstützung kulturellen Engagements in der Türkei an. Diese sogenannten »Orte der Kultur« will das Goethe-Institut mit türkischen Partnern und gemeinsam mit anderen europäischen Kulturinstituten noch in diesem Jahr einrichten. Natürlich sind diese »Kulturlounges« in der aktuellen Situation nicht leicht zu bespielen, doch sollen sie zum Ort für einen zivilgesellschaftlichen Dialog zwischen der Türkei und Europa werden, der einen unvoreingenommenen Blick aufeinander ermöglicht und weiteren Austausch zulässt.

Eines wird deutlich: Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sind von besonderer Natur. Vor dem Hintergrund der historischen Verbindungen und insbesondere auch gestützt auf die zahlreichen Menschen in Deutschland, die aus der Türkei stammen, besteht ein äußerst enges und vielfältiges Beziehungsnetz. Gerade die hohe Qualität der langjährigen Kulturkooperation zwischen unseren Ländern macht in diesen schwierigen Zeiten Initiativen, die an Gemeinsamkeiten anknüpfen und diese weiterentwickeln wollen, nötiger denn je.

Johannes Ebert ist Generalsekretär des Goethe-Instituts

FOTO: HANNA NOORI

Eminönü, der berühmte Platz am Bosporus, Istanbul

Gehen oder bleiben?

Künstler in der Türkei

MICHELLE MÜNTEFERING

FOTO: HANNA NOORI

Türkische Frauen der Mittelklasse in ihrer Freizeit

Die Liebe der Türken und Deutschen zueinander ist so alt, dass sie niemals zerbrechen wird.« Dieses Zitat von Otto von Bismarck freilich stammt aus Zeiten, in denen Jan Böhmermann noch keine Gedichte über den türkischen Staatspräsidenten Erdoğan verfasst hat. Doch zwischen Bismarck und Böhmermann stellt sich heute die Gretchenfrage des deutsch-türkischen Verhältnisses neu – uns und unseren türkischen Freunden: Wie halten wir es mit der Liebe zueinander? Und woraus speist sie sich?

Die Kultur jedenfalls hat den Austausch unserer Länder neben Wissenschaft und Politik wesentlich geprägt, mehr noch, der Austausch der Kulturen hat beide Länder bereichert. Ohne deutsch-türkische Beziehungen hätte der Berliner Romanist und NS-verfolgte Jude Erich Auerbach sein bahnbrechendes Werk »Mimesis« nie geschrieben. Der Architekt Bruno Taut hätte Teile der Universität Ankara Mitte der 1930er Jahre nie gebaut, an der unter anderem auch bedeutende Politiker wie der erste frei gewählte Ministerpräsident Adnan Menderes, der ehemalige Außenminister Erdal İnönü oder der amtierende Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu studiert haben. Der Regisseur Fatih Akın hätte seine wunderbaren Filme nicht gedreht und der Schriftsteller Feridun Zaimoğlu seine großartigen Romane nicht geschrieben. Ohne den Austausch von Menschen und Ideen, der viel älter ist als unsere Länder selbst, hätte es diese Werke nicht gegeben.

Die Verflechtung zwischen unseren Ländern lässt sich nicht so leicht auflösen und nicht voneinander trennen

Heute gehen die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei durch eine ihrer schwierigsten Phasen: Der zunehmend autoritäre Kurs der türkischen Regierung belastet die Kulturschaffenden in ihrer Freiheit zur kritischen Reflexion. Und er erschwert den Austausch von Wissenschaftlern, Studierenden, Schülern, Künstlern und Journalisten. Insbesondere kritische Journalisten werden drangsaliert und inhaftiert, prominenteste Beispiele der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel, aber auch die inzwischen wieder freigelassene, von der Haft gezeichnete Schriftstellerin Asli Erdoğan. Angesichts wachsender Restriktionen fragen sich viele Intellektuelle der Türkei dieser Tage: »Sollen wir gehen oder sollen wir bleiben?« Sie fragen sich aber vor allem: »Was passiert mit unserem Land, wenn wir es verlassen?«

Vor diesem Hintergrund erstaunt es, dass der türkische Beitrag auf der Biennale di Venezia die Situation in der Türkei in einer nicht zu erwartenden Klarheit reflektiert. Der türkische Künstler Cevdet Erek hat eine Installation zwischen Fußballstadion und Haftanstalt in der Arsenale aufgebaut, eine Soundinstallation lässt wechselnd Flüstertöne und Schüsse in die Wahrnehmung dringen. Das alles ist durch die Besucher begehbar, rings um die umzäunten und stacheldrahtbewehrten leeren Tribünenränge, die uns zum anwesenden Zuschauer des abwesenden Zuschauens machen. Stattdessen sollen wir, so meine Lesart, hinhören.

In der Wirklichkeit des Alltags hören wir seit Mitte 2016 von über 97.000 vorläufigen Festnahmen und Verhaftungen – darunter Militärs, Polizisten, Richter, Staatsanwälte und Zivilisten. Aktuell befinden sich noch über 47.000 Menschen in Untersuchungshaft. Darüber hinaus wurden mehr als 143.000 Mitarbeiter aus zahlreichen Institutionen entlassen.

Dem Künstler Cevdet Erek, der sagt, auf ihn sei von der Regierung bei der Gestaltung des Biennale Beitrags »kein direkter Druck ausgeübt worden«, muss vor diesem Hintergrund für seine Courage Respekt gezollt werden. Auch für seine deutlichen Worte im dpa-Interview zur Situation in der Türkei: »Generell ist es überhaupt keine gute Zeit.«

Erek, über dessen Werk in der Türkei jedoch kaum berichtet wird, zeigt zugleich die große Chance für das Verhältnis zwischen der Türkei und Deutschland: Die Lebendigkeit der Zivilgesellschaft, die sich auch bei der Abstimmung zum Referendum in beachtlicher Größenordnung gegen eine Machtkonzentration und den Abbau demokratischer Rechte gestemmt hat; wenngleich für den Moment vergebens.

Umso wichtiger, dass Kunst, Kultur und Wissenschaft gerade jetzt vorpolitische Freiräume schaffen, um Austausch zu vertiefen und die Mittlerorganisationen zu unterstützen. Institutionen wie das Goethe-Institut, die Auslandsschulen oder die Kulturakademie Tarabya, in der Künstler Stipendien und einen Raum für Freiheit und Kreativität erleben, leisten wertvolle Arbeit. Im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik schaffen sie Dialogräume, bauen Brücken und entwickeln neue Perspektiven. Darauf zielt auch die Arbeit der Jugendbrücke, die den Austausch zwischen Jugendlichen aus der Türkei und Deutschland fördert. Junge Menschen, die beide Kulturen kennen, beide Sprachen sprechen, sie sind auch Fachkräfte von morgen – auf ihr Wissen wird die Türkei schon bald angewiesen sein. Es wird einen Unterschied machen, ob diese jungen Menschen mit Auslandserfahrung, mit interkulturellen Kompetenzen und mit Fremdsprachenkenntnissen ihr Leben planen können oder ohne. In der Wissenschaft gibt es gelebte Bildungskooperationen, Deutschland ist nach den USA das zweitbeliebteste Zielland für türkische Studierende.

Wissenschaftlern, die in der Türkei keine Perspektive mehr haben, gar von Verfolgung bedroht sind – rund 6.000 wurden seit dem Putschversuch im Juli 2016 aus den Universitäten entlassen –, bietet die Philipp Schwartz-Initiative der Alexander von Humboldt-Stiftung die Möglichkeit, in Deutschland ihre wissenschaftliche Arbeit an einer Hochschule oder Forschungseinrichtung fortzuführen. Zwischenzeitlich gibt es mehr Bewerber aus der Türkei denn aus Syrien.

Die Politik sieht also keineswegs tatenlos zu, wie die deutsch-türkischen Beziehungen den Interessen Einzelner geopfert werden. Aktuell werden als europäische Kooperation von Goethe-Institut, Institut Français, Svenska Institutet sowie türkischen Partnern wie Anadolu Kültür mit Unterstützung des Auswärtigen Amts drei »Orte der Kultur« in der Türkei konzipiert: In Diyarbakır, Gaziantep und Izmir sollen ab diesem Herbst Mikrofonds der Zivilgesellschaft dabei helfen, Kulturprojekte zu realisieren, Qualifizierungsprogramme für Künstlerinnen und Kulturmanagerinnen stattfinden und kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche angeboten werden.

Die deutsch-türkischen Beziehungen mögen in einer Krise stecken, doch die Geschichte bestätigt vor allem ihre Stärke: Die Verflechtung zwischen unseren Ländern, familiär, kulturell und wirtschaftlich, lässt sich nicht so leicht auflösen und nicht voneinander trennen. Die deutsche Außenpolitik heute tut gut daran, denen zu helfen, die diese Netze hier und da jeden Tag aufs Neue knüpfen.

Michelle Müntefering, MdB ist Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Vorsitzende der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe

FOTO: WWW.WELTKARTE.COM

LANDESKUNDE TÜRKEI

Gründung: 29. Oktober 1923

Landessprache: Türkisch

Hauptstadt: Ankara

Staatsform: Republikanischer Einheitsstaat

Regierungssystem: Parlamentarisches Regierungssystem; ab 2019 Präsidentielles Regierungssystem

Staatsoberhaupt: Recep Tayyip Erdoğan

Regierungschef: Ministerpräsident Binali Yıldırım

Fläche: 783.562 km²

Einwohnerzahl: 79.814.871 (2016)

Bevölkerungsdichte: 100 Einwohner pro km²

Währung: Türkische Lira (THY)

Mein Reformationsjubiläum

Vielfältig, nachdenklich und kritisch

ASTRID MÜHLMANN

Mit Jubiläen ist das so eine Sache. Auf die meisten freuen wir uns: auf das Jubiläum der eigenen Universität, weil ich nach Jahren wieder Studienfreunde treffe; auf das Stadtjubiläum, weil es mir einen Grund gibt wieder in die alte Heimat zu kommen und weil sie bekanntlich immer mit schönen großen Feiern verbunden sind. Dann bleiben uns die Bilder auch in unserem Gedächtnis. Sicher erinnern sich noch viele an das 25. Jubiläum des Mauerfalls 2014 mit den beeindruckenden Bildern der Lichtergrenze, den vielen Ausstellungen und Filmen.

Aber dann gibt es auch die Jubiläen, die einfach vorbeiziehen, ohne dass wir sie bemerken, weil sie an etwas erinnern, zu dem uns der Bezug fehlt. Ein Beispiel: 2009. Es war Händeljahr, anlässlich seines 250. Todestages. Ich mag Händel sehr und seinen Messias halte ich für ein geniales Werk der Musikgeschichte. Also habe ich Ausstellungen besucht, seinen Werken in Konzerten gelauscht und sogar das eine oder andere Mal selbst mitgesungen. Einer meiner besten Freunde aber hört lieber Rock statt Barock. Und so ging das Jubiläum vollständig an ihm vorbei. Verständlich. Warum sollten wir uns auch für etwas interessieren, das uns nicht persönlich betrifft?

Kurz bevor ich vor fünf Jahren in das Vorbereitungsteam zum Reformationsjubiläum einstieg, war ich überzeugt, 2017 würde so ablaufen: Als jemand, dem Luther in die Wiege gelegt wurde – geboren in der Lutherstadt, geschult auf dem Melanchthon-Gymnasium, studiert an der Martin-Luther-Universität – würde ich in die großen Ausstellungen gehen, Konzerte besuchen und mir Vorträge zu aktuellen Forschungsergebnissen anhören. Aber an meinem Freund, als katholischen Rockfan aus einer Stadt, die vor 500 Jahren noch nicht einmal existierte, würde auch dieses Jubiläum unbeachtet vorüberziehen.

Heute sehe ich das anders.

Dies liegt an Martin Luther, der nicht der Grund ist, aber doch den Anlass für das Reformationsjubiläum liefert. Gedacht wird mit dem Jubiläum einer 500-jährigen Bewegung mit all ihren Höhen und Tiefen, gefeiert werden die vielfältigen positiven Auswirkungen, die wir bis heute spüren. Der Anlass aber ist ein Datum, ein Bild, eine Geschichte – untrennbar mit Martin Luther verknüpft. Die Veröffentlichung seiner 95 Thesen wider den Missbrauch des Ablasses am 31. Oktober 1517.

Der Reformator war und ist bis heute jemand, der inspiriert und ärgert, verbindet und spaltet. Gerade diese scheinbare Widersprüchlichkeit macht Luther zu einem, über den es sich lohnt, ins Gespräch zu kommen und gern auch zu streiten.

Vor allem liegt es aber am Jubiläum selbst. Es ist deutlich weniger »luthergeprägt«, als die vielen Plakate, Buchtitel, CD-Cover und Spielzeugverpackungen mit seinem Porträt suggerieren und deutlich weniger »lutherzentriert« als vorangegangene Jubiläen. Es geht nicht allein um den Glaubensstreiter wider Papst und Kaiser (1617), den edlen Deutschen (1717) oder den deutschen Helden (1817). Vielmehr ist die Reformation in den Mittelpunkt gerückt und Namen wie Calvin, Zwingli, Bucer spielen ebenso eine große Rolle wie die Frauen der Reformation. Tatsächlich ist das Jahr von großer Vielfalt geprägt – Vielfalt an Formaten, Themen, Akteuren. In den zehn Jahren Vorbereitungszeit innerhalb der Lutherdekade sind nicht nur zahlreiche historische Bauten saniert, Forschungsprojekte gestartet und Ausstellungen vorbereitet worden. Bund, Länder, Kommunen und evangelische Kirchen haben auch deutschlandweit Institutionen, Gemeinden, Stiftungen, Gruppen und Einzelpersonen angesprochen und sie animiert, sich einzubringen und 2017 mit eigenen Ideen zu formen. Und viele sind dieser Aufforderung gefolgt.

Luther 2017

Mit dieser Kolumne begleiten wir das Reformationsjubiläum.

Das sind Grundschulkinder, die ihr eigenes Theaterstück auf die Bühne bringen, das ist der Fußballverein, der gegen die Mannschaft des Vatikan spielt, das sind die Amateurfunker, die ein eigenes Sondersignal kreieren oder auch die vielen Laienchöre, die in Musicals, Poporatorien und Musikabenden die Reformation zum Klingen bringen. Und, und, und …

Wenn so viele Menschen schon in der Vorbereitung dabei waren, ihre eigene Reformationsgeschichte erzählen und dies in Projekten bundes- und weltweit tun, dann kann es nur ein buntes, spannendes und breites Jubiläum werden.

Aus diesem Grund ist es in jeder Hinsicht mein Jubiläum. Nicht, weil es Luther so präsentiert, wie ich es für richtig halte und auch nicht, weil es genau die Geschichten der Reformation erzählt, die ich hören will. Sondern weil ich mit jeder Ausstellung, jedem Poetry Slam, jedem Wettbewerbsbeitrag und jeder Diskussion einen weiteren Aspekt der Reformation kennenlerne, neue Fragen und Antworten höre. Dadurch habe ich schon jetzt viele neue Einblicke und Perspektiven auf die Reformation gewonnen, die mir vorher so nicht bewusst waren. Die vielen Menschen, die es mit eigenen Projekten und Ideen bereichern, geben nicht nur dem Jubiläum, sondern auch der Reformation ein neues Gesicht.

Und so blicke ich mit einem lachenden Auge auf dieses Jubiläum, weil ich mich freue, dass es so vielfältig ist, nachdenklich und kritisch, mit Lerneffekt, aber auch mit viel Leichtigkeit und Spaß, in dem mir ebenso viel geboten wird wie einem katholischen Rockfan, wie mein guter Freund schon begeistert feststellte. Aber ich blicke auch mit einem weinenden Auge auf dieses Jahr und auf die vielen Projekte und Veranstaltungen, die ich – aus schierem Zeitmangel – nicht selbst werde besuchen können.

Vielleicht schicken Sie mir einfach Ihre Fotos, schreiben mir Ihre eigenen Erlebnisse im Jubiläum auf, dann ist es doch fast, als wäre ich überall dabei gewesen. Ich freue mich schon darauf, das Jubiläum noch einmal durch die Augen der vielen anderen, die auch dabei waren, erleben zu können.

Astrid Mühlmann leitet die Staatliche Geschäftsstelle »Luther 2017«

Süden!

Gott und die Welt: Ein Sommer zwischen Leere und Fülle

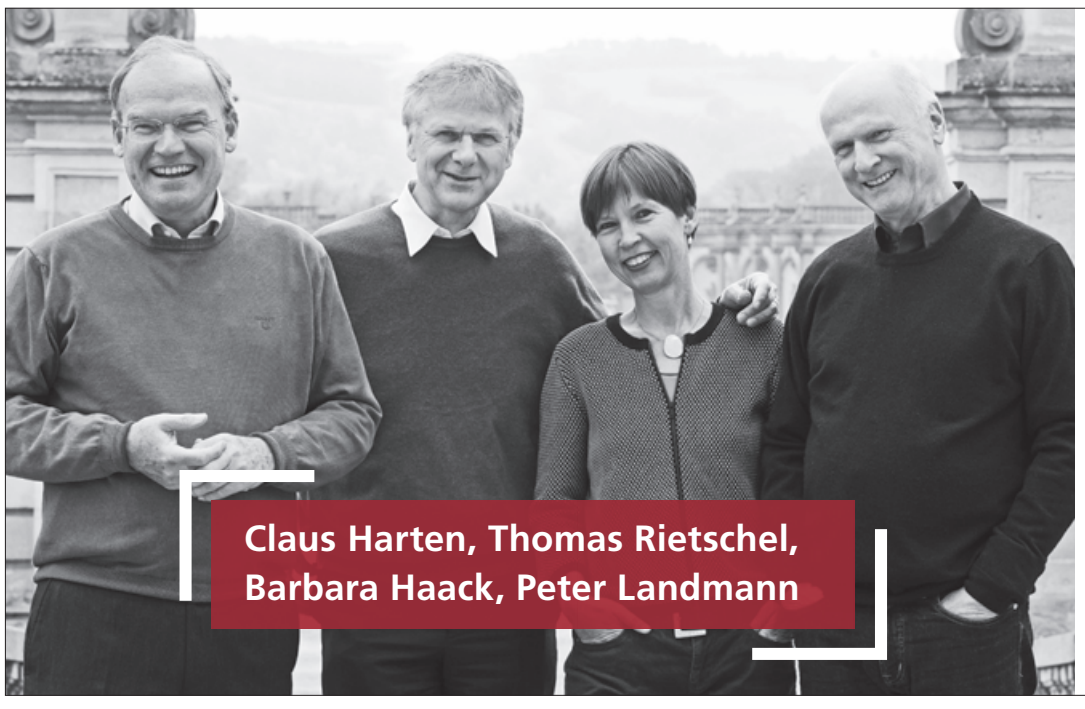
CHRISTIAN STÄBLEIN

Und im Sommer in der Pause: Leere oder Fülle? Für mich geht es womöglich wieder zu Süden. Tatsächlich zu, nicht nach. Tabor Süden – so heißt die vermutlich bekannteste Figur des Krimiautors Friedrich Ani. Erst war dieser Süden Ermittler auf der Vermisstenstelle der Münchner Polizei. Dann, in den späteren Romanen, Detektiv für eine private Kanzlei. Auch da geht es zuvorderst um die Menschen, die fehlen. Deren Leerstelle, die sie hinterlassen, manchmal erst gar nicht auffällt. Und doch ist sie da: eine verdächtige Leerstelle. Süden geht ihr nach, lässt nicht los, bis sie ihr Geheimnis offenbart. Leere als Anfangsverdacht, Leben vermisst, gesucht, erfragt. Seine Ermittlungsmethode: oft genug im Verhör einfach warten, schweigen, bis die Menschen gar nicht anders können als erzählen, was sie erzählen müssen. Wo Leere vorgegeben wird, wartet meist ein Schwall zurückgehaltener Worte. Es ist die große Kunst des Autors Ani, dass man die Menschen bei ihm reden hört, wie sie reden. Nicht gekünstelt, nicht elaboriert, einfach so, wie wir oft reden, wenn wir reden: suchend, stammelnd, redundant, Sätze abbrechend, wieder und wieder anfangend. Lebendig reden eben. Ins Leben, durchs Leben – oder darüber hinweg, versuchsweise, wegen der Leere. Die Krimis mit Tabor Süden sind in ihrer Handlung oft zum Frösteln, wohl auch deshalb heißt der Ermittler so, dass zumindest sein Name Wärme erinnert. Mir geht es allerdings weit über diese leicht augenzwinkernde Namenswahl so: Die Bücher von Friedrich Ani verströmen Licht, Klarheit in ihrem Mut, ihrer Radikalität, in ihrer Ehrlichkeit mit den Figuren. Und nicht zuletzt in ihrem Spiel mit der Leere, dem Schweigen, der Langsamkeit auch. Keine typischen Krimis also, könnte man sagen, in der Zeit des Krimibooms in den Verkaufsregalen eher der Außenseiter. Allerdings einer, der seit vielen Jahren ziemlich regelmäßig bei Preisverleihungen abräumt. Was steckt hinter der gegenwärtigen Lust am Krimi? Gesellschaftsanalytiker und Literaturexpertinnen mögen darauf ihre Antworten haben. Für mich ist anziehend dieses Hineingesogen werden in das Drama um Grund und Abgründe des Lebens. Seit jeher, gewiss aber seit der zum Klassiker avancierten zehnbändigen Schwedenreihe von Maj Sjöwall und Per Wahlöö, ist der Kriminalroman in hohem Maße politisch, genauer: gesellschaftskritisch. Ich erinnere, wie ich in einem Sommer Anfang der 1980er Jahre zehn Tage täglich einen dieser Bände um Kommissar Martin Beck und sein Team gelesen habe, Bücher, die zwischen 1965 und 1975 eine Revolution darstellten: Gesellschaftsspiegel im Kleid des Spannungsromans. Das ist so geblieben. Der Krimi hat sich zum ernstzunehmenden Porträt menschlicher Existenz entwickelt, darin nicht selten Kommissarinnen und Kommissare, die in ihrer Gebrochenheit alles andere als staatliche Engel sind, eher wilde, bisweilen verlorene Hirtinnen und Hirten moderner Art, versuchsweise das Leben zusammen haltend. Glennkill von Leonie Swann spielt im Inhalt selbst mit dieser Idee, dass es bei den Krimis heute um pastorale Existenzweisen gehen könnte. Hier ist der Hirte tot. Es leben die Pastoren als Kommissare?

Den Abgesang auf die heldenhafte Kommissar-Figur, ja ein ausdrückliches »Requiem auf den Kriminalroman«, hatte Friedrich Dürrenmatt bereits Ende der 1970er Jahre geschrieben. In »Das Versprechen« wird angesichts eines nicht zu fassenden Kindermörders aus dem Kommissar als ehedem abrahamitischer Gestalt von Hoffnung und Glaube die Figur des Gebrochenen, ein sinnlos Wartender, verloren nicht im Kreuz des Südens, sondern im Kreuz des Absinth. Ohne den Durchgang durchs Scheitern seitdem kein glaubwürdiger Ermittler mehr. Das erleben wir – ob mit Süden oder ganz im Norden: Jan Costin Wagner und seine Reihe um den finnischen Kommissar Kimmo Joentaa steht da in nichts nach. Auch diese Krimis füllen eine Sommerpause in bester Weise. Voraussetzung: Handy in ausreichender Ferne und dann nicht der horror vacui, nein, Leere, Langsamkeit, beglückende Melancholie eines sich entbergenden Lebens. Das ist das eigentlich Spannende: Wie aus Leere Fülle wird. Wie wir mit Leerstellen umgehen. Ob wir sie noch sehen, fühlen, zu verstehen versuchen. Aber ja: Der Ansatz, den ich in dieser Hermeneutik des Krimis wähle, ist religiös-existenziell. Es geht um Leben, das aus dem Nichts (zurück-)gerufen wird.

Neben Tabor Süden hat der Münchner Friedrich Ani noch weitere faszinierende Ermittler geschaffen. Einer von ihnen heißt Polonius Fischer und ist ein ehemaliger Mönch. In seinen Verhören kommt es zu Lebensbeichten. Beim Essen liest er für die Kolleginnen und Kollegen vor. Vielleicht wird es ein Sommer, in dem ich Polonius Fischer wieder hervor hole. Er hat einen Strandkorb im Dachgarten. Er bringt die Menschen im Gespräch manchmal so weit, dass sie einfach nicht mehr weiter wissen. Und dann, ja dann fangen sie an, um Verzeihung zu bitten. Es packt sie regelrecht. Es packt sie, weil das der Anfang vom Ende der Leere ist: Verzeihung. Mit Paul Gerhardt könnten wir sagen oder vielmehr singen: Das ist der »Sommer der Gnad«. Oder einfach in Krimisprache: Das ist Fischer à la Friedrich Ani. Oder noch einfacher: Süden!

Christian Stäblein ist Propst der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz



KULTURBERATUNG

TAKE PART

- Begleitung von Entwicklungsprozessen
- Beratung und Begleitung von Führungskräften
- Evaluation von Kulturprojekten und Kulturinstitutionen
- Mediation und Konfliktmanagement

www.takepart-kulturberatung.de Telefon 07934 9131-0

Von der Verfolgung des Glücks

Regula Venske im Porträt

ANDREAS KOLB

Anruf bei der Schriftstellerin und PEN-Präsidentin Regula Venske in Hamburg: Erst am Morgen ist sie von einer mehrwöchigen Reise via Bled, Bukarest, Langeoog, Lillehammer, Berlin und gestern noch Göttingen zurückgekehrt. Treffen wie »Writers for Peace«, die Tagung »The Other Words« sowie weitere ehrenamtliche Sitzungen und Kongresse reihten sich dicht an dicht. Manchmal muss die PEN-Präsidentin auch Geld verdienen: In Langeoog machte sie nicht Urlaub, sondern gab einen Schreibworkshop bei der Jahrestagung der Psychotherapeuten des Kindes- und Jugendalters. Was für ein Pensum! Und wann kommt sie eigentlich zum Schreiben? Jedenfalls nicht gleich, denn zuerst gilt es noch das Interview für das Politik & Kultur-Porträt zu absolvieren.

Am 28. April 2017 ist Regula Venske zur Präsidentin des deutschen PEN-Zentrums gewählt worden, für das sie als ehrenamtliche Generalsekretärin bereits von Mai 2013 bis April 2017 tätig war. Bereits seit Oktober 2015 ist sie Präsidiumsmitglied von PEN International. Der Name des Autorenverbands PEN steht vorderhand für das Schreibgerät, aber eigentlich seit seiner Gründung im Jahr 1921 durch die englische Schriftstellerin Catherine Amy Dawson Scott für Poets, Essayists und Novelists. Seit Regula Venskes Wahl zur Präsidentin der deutschen Sektion hat sich bei aller Kontinuität der Themen vor allem Eines geändert: ihr Reisepensum. Und von jeder Reise bringt man neue Eindrücke mit. Erlebnisse, die einen verändern, die einem einen neuen Blick auf das eigene Leben, aber auch die gesellschaftliche Realität hierzulande erlauben. Das beginnt damit, wenn bei einer Feier zum 95. Jahrestag des rumänischen PEN die Rumänen von den westlichen Autorenverbänden lernen wollen, wie man als Autorenvereinigung überleben kann, wenn man plötzlich das Recht auf freie Meinungsäußerung hat – also wenn man gegen gar nichts mehr anschreiben kann. Ein Paradoxon, denn normalerweise stellt sich diese Frage umgekehrt: Bei Venskes jüngster Reise nach Istanbul z. B. ging es den türkischen Kollegen darum, wie man als Organisation, aber auch als einzelner Autor, überleben kann, wenn die freie Meinungsäußerung hoch gefährdet ist.

»Wir sind keine Diplomaten«, sagt die PEN-Präsidentin. »Wir sind Autoren. Wir müssen deutlich sein. Es existiert eine gewisse Arbeitsteilung in der Gesellschaft. Die Politik kann doch froh sein, wenn wir deutlicher werden, Politiker und Diplomaten können das nicht immer so.«

FOTO: MICHAEL ZAPF

Regula Venske

Venske wurde 1955 in Minden geboren und wuchs in Münster in Westfalen auf. Das Schreiben war für sie Leidenschaft seit frühester Kindheit: »Ich schreibe seit meinem achten Lebensjahr«. Venske studierte zunächst vier Semester Rechtswissenschaften in Heidelberg, sodann Germanistik und Anglistik in Hamburg. Die Staatsexamensarbeit schrieb sie über die Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Fanny Lewald. Nach dem Studium folgten Lehraufträge in Hamburg, Berlin und London. 1987 dann die Promotion zum Dr. phil. Das Thema hieß: »Mannsbilder – Männerbilder. Konstruktion und Kritik des Männlichen in zeitgenössischer deutschsprachiger Literatur von Frauen«.

Regula Venske steuerte damals geradewegs auf eine bürgerliche Karriere als Literaturwissenschaftlerin zu. Wäre da nicht stets das Gefühl gewesen, dass sie ihre Fantasie immer an der Fantasie anderer Leute abarbeitete.

»Ich hatte genug von der literarischen Leichenfledderei! Damit war ich dann durch. Wie viele Literaturwissenschaftler hatte und habe auch ich den Drang, selbst zu schreiben.« Bis dahin hatte sie sich und der Welt bewiesen, dass sie alles »ordentlich« konnte: Promotion, Lehre, Wissenschaft. Folgerichtig schlug sie jetzt den Weg in die Freiheit ein. 1991 veröffentlichte Venske ihren ersten Kriminalroman mit dem Titel »Schief gewickelt«. Weitere Bücher folgten, darunter drei Gemeinschaftsromane mit anderen Autoren. Weiterhin veröffentlichte sie zahlreiche Kurzgeschichten, Kinder- und Jugendbücher. Herausragend ihr sprachexperimenteller Prosatext »Die alphabetische Autorin«: Es ist ein spielerisches Werk, eine Erzählung, die von A bis Z den Aufstieg einer Autorin beschreibt und anschließend von Z bis A ihren Zerfall und zwar so, dass im ersten Kapitel jedes Wort mit A beginnt, im zweiten dann Wörter mit B hinzukommen, bis im 26. Kapitel Wörter mit allen Anfangsbuchstaben möglich sind – und dann wieder bis zum Ende in abbauender Richtung.

Wie viele andere Literaturwissenschaftler verspürte sie den Drang, selber zu schreiben

Regula Venske fungierte mehrfach als Herausgeberin und übersetzte im Rahmen einer neuen Werkausgabe den Kriminalroman »Blausäure« von Agatha Christie ins Deutsche. Zwei ihrer zentralen Publikationen dürfen nicht unerwähnt bleiben: Zum einen ihr weiblicher Faust-Roman »Marthes Vision«, ein komplexer Text, ein literarisches Spiel und ein Projekt, in das über die Jahre sehr viel von Venskes Herzblut geflossen ist. Und zum anderen das Buch »Pursuit of happiness oder die Verfolgung des Glücks«. »Pursuit erklärt die Liebe an die Männer im Allgemeinen und einige besondere Männer im Besonderen sowie an die Freie und Hansestadt Hamburg, wie es einer freien und hanseatischen Autorin gebührt.« Im Kern des Buches steht eine Fragestellung, mit der sich Regula Venske bis heute beschäftigt: »Weibliche Fantasie, Dinge, die tabu sind und nicht zuletzt: Wie schreibt man über Glück, ohne das es kitschig wird?«

Die Verfolgung des Glücks ist ein experimentelles Buch, kein kommerzielles. Es gab »wunderbare Absagen von Seiten der Verlage« erinnert sich die Autorin heute versöhnlich und zitiert aus einer solchen Absage: »Ein wunderbares Buch, aber es kommt zu wenig Traurigkeit darin vor.« In den 1980er Jahren war es wohl nicht zeitgemäß, etwas Positives über Männer zu schreiben. »Meinen ersten Krimi habe ich aus Trotz geschrieben, weil sich mein Glücksbuch nicht verkaufte.« Die Faust-Geschichte verbindet im Übrigen beide Stränge, Glück und Krimihandlung. Venske begann, ihre Glückssuche mit der einen oder anderen Leiche zu garnieren. Ihre Kriminalkomödie «Schief gewickelt« war erfolgreich, verkaufte sich, brachte neue Buchverträge mit sich und ließ die Autorin an den Filmrechten mitverdienen. Bezahlen musste sie den Erfolg dadurch, dass man sie von da an mehr und mehr in die Krimiecke schob.

Sich in die Ecke stellen zu lassen ist jedoch nicht das Ding von Regula Venske. Ihr Œuvre ist inzwischen derartig reich, dass unser kleines Porträt es nicht widerspiegeln kann. Und die Verfolgung des Glücks treibt sie weiter um und an: persönlich und literarisch. Heute im Jahr 2017, deutlich näher am Datum der Handlung im Jahr 2046 als damals in den 1980er Jahren, ist Band 2 von »Pursuit of happiness« in der Mache. Mal sehen, wie die Männer dieses Mal bei wegkommen.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Kreative Wirtschaft

Städte ohne Schwule und Rockbands verlieren das Rennen um die wirtschaftliche Weiterentwicklung. So griffig sagte es der US-amerikanische Ökonom Richard Florida. Einer, der schon lange der Frage nachgeht, wie Kultur mit wirtschaftlichem Wohlergehen zusammenhängt. Allein der Erfolg von Städten wie Köln, San Francisco oder Berlin macht seinen Satz plausibel. Und in Hamburg wurde die kaputte Vergnügungsmeile St. Pauli dereinst von den Beatles und den schwulen Künstlern der Familie Schmidt wie Lilo Wanders, Gunter Schmidt und Corny Littmann vor dem Exitus gerettet und zu neuer Blüte gebracht.

Es sickert langsam ins Bewusstsein von Politikern: Künstler und Kreative sind es, die mit ihrem Gespür für Neues die Gesellschaft voranbringen. Das ist ein gigantischer Wachstumsfaktor. Die Bundesregierung weiß sogar, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft zu den wachstumsstärksten Branchen der Weltwirtschaft gehört. Da will man dabei sein.

Vielleicht wachen viele in der Politik auf, weil sie in der Hauptstadt vor ihrer Nase erleben, wie das funktionieren kann. Berlin ist weltweit im Trend eben wegen seiner agilen Kultur- und Kreativszene. Trotz Missmanagement und Dauerskandalen erlebt die verschuldete Stadt einen Wachstumsschub. Schlicht unverschämt ist es da, wie der Berliner Senat mit der City-Tax umspringt. Die aus der freien Kulturszene geborene Idee hatte der Senat gern aufgegriffen: Von seinen Hotelgästen kassiert Berlin eine Taxe. Ähnlich wie in New York. Das Geld sollte der Szenekultur zukommen, die Berlin so attraktiv macht. Die freie Kulturszene wurde dann aber mit nicht mal 10 Prozent davon abgespeist.

Dabei hatte der Regierende Müller schon vor zwei Jahren getönt: Die Kultur ist einer der wichtigsten Wachstumsfaktoren. Er sprach von Investition statt von Subvention. Wohl hatte er den Etat für die Freie Szene erhöht – aber weit unter den Einnahmen der City-Maut.

Endlich gibt auch der Bund mehr für die Hauptstadtkultur. Aber kann man hier schon von Investitionen sprechen? Wird das der wahren Bedeutung von Kultur- und Kreativszene wirklich gerecht?

Bei einem Round-Table-Gespräch der Berliner Zeitung zur Lage der Kultur in Berlin formulierte kürzlich Thomas Fehrle, der Geschäftsführende Direktor der Deutschen Oper Berlin, die Frage, ob nicht unsere wirtschaftliche Stärke in Deutschland überhaupt mit unserer speziellen Kulturlandschaft zusammenhängt.

In der Tat gibt es Studien, die solche Zusammenhänge nahelegen. Die Wirtschaftswissenschaftler Fritsch und Heblich haben in einer Untersuchung 29 deutsche Opernstandorte betrachtet. Wo einst prunksüchtige Herrscher geklotzt haben, wuchsen noch vor der Industriellen Revolution gleichsam Hotspots für Kreative, das befruchtete später die Wirtschaft. Bis heute messbar. Kultureller Reichtum als Grundlage für wirtschaftliches Wachstum – ein Produkt der vielgeschmähten Kleinstaaterei? Eine putzige Perspektive.

Claudia Martin und Nomo Braun sehen in einer Studie über die Kreative Klasse 2015 die Bohemiens vorne, die als Musiker, Designer und Künstler inspirieren und provozieren. Ihnen folgen Wissenschaftler, Lehrer und Politiker, schließlich Fachkräfte, Unternehmer und Rechtsanwälte und so weiter, die dann das Geld erwirtschaften.

Weitere Studien sagen, dass nicht nur weiche Standortfaktoren wie Kultur Arbeitskräfte locken. Anständige Löhne sind auch wichtig. Wenn also die Kultur- und Kreativwirtschaft zu den weltweit stärksten Wachstumsbranchen gehört, sollte man da auch für eine gute Entlohnung sorgen. Denn Kreative gehören einkommensmäßig meist zur Unterschicht und werden qua Gentrifizierung auch noch zu den Verlierern des Wandels, den sie anstoßen.

Richard Florida wurde mit seinen Thesen über den Zusammenhang von Kreativität und Wirtschaftswachstum berühmt. Wenn wir ihm folgen, müssten wir dann nicht neben Ludwig Erhard als Vater des Wirtschaftswunders den Schwulenaktivisten der ersten Stunde, Rosa von Praunheim, zur Mutter unseres heutigen deutschen Wohlstandes küren? Natürlich muss nicht jeder Kreative schwul sein oder Rockmusik machen. Wichtig ist für Richard Florida als Treibsatz der Entwicklung die Toleranz, die Kreativität zulässt und überhaupt erst ermöglicht.

Da kann Berlin wirklich punkten. Mit internationalen Top-Galerien, interkulturellen Theatern wie dem Maxim Gorki und mit Kultknüllern wie dem Karneval der Kulturen. Berlin hat vier Opern – wobei die kreative Neuköllner Oper immer noch sträflich arm gehalten wird. Nicht zuletzt wirkt in Berlin Daniel Barenboim, der mit dem West-Eastern-Divan Orchestra ein Kulturprojekt der Sonderklasse leitet: ein Ensemble, von der politischen Überzeugung geeint, dass es keine militärische Lösung des Nahost-Konflikts geben kann. Ein kultureller Kontrapunkt zur gegenwärtigen Ausrichtung der Weltpolitik und ein zukunftsweisender Meilenstein für eine kreative Friedenswirtschaft! Am 13. August, symbolstark zum Tag des Berliner Mauerbaus, ist dieses Orchester heuer in der Berliner Waldbühne zu erleben.

Arnulf Rating ist Kabarettist

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Jetzt abonnieren!

Abonnieren Sie jetzt für 24 Euro im Jahr inkl. Versandkosten!
Per Telefon: 030.226 05 280, Fax: 030.226 05 2811
oder E-Mail: info@politikundkultur.net.

An einem Strang

Computerspielepreis 2017

FELIX ZIMMERMANN

Ihr seid zu leise insgesamt«, attestierte Dorothee Bär der deutschen Computerspielbranche, als sie den Publikumspreis des Deutschen Computerspielpreises 2017 anmoderierte. »Glamour-Druck« müsse man ausüben auf die politischen Entscheidungsträger, »ins Kanzleramt marschieren«, vor allem im Angesicht der anstehenden Koalitionsverhandlungen. Denn es sei »genauso viel für die Computerspieleindustrie da«, wie beispielsweise der deutsche Film an bundesstaatlichen Ausschüttungen erhält. Worum geht es hier also? Die Realität politischer Arbeit, Hände schütteln, sich präsent machen, Kontakte mit Computerspielfreunden in den Gremien knüpfen und versuchen, -skeptiker zu überzeugen. Das mögen einige nicht hören wollen, doch es ist zumindest ein ungeschönter Blick auf eine Realität, die auch die Computerspielebranche nicht plötzlich wird ändern können. Man mag Kritik an Frau Bär äußern können, Selbstinszenierung, möglicherweise politisches Kalkül, sich in einer solchen »Zukunftsbranche« zu platzieren, doch wäre es verfehlt, ihre Bedeutung für die Existenz und Entwicklung des Preises kleinzureden. Denn was schlussendlich zählt, ist das Handeln des Einzelnen, was getan wurde, um den eigentlich schon totgesagten Preis zumindest auf einen guten Weg zu bringen – oder, plump gesagt, wie viele Mittel generiert wurden, die schlussendlich zu deutschen Entwicklerstudios fließen können. Man kann und sollte darüber diskutieren, dass der Computerspielepreis vornehmlich als Förderpreis des Wirtschaftsstandorts Deutschland operiert, die kulturelle Bedeutung des Mediums allerdings kaum bis nicht abzubilden vermag. Doch man sollte ebenfalls anerkennen, dass das ausgeschüttete Geld, d. h. die tatsächlich stattfindende Förderung mit Geldern des Bundes, besser ist als keine Förderung. Um diese Förderung zu ermöglichen, muss sich die Branche nun mal als Akteur in einem politischen System begreifen und auch so handeln. Wohlgemeinter, aber fehlgeleiteter Idealismus wird das horrende Missverhältnis von Deutschland als Umsatzmarkt von Computerspielen und Deutschland als strukturell gefördertem Produktionsstandort für Computerspiele nicht auflösen können.

Als nun also bei der Verleihung des Deutschen Computerspielepreises am 26. April im Berliner Westhafen Dominik Abé vom Münchner Studio Mimimi Productions auf die Bühne kam und den Preis für das »Beste Gamedesign« für das wirklich hervorragende »Shadow Tactics: Blades of the Shogun« ablehnte, da ging der Vorhang auf für eine Lehrstunde in Sachen fehlgeleitetem Idealismus. Nun eigentlich war der Vorhang bereits einige Wochen zuvor bei der Sitzung der Hauptjury aufgegangen, als es, wie der GAME Bundesverband, einer der drei Ausrichter des Preises, kritisiert, zu »Unstimmigkeiten« bei der Abstimmung in drei Kategorien gekommen sei. Einen Preis anzunehmen, »der eventuell nicht korrekt und fair vergeben wurde«, sei für Mimimi Productions nicht möglich, wie sie zwei Tage später in einem Statement bekanntgaben. Denn während der Preisverleihung selbst zog man es vor, die eigenen Beweggründe für die Ablehnung des Preises nicht offenzulegen und stattdessen einen Nährboden für Spekulationen und Halbwahrheiten zu bereiten, der am Abend dann auch ausgiebig bepflanzt wurde. Erst in den Tagen nach der Preisverleihung konnte man einige Teile des Puzzles zusammensetzen. Hierzu trug auch maßgeblich die gewissenhafte Aufarbeitung durch Games-Wirtschaft-Chefredakteurin Petra Fröhlich bei, die die raren Fakten ordnete. Die Aufarbeitung war und ist natürlich auch in ihrem eigenen Interesse, da sie als Mitglied der diesjährigen Hauptjury auch selbst in der Kritik steht. Doch was wird genau kritisiert? In den drei beanstandeten Kategorien (die bis heute nicht spezifiziert wurden), sei es zu derart knappen Entscheidungen gekommen, dass »fehlende Stimmen« bei der Auszählung besonders schwer wiegten. Im angesprochenen Nährboden wucherten die Verschwörungstheorien, als eine Nachricht des Magazins Gamestar durch den Twitterfeed geisterte, die noch während der Preisverleihung das zu diesem Zeitpunkt noch intern kommunizierte Statement des GAME Bundesverbandes aufgriff und die Verbindung zwischen Ablehnung des Preises durch Mimimi Productions und »Unstimmigkeiten« in der Hauptjury zog. »Vokabeln wie ›Mauschelei‹, ›Manipulation‹ und gar ›Betrug‹ schwirrten über die Konferenzflure«, formuliert es Petra Fröhlich in einem Kommentar bei gameswirtschaft.de. Die kurzweilige Preisverleihung geriet in den Hintergrund. Man wartete gespannt, ob Mimimi Productions auch den Preis für das »Beste Deutsche Spiel« ablehnen würden – wenn sie denn gewonnen hätten. Wie sich dann herausstellte, ging das von Keen Games entwickelte »Portal Knights« siegreich hervor und strich 110.000 Euro Preisgeld ein, die allerdings mit dem Publisher geteilt werden. Diese Entscheidung kam für viele – nicht zuletzt die Entwickler selbst, so schien es auf der Bühne – überraschend. Wie man dann von Hauptjurymitgliedern nach der Preisverleihung erfahren konnte, war wohl die Abstimmung in eben dieser wichtigsten Kategorie sehr knapp ausgegangen. Nur eine Stimme habe schlussendlich in einer Stichwahl mit »Shadow Tactics: Blades of the Shogun« den Ausschlag für »Portal Knights« gegeben.

Wie von verschiedenen Hauptjurymitgliedern dargestellt und auch von Petra Fröhlich in ihren Beiträgen zusammengefasst, wird beim Deutschen Computerspielepreis per Handzeichen über die Spiele abgestimmt, die bereits zuvor von kategoriespezifischen Fachjurys ausgewählt wurden. Kann keine Zweidrittelmehrheit für eines der zumeist drei Spiele errungen werden, kommt es zu einer Stichwahl zwischen den beiden Spielen mit den meisten Stimmen, die dann mit absoluter Mehrheit gefällt werde, so Petra Fröhlich. Auf der Website des Preises heißt es: »Die Entscheidungen fallen in jeder Kategorie mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Juroren.« Die Regularien der Stichwahl werden hier also nicht genauer spezifiziert. Da Abwesenheit und Enthaltungen nicht einberechnet werden, handelt es sich bei der nötigen Mehrheit in der Stichwahl meiner Einschätzung nach am ehesten um eine einfache Mehrheit. Dieses wenig transparente Wahlverfahren kann man durchaus kritisieren, besonders, da Enthaltungen und Abwesenheiten während des Hauptjuryverfahrens offenbar keine Seltenheit sind.

Vertreterinnen und Vertreter des GAME Bundesverbandes versuchten nun in einer der knappen Kategorien eine geheime Wahl zu initiieren, was allerdings von einer Mehrheit der Jury abgelehnt wurde. Tatsächlich sind mit Stefan Marcinek, Linda Breitlauch und Linda Kruse gleich drei Mitglieder des Vorstandes von GAME in der Hauptjury vertreten gewesen, ein Vorstand, in dem auch Johannes Roth, Gründer von Mimimi Productions, vertreten ist. Diese knappen Entscheidungen verleiteten dann offenbar die Vertreter des GAME Bundesverbandes dazu, in einer folgenschweren internen E-Mail auf die »Unstimmigkeiten« hinzuweisen.

»Wir möchten auch klarstellen, dass diese Entscheidung gänzlich unsere eigene war«, verlautet es im Statement von Mimimi Productions. Nach aktuellem Stand mag die Entscheidung zwar die eigene gewesen sein, doch wurde diese Entscheidung durch das Handeln des GAME stimuliert. Wer nun genau die Initiative ergriff und es für einen sinnvollen Handlungsweg hielt, die Kritik am Abstimmungssystem der Hauptjury (oder am Ergebnis der Abstimmung) über eine Ablehnung des Preises durch Mimimi Productions (medien)wirksam zu platzieren, indem man eine nebulöse Mail an die Mitglieder des Verbandes verschickt, ist unklar. Damit wären wir wieder beim fehlgeleiteten Idealismus. Petra Fröhlich offeriert »fünf konkrete Vorschläge« für den nächsten Computerspielepreis und leistet damit einen konstruktiven Beitrag zum Preis. Natürlich sind transparenzfördernde Maßnahmen für die Juryarbeit zu begrüßen, indem beispielsweise Protokolle veröffentlicht werden! Natürlich sollte das Abstimmungsverfahren überdacht werden, wenn es offenbar zu solch knappen Entscheidungen kommen kann, die nicht (für alle Parteien) zufriedenstellend oder zumindest erträglich aufgelöst werden können! Und natürlich sollte auch über die Zusammensetzung der Hauptjury gesprochen werden, wenn Ausrichter und Funktionäre Eigeninteressen zu vertreten scheinen! Aber über diese Verbesserungsvorschläge kann und muss konstruktiv diskutiert werden. Es ist mir absolut unverständlich, wie der GAME in seinem Statement davon sprechen kann, dass auf eine »schnelle und unkomplizierte Lösung des Problems« hingearbeitet wurde, man sich dann allerdings doch entschied, den Preis zu sabotieren. So Kritik am Preis zu kommunizieren, ist naiv. Man mag sich die Situation schönreden wollen, doch der Computerspielepreis hat weder eine breite Basis unter bundespolitischen Entscheidern, noch in der Spielercommunity. Eimerweise Häme und Spott wurde wieder über dem Preis ausgeschüttet, als die »Unstimmigkeiten« an die Öffentlichkeit traten. Wenn es das Ziel war, in anstehenden Budgetverhandlungen Argumente für Kritiker des Preises zu liefern, dann hat man hier hervorragende Arbeit geleistet. Wenn es das Ziel war, der sowieso sehr skeptischen Community den Beweis zu liefern, dass dieser Preis weder Relevanz noch Aussagekraft hat, dann hat man den richtigen Weg gewählt.

Ich möchte klarstellen, dass ich keinem der Akteure beim GAME oder bei Mimimi Productions böswillige Intentionen unterstellen möchte. Was ich allerdings behaupten möchte: Es wurde unüberlegt gehandelt. Einige werden nun sagen: Immerhin wird doch diskutiert! Doch es ist beschämend, dass der Preis auf solche Art und Weise ins Rampenlicht gezogen wurde, um eine Diskussion zu provozieren. Wer, wenn nicht einer der Ausrichter des Preises, hätte auch im konstruktiven Gespräch mit den anderen Ausrichtern Bundesverband Interaktive Unterhaltungssoftware (BIU) und Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur (BMVI) eine Verbesserung der Juryarbeit anregen können? Es ist offen, wie die Zukunft des Computerspielepreises nach der nächsten Bundestagswahl aussieht. Das unwürdige Spektakel zeigt zumindest, dass die Branche offenbar ganz erhebliche Probleme damit hat, gemeinsam an einem Strang zu ziehen und sich für einen starken Preis einzusetzen, der in der Realität politischer Arbeit erstritten werden muss. Stattdessen zerfleischt man sich lieber gegenseitig. Als Dorothee Bär während der Preisverleihung von der Branche forderte, lauter zu sein, hatte sie sich das so vermutlich nicht vorgestellt.

Felix Zimmermann studiert Public History in Köln und berichtet seit 2014 vom Deutschen Computerspielepreis

nmzmedia

Ihr kostenloses Videoangebot auf www.nmz.de

Klangräume
das SWR Vokalensemble in Speyer

Das SWR Vokalensemble mit Werken von Anton Bruckner, Charles Ives, Morton Feldman und Arvo Pärt: eine Aufzeichnung aus dem Dom zu Speyer vom 25. Mai 2017 im Rahmen der Schwetzinger SWR Festspiele. Ein Video-Konzertmitschnitt von nmzMedia im Auftrag von SWR Classic – komplett abrufbar über nmzMedia.de

Workshop Alte Musik
an der HfKM Regensburg

Terminlich angelehnt an die Tage Alter Musik findet an der Hochschule für katholische Kirchenmusik und Musikpädagogik in Regensburg einmal im Jahr ein Workshop Alte Musik für alle interessierten Studierenden statt. Einer der weltweit agierenden Künstler, die um Pfingsten im Rahmen des renommierten Festivals auftreten, nimmt sich hier die Zeit, um gemeinsam mit den Studierenden der HfKM an der Interpretation von Werken aus Renaissance und Barock zu feilen – in diesem Jahr der Zinkenist Roland Wilson. In unserem kleinen Bericht bekommen Sie einen Einblick in seine Workshop-Arbeit.

Blasorchesterleitung
an der Musikhochschule Mannheim

Seit letztem Jahr beherbergt die Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Mannheim das „Landeszentrum für Dirigieren“. Mit der „Blasorchesterleitung“ hat sie nun eine ganz besondere Diziplin: Als einzige deutsche Musikhochschule bietet Mannheim hier einen Bachelor- und Masterstudiengang an. Der Österreicher Prof. Hermann Pallhuber leitete im vergangenen März einen Workshop mit ausgewählten Studierenden und dem Kooperationspartner.

alle Filme für Sie kostenlos unter
www.nmz.de

Kurz-Schluss

Wie ich als Alt-68er einmal versuchte, gründlich die Gegenaufklärung zu bekämpfen

Meine Zeit: Was hätte sich der gute Rudi Dutschke im Grabe rumgedreht, könnte er das Geschreibsel in allen erdenklichen Gazetten von »Spiegel« bis »Bild«, von »Focus« bis »Bunte« über uns sogenannte »68er« anlässlich des bevorstehenden Geburts- (oder sollte man genauer sagen: »Todes«)-Tages noch lesen. Was sich da selbsternannte Philosophen und Historiker über weite Strecken journalistisch zusammenklittern geht nicht auf die Haut eines Zwanzig-Meter-Pottwales. Und selbst sogenannte »Zeitzeugen«, die sich gegen Honorar in einfältigen Fernseh-Talkrunden ausmähren, scheinen entweder von romantisierender Amnesie oder einer opportunistischen Form von Alzheimer befallen. In unserer Ära der Gegenaufklärung scheint Geschichtsvergessenheit ein wesentlicher Faktor existenzieller Pseudostabilität und maroder Zukunftsvisionen zu sein.

Kleines Beispiel aus der Praxis: Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit hoffnungsvollen jungen Musikwissenschaftlern wurde eine gräusliche Czerny-Etüde angespielt. Auf meinen Hinweis, ich würde da lieber das feine Piano-Intro von »She's a Rainbow« der geschätzten Rolling Stones aus dem Jahr 1967 hören, starrten mich fünf ratlose Augenpaare an. »Rolling Stones? Wer oder was ist denn das?«, raunzte mir ein ca. 20-Jähriger zu, der kurz vorher noch eine zehnminütige völlig inhaltsleere Analyse der musikalischen Substanz des Helene-Fischer-Albums »Farbenspiel« abgeliefert hatte, basierend auf dem rein kommerziell notwendigen halbjährlichen Wechsel jeweils angesagter modischer Kleidungstönungen. »Nie was von ›Beggars Banquet‹, ›Street Fighting Man‹ gehört – oder – für Euch etwas naheliegender – von ›Ton, Steine, Scherben‹«, wagte ich zu antworten. »Wahrscheinlich olle Kamellen«, seufzte der Fischer-Freak.

Ignoranz nicht nur bei den Musikanten: Im Rahmen meiner allseits bekannten pekuniären Engpässe übernahm ich neulich als in meiner Jugend diplomierter Regisseur einen schamlos dürftig bezahlten Blockseminar-Lehrauftrag an einer Filmhochschule zum Thema »Bert Brecht im Bewegtbild«. Immerhin zwei Credit Points lockten die Studenten. Mit akademischen Usancen offengestanden eher weniger vertraut, wunderte es mich zunächst nicht, dass die zwölf erschienenen offensichtlich wissbegierigen Hollywood-Cracks der Zukunft zunächst mein Pult umringten und um eine Unterschrift in irgendein Studienbuch baten. Ein wenig verletzt war ich dann doch, als ich nach zehn Minuten allein im Hörsaal saß.

Aber – was ein in der Wolle rot gefärbter Alt-68er ist, der gibt in Sachen Aufklärung und Volksbildung nicht so schnell auf. Zunächst erwog ich die kostengünstige Eröffnung eines Internetportals unter dem Titel »Vorwärts« – gefüllt mit Marx-, Engels- und natürlich meinen eigenen Schriften. Nach einem Monat (und drei nachweisbaren Zugriffen) erreichte mich eine strenge Abmahnung der SPD-Marketing-Division, dieser Titel sei für die Sozen längst geschützt. Ich solle das – nebenbei grunzlangweilige Teil umbenennen oder schleunigst aus dem Netz nehmen, sonst drohe mir wegen Urheberrechtsverletzung eine satte sechsstellige Strafe. Nachdem ich mich über den saft- und kraftlosen Content des sozialdemokratischen Hauspostillchens informiert hatte, empfand ich es für mich selbst als geschäftsschädigend und löschte mein Intelligenzangebot schleunigst und freiwillig.

Also: Zurück an die Basis, dachte ich, verschaffte mir einen Überblick von noch existierenden Volkshochschulen in der Umgebung (wegen der Reisekosten) und erbat aus der Kultur-Nothilfekasse des Deutschen Kulturrates einen bescheidenen Unkostenbeitrag. Nach zwei Monaten trafen auf meinem Basiskonto tatsächlich 50 Euro ein, die mir eine Fahrt zur VHS Großschlattengrün (nahe Hundshintervötting in Nordbayern) ermöglichten. Dort hatte man Interesse an meinem Thema »Aufklärung, total, radikal« geäußert.

Mein Vortrag fand – wegen reichlicher Anmeldungen – im Wirtssaal des Gasthofes »Zum Brunzmandl« statt. Und tatsächlich befand sich im Vorgarten des Anwesens ein funktional leider stillgelegter Gartenzwerg in Positur des berühmten Brüsseler »Petit Julien«. Weil ich mich auf etwa 40 Aufklärungsabende vorbereitet hatte, gedachte ich, sozusagen ex ovo zu beginnen: Mit den mir nahegehenden »Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion« von Karl Marx aus dem Jahr 1842. Zu Zeiten von Fake-News, Schmierenjournaille, Paparazzidreck und Trump-Getwitter ein hochaktuelles, höchst wahrheitsdienliches Thema. Ich startete meinen beklatschten Auftritt mit dem Eingangszitat zum ersten Kapitel: »Wir gehören nicht zu den Malkontenten, die schon vor der Erscheinung des neuen preußischen Zensurediktes ausrufen: Timeo Danaos, et dona ferentes…«

Weiter kam ich leider nicht, weil sich das im Publikum entwickelnde Gemurre in laute Zwischenrufe steigerte: »Was soll'n denn die Saupreißn bei uns, wann kummt endlich der Sex, mir wolln a totale Aufklärung und ned so an gschwollnen Schmarren…«. Immerhin waren drei der nach mir geworfenen Tomaten noch Salat-schnittfähig und einige der glücklicherweise recht frischen Eier heil in meinen Jackentaschen gelandet. »Et dona ferentes, de wolln Euch doch nur dumm machen, bescheißen, einkaufen, grad hier die bayerischen Bazis…«, brüllte ich schon auf der Flucht durch Hintertür und Schweinestall.

Tief depressiv und übelriechend kehrte ich in mein möbliertes heimatliches Zimmer zurück. Ich wollte schon einen doppelten Brennspiritus einwerfen, da fand ich auf meinem IKEA-Kombimöbel einen Brief. Es handelte sich um eine dank Kulturstaatsministerin Monika Grütters vermittelte Einladung ins RTL-Dschungel-Camp. Per aspera ad astra – dachte ich noch, bevor ich mich auf meine Luftmatratze warf – und einschlief.

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KARIKATUR: HEIKO SAKURAI

MÖHREN-SALAT – DIE P&K-TRUMP-FAKES

Köln: Wie die Koelnmesse und der Bundesverband Interaktive Unterhaltungssoftware (BIU) mitteilt, wird die Gamescom in diesem Jahr erstmals durch Angela Merkel eröffnet. Die Bundeskanzlerin wird am 22. August 2017 am Eröffnungsrundgang teilnehmen und einige Stunden »World of Warcraft« spielen. »Angesichts der Twitter-Texte von Donald Trump kann ein wenig Übung nicht schaden«, so die Kanzlerin.

Dresden: Die Linken haben Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU) Versagen in der Schulpolitik vorgeworfen und ihren Rücktritt gefordert. »Das Versagen der Staatsregierung sieht man im Freistaat an jeder Schule«, sagte die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion, Cornelia Falken, im Landtag. »Die ›handwerklichen Fehler‹ bei der Einstellung neuer Lehrer seien ›eine Katastrophe‹«. Brunhild Kurth wies die Vorwürfe scharf zurück. Seit zwei Jahren prüfe ein Testroboter der Firma Nintendo täglich bis zu 50 Hochschulabsolventen auf ihre Lehrbefähigung. Sie selbst habe für ihr Amtszimmer zusätzlich auf eigene Kosten eine Besetzungscouch angeschafft.

Berlin: Die Berliner Staatsoper feiert die Wiedereröffnung ihres Stammhauses Unter den Linden nach siebenjähriger Sanierung mit einem Open-Air-Konzert. Am 30. September um 17.00 Uhr lädt Generalmusikdirektor Daniel Barenboim zu einem Konzert auf den Bebelplatz in der historischen Mitte Berlins. Das Publikum solle an eine dreijährige Open-Air-Saison gewöhnt werden, da die Dacharbeiten – durchgeführt vom bewährten BER-Team – noch nicht abgeschlossen seien.

Buenos Aires: Die Spekulationen um den angeblichen »Nazi-Schatz« von Buenos Aires schießen ins Kraut. Die argentinischen Behörden prüfen nun eine Amtshilfe von britischen Experten. Nach dem Fund einer mysteriösen Sammlung mit Hitlerbüsten, Waffen und Reichsadlern prüft die argentinische Polizei, ob einige Relikte bekannten Persönlichkeiten des englischen Geheimdienstes MI5 gehört haben. Im Wesentlichen soll es sich um geerbte Gegenstände noch amtierender britischer Minister handeln, die sich wegen des Brexits materiell im Ausland absichern wollen. (thg)

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Mohrenstraße 63,
10117 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb, Seda Gül Inan

REDAKTIONSASSISTENZ
Susann Pfarr

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner, ConBrio Verlagsgesellschaft
Telefon: 0941 . 945 93-35
Fax: 0941.945-93-50, wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Telefon: 0941 . 945 93-0, www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser
ConBrio Verlagsgesellschaft Regensburg

Politik & Kultur erscheint sechsmal im Jahr.

ABONNEMENT
24 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Mohrenstraße 63
10117 Berlin
Tel.: 030 . 226 05 280,
Fax: 030 . 226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates (zwei- bis dreimal mal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

BEILAGENHINWEIS
Dieser Ausgabe liegt die Dokumentation »Initiative kulturelle Integration: Zusammenhalt in Vielfalt – 15 Thesen zur kulturellen Integration« bei.